

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 26. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1984.

## Parlamentarische Regierung.

So oft aus den Reihen der Linksliberalen das neuerdings beliebt gewordene Schlagwort „parlamentarische Regierung“ ertönt, werden einige Reaktionen nervös und beweisen haarfink, daß ein solches System in Deutschland „unmöglich“ sei. So hatte Dernburg, der Vater, vor einiger Zeit behauptet, Bismarck habe im Jahre 1878 eine parlamentarische Regierung bilden wollen, wofür er von Herrn Hertel sehr derb abgekanzelt wurde. Bismarck, sagte der, habe nie eine parlamentarische Regierung bilden wollen, und Bülow denke ebenso wenig daran.

Wenn Bismarck 1878 den Nationalliberalen wirklich von einer „parlamentarischen Regierung“ gesprochen hat, so hat er irgend einen Humbug mit demselben vorgehabt, ähnlich wie in seiner gelegentlichen Aeußerung, er sei „eigentlich Republikaner“. Daß unter Bülow an eine liberale parlamentarische Regierung nicht zu denken ist, ergibt sich aus der Sachlage selbst, und der reaktionäre Meerergreis Schmoller hätte sich und anderen den ledernen Artikel, mit dem er in der „Neuen Freien Presse“ gegen das parlamentarische Regiment zu Felde gezogen ist, ersparen können.

Der deutsche Liberalismus ist nämlich gar nicht fähig, eine parlamentarische Regierung zu übernehmen. Das läßt sich aus seiner Vergangenheit unschwer erweisen.

Der Versuch, sich zu einer parlamentarischen Regierung aufzuschwingen, wurde bekanntlich von der liberalen Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses in den sechziger Jahren unternommen. Die damalige liberale und demokratische Strömung im preussischen Volke war der naturgemäße Gegenstoß auf die finstere Reaktion der fünfziger Jahre und diese Strömung war so stark, daß sie die Mauern des Dreiklassenwahlgesetzes überstürzte. Die Reaktionen wurden zurückgedrängt. In der damaligen Fortschrittspartei befanden sich Leute, die während der Revolution von 1848 herorgetreten waren. Jedenfalls stellten die Walde, Gerverbed, Birchow usw. damals einen viel kräftigeren Liberalismus vor als die Liberalen von heute — von Vosslermann bis Payer. Sie wagten es wenigstens, den Kampf mit dem preussischen Militarismus aufzunehmen, nachdem Wilhelm I. bei seiner Krönung die nur beratende Stimme des Landtages betont hatte. Das Land stand hinter dieser Volksvertretung, die wiederholt aufgelöst wurde, aber trotz des Dreiklassenwahlsystems immer mit einer oppositionellen Mehrheit wiederkehrte. Zwei Ministerien sahen sich genötigt, angesichts der Volksbewegung im Lande zurückzutreten, nachdem die Abstimmungen des Abgeordnetenhauses gegen sie ausgefallen. Nun schien die Bahn zur definitiven Begründung einer konstitutionellen und parlamentarischen Regierung in Preußen gebrochen — da erschien Bismarck auf dem Plan, den der König in seiner Bedrängnis an die Spitze der Regierung berufen hatte.

Ueber diese Bedrängnis am Hofe äußert sich Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, indem er schildert, wie er dem von Baden-Baden zurückkehrenden König bis Jüterbog entgegenkam:

„Ich erwartete den König in dem noch unfertigen, von Reisenden dritter Klasse und Handwerkern gefüllten Bahnhof, im Dunkeln auf einer umgestürzten Schieflarre sitzend. Ich hatte einige Wäbe, durch Erkundigung bei kurz angebundenen Schaffnern des fahrplanmäßigen Zuges den Wagen zu ermitteln, in dem der König allein in einem gewöhnlichen Coupé erster Klasse saß. Er war unter der Einwirkung des Verkehrs mit seiner Gemahlin sichtlich in gedrückter Stimmung, und als ich mir die Erlaubnis erbat, die Vorgänge während seiner Abwesenheit darzulegen, unterbrach er mich mit den Worten: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinem Fenster, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und später mir.“

Wilhelm I. glaubte also, die preussischen Fortschrittler wollten „Langes Parlament“ oder „Konvent“ spielen und seien fähig, ein neues 1649 oder 1793 entstehen zu lassen. Von seiner Kamarilla wurde er darin bestärkt, die einen Staatsstreich erhoffte, wozu Wilhelm, wie man sieht, sich nicht entschließen wollte. Er scheint ein tragisches Schicksal für unvermeidlich gehalten zu haben.

Bismarck kannte die Liberalen besser. Er wußte, daß sie nicht so gefährlich waren, und nahm die Geschichte gar nicht ernst.

„Ich erriet“, erzählt er weiter, „und es ist mir später von Jengen bestätigt worden, daß er (der König) während des acht-tägigen Aufenthalts in Baden mit Variationen über das Thema Voltaire, Strafford, Ludwig XVI. beschäftigt worden war. Als er schwieg, antwortete ich mit der kurzen Prosodie: „Et après, Sire?“ — „Ja, après, dann sind wir tot“, erwiderte der König. — „Ja“, fuhr ich fort, „dann sind wir tot, aber sterben müssen wir früher oder später doch, und können wir anständiger umkommen?“

Und auf der Fahrt nach Berlin brachte er den König in „eine fröhliche, ja, kampflustige“ Stimmung hinein! Der verstand sein Metier!

Was der König Wilhelm von dem oppositionellen Liberalismus befürchtete hatte, das hofften die radikalen Demokraten von dem Verfassungskonflikt in Preußen. Der alte Revolutionär von 1848, Gustav v. Struve, veröffentlichte

damals einen offenen Brief an Bismarck, unterzeichnet von „einigen stillvergnügten Republikanern“, wo es hieß:

„Unser Freund Friedrich Hecker sagte einst in einer Volksrede: „Vorher man auch Deutschen nicht Riemen aus dem Rücken schneidet und auch damit durchhaut, erwacht ihr nicht aus eurer Trägheit“. Sie (Bismarck) sind nun der Mann, der dieses tut. Gewissermaßen haben Sie das selbst ausgesprochen, denn das Eisen, von dem Sie drohend sprachen, ist offenbar dasjenige, womit Sie diese Riemen aufschneiden, und das Blut, das damit in Verbindung steht, ist dasjenige, das bei dem Aufschneiden vergossen wird. . . . Ohne Ihr Wissen und gegen Ihren Willen handeln Sie im Interesse von ganz Deutschland, indem Sie den Republikanern die schwere Hälfte ihrer Arbeit, das Aufregeln oder sogenannte Wählen abnehmen. Denn wir gestehen gern ein, daß in dieser Beziehung alle anderen nur Stämper im Verhältnis zu Ihnen sind.“

Auch hier täuschte man sich. Bismarck wußte durch seine Unerschrockenheit den Liberalismus zu verblüffen und sein verfassungswidriges Regiment so lange fortzuführen, bis er zum Kriege gerüstet war. Er trat eben einfach nicht zurück wie seine beiden Vorgänger in der Regierung, und der verblüffte Liberalismus wußte die Situation nicht zu benutzen. Bismarck spielte ein abenteuerliches, verwegenes Spiel; wäre Walcke bei Königgrätz geschlagen worden, dann wäre es Bismarck schlimm ergangen. Aber der Hinterlader siegte über den Vorderlader und Bismarck gewann sein Spiel. Die militärischen Erfolge verwandelten den eben noch widerspenstigen und grollenden Liberalismus zum größten Teil in eine Partei Bismarck sans phrase.

Darum konnte sich dieser Liberalismus auch nach der Gründung des Reiches nicht mehr zu einem ernstlichen Versuch mit dem parlamentarischen Regiment aufschwingen. Bismarck hätte damals zu vielen Konzessionen gezwungen werden können; einer einschließlichen Parlamentsmehrheit hätte er nachgeben müssen, um die neue Einheit nicht wieder in Frage zu stellen. Aber „Liberalismus“ war damals schon beinahe gleichbedeutend mit Servilismus geworden, und Bismarck brauchte nur mit seinem Rücktritt zu drohen, um diesen „Liberalismus“ in allen Stücken gefügig zu machen.

Wenn sich nach alledem die Liberalen der verschiedenen Schattierungen nicht scheuen, dem Lande Hoffnung auf eine von ihnen zu erstrebende parlamentarische Regierung zu machen, dann kann man den schmerzlichen Stoßseufzer des Amerikafahrers Dr. Barth wohl verstehen, welcher meinte, ein parlamentarisches konservativ-meritales Parteiregiment sei tausendmal besser als der jetzige verlogene Zustand.

In der Tat — der Liberalismus, wie er sich wendet und dreht, wie er sich färbt und schminkt, wie er sich verschmilzt und gruppiert — er wird's nicht mehr bessern. —

## Robert Schweichel †.

Erst wenige Tage sind es her, daß das deutsche Proletariat in unübersehbarer Zuge einen seiner Älten, Ignaz Auer, zu Grabe geleitet. Heute steht das deutsche Proletariat an der Bahre eines anderen unvergeßlichen Toten. Robert Schweichel, ein Senior der deutschen Sozialdemokratie und ein Senior der deutschen Literatur, ist im 86. Lebensjahre verschieden.

Welcher Kontrast zwischen den beiden Toten — und doch welche verwandten Züge in ihrer innersten Wesensart. Auer aus der Tiefe des Volkes hervorgegangen, kraftvoll emporgewachsen zum redgewaltigen politischen Führer und Organisator des Klassenbewußten Proletariates. Schweichel von bürgerlicher Herkunft, der Sohn eines Kaufmanns, ein Akademiker — aber gleichwohl ein Vorkämpfer des sozialistischen Proletariates. War Auer durch die Schule des proletarischen Daseins zum Sozialdemokraten geworden, so war der freiheitsbegeisterte Student Schweichel durch theoretische Studien, durch wissenschaftliche Reise zum Bekenntnis des proletarischen Sozialismus, des modernen Klassenkampfes gelangt. Und wie er sich schon als Siebenundzwanzigjähriger an das Volk wendete und in dem Sturmjahr 1848 den Königsberger Arbeiterverein gründete, so schloß er sich zwei Jahrzehnte später, in der Vollkraft seines Lebens, offen der modernen Arbeiterbewegung an, so bekannte er sich mit aller Schärfe zum internationalen Sozialismus.

Freilich war Schweichel nicht in erster Linie Politiker, sondern Künstler. In den letzten Jahrzehnten seines langen Lebens trat er politisch nicht mehr hervor. Aber seine sozialistische Weltanschauung trat in lebendiger Gestalt in seinen dichterischen Werken zutage.

Robert Schweichel war eine jener seltenen Künstlergestalten, die nicht im Hochgefühl ihrer vermeintlichen Ueberlegenheit oder aus artistischer Engbergigkeit und politischer Gleichgültigkeit die Verklüftung mit der profanen Masse zimperlich scheuen. Seine geistige Regsamkeit führte ihn zur Beschäftigung mit der Politik und sein politisches Interesse erschöpfte sich nicht in ein paar liberal-demokratischen Phrasen, sondern drängte ihn zu wirtschaftlichen Studien, die ihn für immerdar für den Sozialismus gewannen. Das deutsche Proletariat bedankt den Sorg dieses „Intellektuellen“ mit den Immortellen der Liebe und der Dankbarkeit!

Zur Kennzeichnung des Politikers Robert Schweichel mögen einige Zitate beitragen, die der Programmrede des Verstorbenen auf dem Nürnberger Verbandstage des Verbandes deutscher Arbeitervereine entnommen sind. Diese Programmrede trug nicht zuletzt dazu bei, daß nach heftiger Debatte mit 69 gegen

46 Stimmen der Anschluß des Verbandes an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation ausgesprochen wurde.

## Die Freiheit der Ausbeutung.

„Es ist eine hohle Phrase, eine leere Redensart, wenn die Bourgeoisie der Arbeiterpartei „die Heiligkeit der individuellen Freiheit“ entgegenhält. Wohl ist die individuelle Freiheit heilig, aber wo ist sie?“

Freiheit setzt gleiches Recht voraus; doch vergebens suchen wir im Staate nach der Gleichstellung der Arbeiter gegenüber den beiden herrschenden Klassen. Das größere Maß der Rechte, das größere Maß der Freiheit gehört der Bourgeoisie und der Aristokratie, und diese Ungleichheit stempelt die individuelle Freiheit, welche die herrschenden Klassen im Munde führen, zur Willkür. Diese individuelle Freiheit der Bourgeoisie heißt: Unantastbarkeit und Kapitalherrschaft!

„Wenn aber der Arbeiter mehr Arbeit leistet, als er bezahlt erhält, wer mag es, ihm die Gerechtigkeit seiner Forderung zu bestreiten, daß er seinen Anteil an dem Arbeitsprodukt erhalte? Nicht um eine Besserung des Rationalreichtums handelt es sich, sondern um eine gerechte Verteilung des Arbeitsvertrages. Das ist das soziale Problem, welches zu lösen ist, oder mit anderen Worten: an die Stelle der Armut, Ohnmacht und Klauigkeit, welche das Los der Arbeiterklasse sind, sollen Wohlstand, Bildung und Freiheit treten.“

## Proletariat und Militarismus.

Aber es ist nicht allein die Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch das Kapital, welche den Arbeiter zu Boden drückt. Auch der schwerste Teil an Steuern, an Geld und Blut lastet auf ihm. Die für ihn unentbehrlichsten Lebensmittel sind es, von welchen der Staat die größten Steuern erhebt und, nicht genug damit, reißt er ihn plötzlich von der Arbeit hinweg und zwingt ihn, nicht nur die schönsten Jahre seiner Jugend unproduktiv in der Uniform zu verlieren, sondern auch für Zwecke, die nicht die seinigen sind und nie sein werden, seine gesunde Glieder und sein Leben einzusetzen. Gibt es ein anderes Mittel für den Arbeiter, diese Uebelstände zu beseitigen, als daß er nach politischer Macht trachtet, daß er der Bourgeoisie und der Feudalpartei das Recht entzieht, ausschließlich Politik zu machen? Der Arbeiter muß gleichberechtigt neben ihnen stehen; er muß die Macht haben, dem Ehrgeizigen und Herrschsüchtigen, der ihn im 19. Jahrhundert in Krieg und Tod schiden will, um etwas dem Nachbar einen Fehden Landes zu entreißen, oder um sich wertlosen Lorbeer eines Kriegsdraums um die Stirn zu flechten, entschieden zu widerstehen. Dann wird zugleich die Fessel gelöst, mit welcher die Kriegsfurcht die Welt lähmt und die fruchttragende Tätigkeit fesselt, da der Zustand von heute keine Garantie bietet, was morgen sein werde. Frieden ist es, was die Arbeit braucht, und der Ehrgeiz der Dynastien ist es, der ihn, geküßt auf die bestehenden Heere, fortwährend bedroht. Darum fort mit den lebenden Heeren, auf daß die Arbeit zu ihrem vollen Rechte gelange! Wer den Arbeitern sagt, daß sie sich nicht an der Politik beteiligen brauchen, um alle diese Uebelstände zu beseitigen, der ist ein Verführer, welcher sie mißbrauchen will zu Zwecken, die gegen ihre eigenen Interessen gerichtet sind. Er will sie mißbrauchen im Interesse entweder der Bourgeoisie oder der Konservativen. Ober glauben Sie, meine Herren, daß der parlamentarisch ausgeübte Absolutismus der Gegenwart uns volle Gleichberechtigung, allgemeines Wahlrecht, freies Versammlungs- und Koalitionsrecht gewähren und an die Stelle der stehenden Heere, welche unseren Schweiß nutzlos verzehren, die Volkswaffen setzen werde, wenn wir die Hände in den Schoß legen? . . . Der demokratische Staat ist es daher, welchen wir erstreben müssen!“

## Kriegsministerliche Bußpredigten.

Dem preussischen Kriegsminister v. Einem scheinen die Lobsprüche und Vertrauensvoten, die ihm die bürgerliche Mehrheit des Reichstages am Mittwoch so überreichlich spendete, schon zu Kopf gestiegen zu sein. War er am Mittwoch scharf gegen die Sozialdemokratie, so ward er am Donnerstag scharfer. Gegen die Schärfe an sich hätten wir nichts einzuwenden, aber Herr v. Einem gefällt dabei in einer Ueberhebung, die dadurch nicht besser wird, daß sie sich in die Form biedermännisch-patriarchalischer Wendungen kleidet. Wie ein Hauptmann seinen Leuten, erlaubt er sich den Sozialdemokraten und den Polen halb väterlich-warmen, halb streng-drohende Straßpredigten zu halten, ein Beginnen, dessen Unangemessenheit nur durch seine Komik übertroffen wird.

Genosse Roske hatte zu Beginn der Sitzung die Kritik des Genossen Vebel ergänzt und diverse Einwände der bürgerlichen Redner vom Mittwoch kritisch beleuchtet, insbesondere auch die saubere Taktik der Rechten gekennzeichnet, gegen einen für richtig erklärten Antrag — den auf Verbesserung des Mannschaftsfeldes — lediglich deshalb zu stimmen, weil er von Sozialdemokraten gestellt wurde. Zum Schluß legte er dar, daß Gegnerschaft gegen den Militarismus nicht Gegnerschaft gegen die Wehrhaftigkeit der Nation bedeutet und daß, wenn auch die Arbeiterschaft im Falle eines Angriffskrieges ihre Pflicht tun werde, so doch Begeisterung fürs Vaterland nicht in einem gebüttelten Proletariat auskommen kann.

Der Kriegsminister bestritt die Säbelraserei, gegen die sich der sozialdemokratische Redner gewendet hatte, und hielt dann eine militaristische Kapuzinade, die wir im Eingang schon charakterisiert haben. Mit allerlei Scheinargumenten

## Die Infections-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Anzeigebühne oder deren Raum 50 Wfg. für politische und gesellschaftliche Beerdigungs- und Versammlungs-Anzeigen 30 Wfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Wfg., jedes weitere Wort 10 Wfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wfg., jedes weitere Wort 5 Wfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

„bewies“ er die Mindertwertigkeit des Militärsystems. Das jetzige Heerwesen ist ein Meisterwerk, und ein Verbrechen ist es, daran zu rütteln, ein Verbrechen, das sich an seinen Vertretern schmerzlich rächen wird. Beh denen, die auf den falschen Wegen wandeln — oder sagt v. Einem im Vöhpredigtstil den Sozialdemokraten und den Polen und hängt zum Schluss einen im hochfahrendsten Kommandoton gehaltenen „Niffel“ an.

Der polnische Redner, Graf Mielzynski, hatte besonders die Schaffigkeit des Militärboykotts geheielt. Der Schwab des Reichstagespräsidenten Hagemann, der sich à la Liebert in unqualifizierbarer Weise gegen die Sozialdemokratie wandte, fand eine Abfertigung durch eine persönliche Bemerkung Webers, der auch dem Kriegsminister die Fähigkeit absprach, die Ideen der Sozialdemokratie verstehen zu können.

Dann wurde die Generaldebatte durch einen Schlussantrag beendet und die sozialdemokratische Resolution, die eine höhere Löhnung fordert, sowie die Resolution der Freisinnigen, die eine Reform des Militärstrafrechts und des Bescherwerderechts fordert, angenommen.

In der Spezialdiskussion brachte eine ganze Reihe bürgerlicher Redner die Spezialwünsche verschiedener Beamtenkategorien und ihrer Wahlkreise vor. Von unserer Seite ergriffen zu kurzen Bemerkungen noch das Wort Genosse Hoch, der die Praktiken der Kriegsverwaltung beim Kasernenbau kritisierte, und Genosse Koske zu den Forderungen der Agrarier, daß die Militärverwaltung ihnen höhere Preise für ihre Pferde zahle. Da es an ihren Geldbeutel ging, so waren die Agrarier aller Couleur einig im Stöhnen über unzureichende Preise, und als Genosse Koske ihnen in die Parade fuhr, heulten sie vor Wut und explodierten in ruppigen Bemerkungen. Die Herren sind eben sehr empfindlich, wenn ihr Portemonnaie in Frage kommt.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

## Deutsche Außenpolitik.

Die durch die offiziellen Äußerungen der „Köln. Ztg.“ geführte nervöse Aufregung der sogenannten nationalen Presse über die politische Missionen des englischen Königs hat sich etwas gelegt; doch noch immer können einige patriotische Blätter sich nicht enthalten, allerlei verfechtete Ausfälle gegen England zu richten und das jetzige englische liberale Kabinett peribder Absichten zu verdächtigen, während sie über die Unfähigkeit der Wilkowschen Außenpolitik, die Deutschland in die jetzige isolierte Position gebracht hat, vollständig schweigen, so daß man, wenn nicht einzelne Äußerungen das Gegenteil beweisen, fast zu der Annahme kommen könnte, sie hielten die Unzulänglichkeit der Wilkowschen Leistungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik für so bekannt, daß es sich nicht mehr verlohne, ihre Qualität noch zu kritisieren. Tatsächlich müßte selbst dann, wenn die englische Politik die ihr zugeschriebene Absicht der „Einkreisung“ Deutschlands durch den Abschluß geheimer Allianzen mit den europäischen Mächten und Südmächten verfolgte, der Vortour, Deutschland in seine jetzige einflusslose Stellung gebracht zu haben, sich weit mehr an die verantwortlichen und unverantwortlichen Dirigenten der deutschen Außenpolitik richten als an das englische Kabinett, das nichts anderes getan hat, als die Neutralität der deutschen Politik im Interesse der Weltmachstellung Englands auszunutzen. Die Aufgabe der Diplomatie besteht doch wohl nicht nur in äußerlicher Repräsentation, sondern in der geschickten Vertretung der politischen und wirtschaftlichen Interessen des eigenen Landes. Wenn also die englische Diplomatie in geschickter Ausnutzung der falschen Schwachpunkte des deutschen Partners die ihr gebotene Gelegenheit ergreift, die Erregung der französischen Bourgeoisie über die Falschoda-Affäre zu beschwichtigen und mit Frankreich zu einem Einverständnis zu gelangen, die Woffstellung des deutschen diplomatischen Spiels in Algerien zur Steigerung seines Einflusses auf die spanische Regierung auszunutzen, Italiens Anhänglichkeit an den Dreibund auf ein minimales Maß herabzusetzen und England am Bosphorus die frühere einflussreiche Stellung zurückzugewinnen, so hat sie lediglich — und zwar gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus — ihre Pflicht erfüllt.

Der Vortour, daß England in kurzer Zeit solche Erfolge zu erlangen vermochte, trifft demnach nicht die englische, sondern die deutsche Diplomatie und besonders den Reichskanzler, der, wenn er vielleicht auch die Richtung der deutschen Außenpolitik nicht bestimmt, doch für sie die Verantwortung trägt. Der deutschen Regierung bot sich nach der Falschoda-Affäre die günstigste Gelegenheit, mit Frankreich zu jener „Entente cordiale“ zu gelangen, die England trotz Falschoda zu erreichen wußte. Doch die deutsche Außenpolitik verhandelt nicht die günstige Gelegenheit zu benutzen; und als dann die marokkanische Frage aufstach und Spanien und Frankreich über sie verhandelten, verhielt Deutschlands zünftige Diplomatie sich zunächst völlig passiv, aber kaum schickte Frankreich sich an, seine Ansprüche auf Marokko zu realisieren, so brüskierte sie den westlichen Nachbar, anstatt die Gelegenheit zu benutzen, gegen die Unterstützung der französischen Pläne in Marokko Frankreichs Hilfe zur Stärkung des deutschen Einflusses am Bosphorus einzutauschen. Ebenso kurzschichtig erwies sich die deutsche Politik in Ostafrika, wo sie England zum Bündnis mit Japan verhalf.

Allerdings ist die Hilflosigkeit der deutschen Außenpolitik nicht allein durch die deutsche Diplomatie verschuldet. In gewissen Sinne hängen Inlands- und Außenpolitik zusammen. Das halb absolutistische, militärische, zwischen feudale romantischen Neigungen und modernen weltpolitischen Anforderungen hin und her schwankende jetzige Regierungssystem, mit seinem starken Einschlag an persönlicher Regierung und persönlichen Stimmungen, verleiht nicht nur der offiziellen deutschen Außenpolitik einen militärischen Charakter, sondern bewirkt auch, daß das Ausland sie als einen unberechenbaren, keinerlei feste Richtlinien einhaltenden Dilettantismus betrachtet, von dem man nicht wissen kann, ob er nicht in jedem Extrem zum anderen gedrängt wird. Die Folge ist, daß Deutschlands Politik als Gefährdung einer ruhigen internationalen Entwicklung empfunden wird, und die Mächte, die gleichartige materielle Interessen und ein ähnliches parlamentarisches Regierungssystem haben, sich einander nähern. Sehr richtig schrieb am 20. d. M. die liberale deutschfreundliche Londoner „Tribune“ in einem Artikel über Deutschland und König Eduards Fahrten, es sei ein natürliches Ergebnis der jüngsten internationalen Entwicklung, daß Handel, Kultur und Praxis eines ähnlichen politischen Systems die parlamentarisch regierten Staaten dazu bringe, sich einander zu nähern und so die Gemeinsamkeit der Ideen und Ziele, die in früheren Zeiten dynastische Allianzen und Staatsverbindungen herbeiführten, in Zukunft notwendigerweise zu demokratischen Verbindungen führen“ würde.

Theodor Schiemann erwidert darauf in der gestrigen „Köln. Ztg.“:

„Unter liberalen“ Staaten sind offenbar diejenigen mit parlamentarischer Verfassung gemeint, wobei dann freilich als politisches Dogma angenommen wird, daß die Freiheit durch politische Formen bedingt werde, und daß das parlamentarische Regime diese Idealeform darstelle. Wir innererwärts sind anderer Meinung und halten monarchischen Despotismus und den Despotismus der regierenden Parlamentarier für gleich gefährlich. Kann in beiden Staatsformen zeitweilig ein gesundes politisches Leben gedeihen, so ist die Verfassung, die Macht zu mißbrauchen, gleich groß beim unumschränkten Herrscher wie bei der unumschränkten Partei, und an Beispielen für beides fehlt es nicht. Niemand hat schärfer gegen den Despotismus des jetzt in der Opposition stehenden konservativen Kabinetts geäußert als die heute regierenden englischen Liberalen, und sie sind es gewesen, die in Schrift und Wort gegen die Ungerechtigkeit des südafrikanischen Krieges protestiert haben.“

Die Einwendung trifft den Gedanken der „Tribune“ gar nicht, denn es handelt sich nicht darum, ob das parlamentarische oder nicht parlamentarische Regime eine größere Dosis bürgerlicher Freiheit gewährt, sondern darum, daß unter einem parlamentarischen Regime persönliche Stimmungen und Verstimmungen nicht den Einfluß auf die Richtung der Außenpolitik zu gewinnen vermögen wie im Deutschen Reich preußischer Nation, und deshalb jene überraschenden Wendungen, die der Botschaft der letzten Jahre aufweist, ausgeschlossen erscheinen.

Wohlfest wenn diese Ansicht falsch wäre, würde dadurch an der Wirkung der deutschen auswärtigen Politik auf die europäischen Staaten nichts geändert. Denn diese Wirkung wird nicht dadurch bestimmt, was die deutsche Außenpolitik im inneren Kern wirklich ist, sondern wie sie den fremden Mächten erscheint, d. h. unter welchem Gesichtswinkel sie von diesen erfaßt und wie sie ihrem äußeren Gehaben nach von ihnen verstanden wird. Vielleicht überschätzt England in nicht genügender Berücksichtigung der Vorliebe des heutigen deutschen Kurles für theatralische Effekte manche gehaltenen Reden; vielleicht auch nimmt es das offiziöse imperialistische Geschwätz der „Köln. Ztg.“ allzu ernsthaft; Tatsache ist nun aber mal, wie die politische Literatur jener Länder zeigt, daß die ausländischen Politiker solche Äußerungen als impulsive Offenbarungen der innersten Motive der von der deutschen Regierung befolgten Politik betrachten und danach ihre Taktik einrichten.

Wenn die Presse des nationalen Blods nicht die kaiserlichen Reden ständig glorifizieren, und wenn die Blodparteien die auswärtige Politik nicht als ein Spezialrefferat der Krone betrachten wollten, dann würde das weit nützlicher für die politischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande sein als das jetzige Verfahren, die Bestmächte zu verdächtigen. Doch fast scheint es, als wenn ein Teil der deutschen Presse — allerdings nur ein sehr kleiner Teil — die Situation, in die Deutschland durch die Unfähigkeit seiner auswärtigen Politik geraten ist, durch den Appell an die Woffen korrigieren zu können glaubt. Das wäre ein fesselhaftes Spiel, denn es hieße Deutschlands politische Zukunft auf eine höchst zweifelhafte Karte setzen. Fesselhaft nicht nur insofern, als Deutschland in solchem Kriege auf keinerlei Hilfe von außen zu rechnen hätte, sondern auch, weil das deutsche Volk sehr wohl versteht, daß es sich um keine entscheidende Frage seiner Existenz handelt, sondern lediglich darum, die absolute Unzulänglichkeit seiner Diplomatie durch Ueberlässe auszugleichen!

## Jeskos Ehrenrettung.

Die Verhandlung gegen Jesko v. Puttkamer vor dem Potsdamer Disziplinargericht gipfelte in einer Anklagerede des Kammergerichtsrats Dr. Kleine, die als eine Ehrenrettung Puttkamers bezeichnet werden kann. Der öffentliche Ankläger leidet seine Anklagerede in das Bewand einer pikanten Klauderei, wie sie wohl vor französischen Gerichtshöfen nicht zu den Seltenheiten gehören dürfte, wie sie aber vor einem seriösen deutschen Disziplinargericht kaum je gehört worden sein mag. Wir wollen allerdings von vornherein zugeben, daß Herr v. Puttkamer in der Wildergalerie unserer Kolonialhelden zu den harmlosesten Erscheinungen gehören mag. Herr v. Puttkamer hat nur „fahrlässigerweise“ einen Paß ausgestellt, der ein falscher Paß war. Er hat sich, wie durch Zeigenausagen bewiesen wurde, um seine Geschäfte verteuert wenig gekümmert. Er ist, wie aus seinen Führungsattesten hervorging, mit einem untüchtigen Leichtsinne behaftet gewesen, also mit einer Eigenschaft, die ihn unserer Kolonialverwaltung gerade zu einem verantwortungsvollen Kolonialposten besonders geeignet erscheinen lieh!

Er hat in die Justizpflege in größtlicher Weise eingegriffen, weil er befürwortete, daß der Einfluß der Missionen gar zu groß werden und die Behandlung der Neger allzu human ausfallen könnte. Aber trotz alledem erschien dem Ankläger und dem Disziplinargericht Herr v. Puttkamer in der Glorie einer 21jährigen aufopferungsvollen Dienstzeit. Und das trotz seiner vier Monate lang ausdehnenden Erholungsreisen, bei denen er mit „dem Gelde nicht knauferte“. Trotz seiner Liebeshändel, die ihn mehr beschäftigten, als seine Regierungsangelegenheiten, trotz seines amtlich bestätigten Leichtsinns, trotz seiner — natürlich im „guten Glauben“ erfolgten — Eingriffe in das ordnungsmäßige richterliche Verfahren; mit einem Wort, Herr Puttkamer ist durch die Angriffe der Presse bitterstes Unrecht widerfahren, und es ist nur das eine unbegreiflich, daß einem so verdienten kolonialen Pionier noch ein Verweis und eine Geldstrafe von 1000 M. aufgebürdet werden konnte!

Die sozialdemokratische Presse hat auf den Fall Puttkamer von vornherein nur sehr geringen Wert gelegt. Ihr galt der Mann nicht etwa als ein besonders verruchter Verbrecher, sondern nur als ein Typus des von einflussreichster Seite protegierten aristokratischen Kolonialbeamten. Und wenn der Verteidiger Puttkamers, Herr Sello, darüber wetterte, daß ein solch verdienter Mann von einem bloßen Nanbager verurteilt werde, so bezieht sich diese Charakterisierung völlig auf diejenige liberale Presse, die gerade wegen der geschlechtlichen Pikanterien des Falles Puttkamer dessen Befehlungen mit einer wahren Wollust ungezügelter Spalten breit behandelt hatte. Sehr hübsch allerdings nahm es sich an, daß Herr Sello auch erklärte, diese „Berunglimpfungen hätten sich auf die Bekundungen eines Mannes wie Wisluba“ gegründet. In der Tat: Wie kann denn einem aristokratischen Roué und Lebenskünstler wie Puttkamer gegenüber ein seiner profanischen Pflichterfüllung wegen von dem neuen Dornburgschen Kolonialregime gemäßigter proletarischer Unterbeamter wie Wisluba in die Schranken zu treten wagen! Sei es drum! Unser Kronzeuge ist Herr Wisluba ja nicht gewesen.

Offenlich empfiehlt die liberale Presse nach dieser glänzenden „Rechtfertigung“ Herrn v. Puttkamer dringlichst der Begnadigung! —

## Die ersten Beamtenmaßregelungen.

Paris, 22. April. (Fig. Ber.)

Vorgestern standen die Genossen Clavier, Amalric und Quillet vor dem Disziplinarrat. Sie waren angeklagt, als Delegierte des allgemeinen Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten 1. dem Zentralkomitee zur Vertretung der Koalitionsfreiheit anzugehören; 2) an der Redaktion des „Offenen Briefes“ an Clemenceau teilgenommen zu haben, der durch seine drohende Sprache und durch seine heftigen Wendungen, durch den aus ihm sprechenden Geist der Insubordination, durch seine Aufreizungen und durch seine große Verbreitung einen überaus schweren Akt der Disziplinlosigkeit darstelle. Die Angeklagten wurden schuldig erkannt und mit der Strafe der Absetzung belegt. Das Stimmverhältnis im Disziplinarrat war 7 zu 2, bei zwei Enthaltungen. Ein anderes Resultat war nicht zu erwarten. Man kann von den Disziplinarräten keinen Heroismus verlangen. Hängt doch das Damoklesschwert der Maßregelung auch über ihnen.

Das heutige Disziplinarratsverfahren war aber nur eine Einleitung. Am 23. wird der zweite Karren zur Guillotine fahren. Es kommt die Reihe an Genosse Grangier, den Sekretär des Gewerkschaftsverbandes der Postunterbeamten und an Simonnet von den „jungen Vorkämpfern“. Und nach den Postbeamten kommen die Lehrer, zuerst Genosse Rögge, und dann die anderen. Bis die Panik und die Sorge um die Familie die um ihr Vereinigungsrecht kämpfenden Beamten zu Paaren treibt. Dies ist das schöne Programm der „radikalen“ Regierung! „Ordnung, Disziplin, Subordination“ — dieses politische Legikon der Restaurationszeit ist zum Kathedismus der Bourgeoisidiktatur geworden, die sich gleich dem gegenrevolutionären Absolutismus die Woffe eines patriarchalischen Wohlfahrtsstrebens vorhält. Herr Briand hat in einer von „Sozialisten“ seines Schlags in seinem Wahlkreis einberufenen Versammlung von seinem „väterlichen“ Vorgehen gegen die Lehrer gesprochen. Entschieden die lächerliche Stelle seiner Rede war die Behauptung, daß er seine Anschauungen über das Gewerkschaftsproblem nicht geändert habe, da er immer der Meinung gewesen sei, daß sich die Bewegung der Beamten mit der der Arbeiter nicht vermischen dürfe! Selamlich hat Briand stammende Reden für den revolutionären Generalkrieg gehalten, und die Arbeitskonföderation war sogar so hochhaft, nach seinem Eintritt in die Regierung eine dieser Reden mit seinem Kontersel und seinem jetzigen Titel herauszugeben!

Im übrigen trägt Briand die Melodie vor, die jetzt alle radikalen Bourgeoisblätter herunterleien, von dem Augen, den die revolutionäre Bewegung durch die Kengsligung des Bürgerturns der besiegten liberalen Reaktion bringe. Die Argumentation dieser „Demokraten“ ist wirklich töstlich. Ehemals hieß es, die Arbeiter müßten ihre Klassenforderungen zurückstellen, bis die Kirche besiegt sei. Jetzt sollen sie sie nicht erheben dürfen, weil die Kirche wieder zu Kräften kommen könnte. Auf diese Art wäre der Antiklerikalismus ein immer wirksames Schuttmittel gegen die Sozialreform. Ein Glück nur, daß die Proletarier auf diesen großen Kniff doch nicht mehr hereinfallen.

Paris, 25. April. Der Disziplinarrat der Posten und Telegraphen sprach sich für Dienstentlassung des Generalsekretärs der Unteragenten Grangier und des Generalsekretärs des Syndikats der jungen Vorkämpfer, Simonnet, aus, weil sie den offenen Brief an Clemenceau über das Recht zur Syndikatsbildung unterzeichnet haben!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. April 1902.

### Die dritte Lesung des Etats.

Am Donnerstag begann das Abgeordnetenhaus die dritte Lesung des Staatshaushaltsetats. Von einer Generaldebatte nahm man Abstand, um sofort in die Spezialdiskussion einzutreten. Die meisten Etats wurden ohne jede Debatte erledigt, und da, wo es noch zu einer Debatte kam, handelte es sich nur um eine kleine Nachlese: Verschiedene Redner, denen die zweite Beratung das Wort abgeknitten war oder die damals den Anschluß verpaßt hatten, suchten das Versäumte nachzuholen.

Beim Etat der Ansiedelungskommission kam es programmäßig wieder zu einer Polenhefte. Die Vertreter des unterjälstigen Deutschtums, allen voran der urgermanische Dr. Frenndt (ft.), haben an den fortgesetzten Niederlagen, die sich die preußische Regierung im Kampfe gegen die polnischen Staatsbürger geholt hat, noch nicht genug; sie fordern, daß noch mehr Geld aus den Taschen der Steuerzahler für die „Erhaltung des Deutschtums im Osten“ herausgeholt wird, und sie sind ungehalten darüber, daß die Regierung in dieser Session keine neue Polenvorlage mehr einbringen will. Um etwas Feuer dahinter zu machen, brachten sie einen Antrag auf „kräftige Fortführung der Bodenpolitik zum Schutze des Deutschtums in den Dismarken“ ein, aber, da die Polenstarrer ihres Sieges zu sicher waren und es nicht einmal für nötig hielten, sich von ihren Vägen zu erheben, wurde der Antrag abgelehnt! Darob allgemeines Erstaunen; denn zwei Drittel der Abgeordneten stehen auf dem Boden des Antrags. Eine Wiederholung der Abstimmung ist nach der Geschäftsordnung unmöglich, und so bleibt denn den Antragstellern nichts anderes übrig, als ihren Antrag gelegentlich als selbständigen Antrag wieder einzubringen. Wird er dann angenommen, woran nach der Zusammenfassung des Hauses kein Zweifel ist, dann haben wir das seltsame Schauspiel, daß ein und derselbe Antrag in der gleichen Session abgelehnt und angenommen ist. Allerdings wäre das nur eine der vielen sonderbaren Blüten, die die Polenpolitik treibt.

Der Etat der Forstverwaltung gab verschiedenen Rednern Veranlassung, ihre „Beamtenfreundlichkeit“ durch die Forderung der Aufbesserung der Gehälter der Förster Ausdruck zu verleihen. Dagegen hielt es keiner von ihnen für nötig, den bekannten Erlaß des neuen Landwirtschaftsministers, durch den die Förster ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt werden, einer Kritik zu unterziehen. Nicht einmal die Freisinnigen, die sich doch sonst so gern als Hüter der Volksrechte aufspielen, brachten diesen haarsträubenden Erlaß, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, zur Sprache.

Beim Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung sprachen die Agrarier wieder einmal mit Erfolg die Regierung an: sie verlangten die Bereitstellung von Mitteln zur Entschädigung derjenigen Grundbesitzer in den Grenzkreisen, die durch die im Interesse der heimischen Viehzucht getroffenen Sperremaßnahmen geschädigt werden. Dieser Antrag ist typisch für die agrarische Sabotage. An eine Entschädigung der weiten Kreise des Volkes, die die Sperremaßnahmen mit hohen Fleischpreisen bezahlen müssen, denkt niemand. Im Gegenteil, das Volk soll noch mehr bluten, nur damit die Agrarier sich ihre Taschen füllen können.

Beim Etat der Bergverwaltung lenkte Abgeordneter Prust (3.) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die immer mehr zunehmende Zahl von Unfällen im Bergbau, sowie auf den Versuch einer Bergwerksinspektion, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Der Handelsminister Delbrück begnügte sich damit, die Ursachen der letzten Grubenunfälle, soweit sie durch die Unternehmung bisher

ermittelt sind, dem Hause mitzuteilen, aber eine Erklärung darüber, ob er endlich bereit sei, energische Maßnahmen zur Verminderung der Unfallgefahr im Bergbau zu ergreifen, gab er nicht ab. Biele tausend brave Bergleute werden erst noch Gesundheit und Leben opfern müssen, bevor die gesetzgebenden Körperschaften Preußens sich an ihre Pflicht erinnern! So lange sich die Verwaltung aus Furcht vor der Sozialdemokratie mit Händen und Füßen gegen die Hinzuziehung von Grubenkontrollleuten aus der Arbeiterklasse wehrt, ist an eine wirklich durchgreifende Besserung nicht zu denken. Man setzt Kommissionen und wieder Kommissionen ein, die mit ihren Erwägungen überhaupt nicht zu Ende kommen, und an das Nächstliegende denkt man nicht. — Der Minister erklärte ausdrücklich, daß er von der gesetzlichen Einführung von Arbeiterkontrollleuten nichts wissen wolle! —

Je geringer der Schatz ist, den die Regierung den Bergarbeitern zuteil werden läßt, um so größer ist ihr Eingreifen in die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter. Der Chef der Verwaltung, Minister Delbrück, folgt seinem Kollegen von der Eisenbahnverwaltung und wagt es, den Bergarbeitern den Beitritt zu Organisationen zu verbieten, die „unvereinbar sind mit den Grundlagen der Staats- und Gesellschaftsordnung“. — Zu diesen Vereinen rechnet Herr Delbrück die freien Gewerkschaften.

### Uferloses Flottenrücken.

Der Generalmajor Reim, der bekannte Wahlagitator des Flottensoldaten, befürwortet in einem Artikel des „Tag“ dringlichst ein rasches Vantempo der Schlachtflotte. Spätestens der Herbst dieses Jahres müsse darüber Klarheit bringen. Im Verhältnis zu unseren Seeinteressen sei Deutschlands Kriegsschiffe viel zu klein.

Herr Reim könnte allenfalls als politischer Eingänger erscheinen. Aber auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der grünen Internationale, erklärt unter dem Titel „Jeden Mann und jeden Kahn“ ostentativ, daß die Agrarier gewillt seien, alles für Meer und Flotte zu bewilligen, was verlangt werde. Das Blatt sagt wörtlich:

„Angeht es der jetzigen Weltlage würde es geradezu frivol sein, wenn man dem Vaterlande das verlagte, was es zu seiner Kriegstüchtigkeit auf dem Lande und auf dem Wasser bedarf. Für die Agrarier gibt es in solchen Dingen und in solchen Zeiten kein Heilsheilmittel und kein Markieren. Sie wissen, daß die Last am schwersten auf ihnen liegt und daß ihnen die größten Opfer zugemutet werden, aber sie bewilligen alles, was notwendig ist — jeden Mann und jeden Kahn.“

Die konservativ-liberale Paarung trägt also ihre Früchte! Nicht etwa in liberaler Ausgestaltung der Volkswirtschaft, sondern auf dem Gebiete des wahnsinnigsten Wetteistens. Hinter dem Wettlauf des Prellens in imperialistischer und marinistischer Beziehung kann natürlich das Agrarierum nicht zurückbleiben. Die liberalen Flottensoldaten werden von den agrarischen Streibern um die Gunst des persönlichen Sonderregiments womöglich noch übertrumpft! Sie bewilligen „jeden Mann und jeden Kahn“.

Das nationale Schwein und Herr Dernburg gebären so in wunderbarer Paarung den uferlosen Militarismus zu Lande und zu Wasser! —

### „Vergessene Fragen.“

Das „Berliner Tageblatt“, das von dem ernst zu nehmenden politischen Feindnis bereits als enfant terrible von der Liste der offiziellen Feindblätter gestrichen worden ist, leitartikel über die „vergesene Frage“ der Vorlage über die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse. Diese Frage sei bereits am 27. Januar durch den kaiserlichen Erlaß und am 19. Februar durch die Thronrede angekündigt worden. Aber während der gegenwärtigen Tagung des Reichstags werde diese Vorlage wohl kaum zur Erledigung kommen.

Es sei deshalb die „vergesene Frage“ aufzuwerfen: „Wie steht es mit der Reform der Majestätsbeleidigungsprozesse?“ Nun, mit dieser Reform steht es nicht anders als mit der ja auch so emphatisch verheißenen Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Sie ist als Abber zum Fangen des liberalen Spießbürgerlums an die Angel des Willow-Dernburg-Kurzes geknüpft worden. Das liberale Philistertum hat darauf angeklungen; nun mag es appellieren. Viel eiliger hat es die Regierung mit der Bewilligung neuer militärischer und marinistischer Forderungen. Wenn diese erst nach dem Wunsche der Regierung verabschiedet sind, darf sich der Liberalismus wieder melden. Dann vielleicht wird die Regierung ihre Versprechungen einlösen. Welche Gestalt dann diese Vorlagen tragen werden, darüber schweigt einstweilen des Sängers Höflichkeit! —

### Der Reichsverband — eine unerfreuliche Erscheinung im öffentlichen Leben.

In einer Versammlung des Jungnationalistischen Vereins in Jena, in der dieser Tage der Generalsekretär Paul Zimmermann aus Köln einen Vortrag hielt, kam es ganz programmwidrig zu einer Ansprache über den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Referent wandte sich in einer heillosigen Bemerkung gegen den Reichsverband und dessen Methode und erzielte damit, daß der Reichsverband in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt wurde. Es geschah dies in einer Weise, die für den Reichsverband nichts weniger als schmeichelhaft ist. Nach dem Bericht des „Jenaer Volksblattes“ gab Rechtsanwalt Wilmann unter dem Vorwand der Versammlung seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Referent mit aller Entschiedenheit den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ablehnte, was umso bemerkenswerter sei, weil es von einer nationalliberalen Seite aus geschehen ist. Das war gerade in Jena sehr nötig.

Als Regierungsrat Donath eine Lanze für die „gute Absicht“ des Reichsverbandes brach, hielt der Referent seine Behauptung aufrecht, daß die Methode des Reichsverbandes auf eine banale Sentimentalität und Hysterieerzählung, auf ein Wangemachen politischer Rinder abzielt.

Privatgelehrter Thiele verwies darauf, daß der Reichsverband von Leuten gegründet worden ist, die auf der äußersten Rechten stehen. „Sage mir, woher du kommst, und ich sage dir, wer du bist.“

Rechtsanwalt Wilmann legte in einer weiteren Rede Wert darauf, daß im politischen Kampfe auf Anstand und Achtung des Gegners gesehen wird.

Prof. Garmes bezeichnete den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als „eine unerfreuliche Erscheinung im öffentlichen Leben“, das bemerkt zur Genüge seine Agitationsmethode. Der Sozialismus sei eine Kulturbewegung und auch der Marxismus habe eine kulturelle Mission erfüllt, indem er die Massen für eine Mission begeisterte. Indem man die Führer der Sozialdemokratie verächtlich, erreichte man nicht, daß sich die Massen von den Führern abwenden, sondern daß sie sich nur noch fester an sie angeschlossen. Der Reichsverband verkenne insofern unsere

politische Entwicklung, als er selbst die Gewerkschaften bekämpfe. Die Hoffnung bestehe darin, daß sich die sozialdemokratische Partei allmählich zu einer Arbeiterpartei entwickle, die sich auf den Boden des gegenwärtigen Staates stelle.

Soweit also die nationalliberalen Politiker noch auf politischen Anstand halten und sich einiges Verständnis der kulturellen Bedeutung der Arbeiterbewegung bewahrt haben, sehen auch sie in dem Reichsverband „eine unerfreuliche Erscheinung im öffentlichen Leben“. Das hindert jedoch nicht, daß auch bei dem jetzigen Wahlkampf in Glauchau-Meerane die Nationalliberalen sich wieder die Platten des Reichsverbandes zu Hilfe geholt haben. —

In der Straffsache gegen den Redakteur Johannes Weber in Berlin, Carmen Straßstraße 5, geboren am 3. Juni 1874 zu Berlin, Dissident — 83 M. 24. 06. — wegen Verleumdung, hat die vierte Strafkammer des königlichen Landgerichts I in Berlin am 25. September 1906 für Recht erkannt:

1. Der Angeklagte ist der Verleumdung durch die Presse schuldig und wird deshalb unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens zu einer Geldstrafe von dreißig Mark, an deren Stelle im Unvermögensfälle eine Haftstrafe von drei Tagen tritt, verurteilt.

2. Der Artikel „Oberschlesische Polizeizustände“ in Nr. 89 des „Vorwärts“ vom 15. April 1906 und derjenige Teil der Platten und Formen, auf welchen sich dieser Artikel befindet, sind unbrauchbar zu machen.

3. Den Beteiligten, nämlich dem Kriminalbeamten Willibald Benzoni in Janodzie, sowie dem Landrat des Kreises Kattowitz als Vorgesetzten des Verleumdigen, wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil des Urteils binnen Monatsfrist von der Zustellung des rechtskräftigen Urteils an den Verleumdigen auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen.

Die Bekanntmachung hat zu erfolgen durch den „Vorwärts“ in der „Politisches Hebericht“, und zwar mit derselben Schrift, wie der Abdruck des Artikels „Oberschlesische Polizeizustände“, sowie durch das „Kattowitzer Kreisblatt“, und zwar durch jede der genannten Zeitungen einmal.

### Ein sozialdemokratischer Erfolg.

In der Reichstagsführung vom 18. Januar hat der Abgeordnete für den Wahlkreis Duisburg, Genosse Hengsbach, die grauenhaften Zustände in den Koloniehäusern der bekannten Großindustriellen Toppfen und Stinnes einer Kritik unterzogen, wobei er sagte, daß die Häuser schon bezogen würden, bevor auch nur die Wände verputzt seien. Mehrere Hundert Menschen hätten sich ein Viertel Jahr lang ohne Abort begnügen müssen. Von Kanalisation sei in der zur Feste „Deutscher Kaiser“ gehörenden Kolonie keine Rede. Die Abwässer würden auf die Straße gegossen und stinken besonders im Sommer gen Himmel. Aber es regte sich keine Stadtverwaltung, keine Polizei schreite ein, kein Staatsanwalt erhebe Anklage; selbst die Ärzte schienen diese offene Kloake, die Brutstätte giftiger, tabbringender Bakterien, zu übersehen. Und von den Massenquartieren der Italiener und sonstiger Eingewanderten sagte Hengsbach, sie seien grauerregend. Er verlangte, daß das in Selsenkirchen bestehende bakteriologische Privatinstitut vom Reich übernommen und in dem dichtbesiedelten Ruhrgebiet Unterstationen eingerichtet werden. Vielleicht gelinge es dann, die Gesundheitsfrage erfolgreich zu bekämpfen.

Jetzt wird gemeldet, daß in Selsenkirchen am Mittwoch unter dem Vorsitz des Obermedizinalrats Professor Dr. Kirchner-Berlin eine Konferenz von Ärzten und Verwaltungsbeamten stattfand, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Gesundheitsfrage zu ergreifen. Es wurde beschlossen, die Zahl der bakteriologischen Stationen des Vereins zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrgebiet zu vermehren. Der Minister hat die Vergabe weiterer Mittel für das Institut in Selsenkirchen zugesagt. —

### Koloniale Hochkultur.

Dr. Karl Peters leistete sich jüngst im „Tag“ in einem Artikel über Kolonialpolitik und Kolonialskandal folgende Sätze: „Ich wette zehn gegen eins, daß es in den deutschen Kolonien einen größeren Prozentsatz von Genies gibt als in deutschen Reichstagen oder im Durchschnitt deutscher Zeitungsredaktionen.“ Der deutsche Philister verdaut die Skandale mit Behagen an seinem schmutzigen Kneipstisch. „Der Beurteilung liegt neben Reiz und direkter Schadenfreude die mittel- und finstelhafte Einseitigkeit des Regers zugrunde.“ Das kennzeichnet das Denksystem vor aller Welt als eine minderwertige Rasse und disqualifiziert es zur Welt-politik. Wir geraten damit dem nationalen Anstande nach auf die Stufe von Serben und — Ungarn.“

Wir hatten keine Veranlassung, den Ergüssen des Hänge-Peters näherzutreten, da wir uns genügend mit dessen Tätigkeit beschäftigt haben, sind aber doch erstaunt darüber, daß die öffentliche Meinung, die es angeht, mit einem Worte, daß das „Deutschtum“ sich derartige Vordemüdigkeiten ohne zu mühen einfach bieten läßt! —

### Liebnechts Militärproschüre.

Überall wird jetzt nach der vom Genossen Karl Liebnecht verfaßten wertvollen Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“ gehaust. Nachdem vor zwei Tagen in der Buchhandlung der „Leipziger Volkszeitung“ 18 Exemplare beschlagnahmt worden sind, wurde heute auch in der „Meißener Volkszeitung“ in Kostel Hausdurchsuchung abgehalten. Selbst in der Wohnung der beiden Redakteure wurde gehaust und bei einem der Redakteure eine Broschüre beschlagnahmt. Zugleich fand in der Privatwohnung Liebnechts eine Hausdurchsuchung statt. Gefunden wurde dort ebenfalls ein Exemplar. —

### Die unsittlichen Plakate.

Dem katholischen Pfarrer Hoffmann in Wörs bangt um seine Tugend, wenn er Plakate mit hübschen Frauengestalten, die nicht bis zum Hals geschlossene Kleider tragen, sieht. In seinem Pfarrort war eine katholische Schule eingeweiht und ein Rektor in sein Amt eingeführt worden, die Nachfeier wurde in einem größeren Saale gehalten. Kaum betrat der Pfarrer das Lokal und erklärte verschiedene der vorerwähnten Plakate, als sich schon seine sittliche Entrüstung in den Worten: „In einem solchen Saale bleibe ich nicht“ Luft machte. Die ansässigen „Plakate“ wurden schnell mit Fahnen überhängt, aber das war nutzlos, der sittliche Pfarrer verließ mit seinen Getreuen den entweihten Saal. Daß ein solches Vorgehen des Pfarrers gleichbedeutend mit der Verhängung des Boykotts über das Lokal ist, wird jeder, der die Verhältnisse kennt, begreifen. Ein wie sonderbar geartetes Empfinden muß doch so ein katholischer Geistlicher haben, wenn er an solchen Plakaten so leicht die Erregung sündiger Kleiderlust befürchtet. —

Bundesrat. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde den Ausschussberichten über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Befreiung der Majestätsbeleidigung sowie über eine Ergänzung zum Reichshaushaltetat auf das Rechnungsjahr 1907 (Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals) die Zustimmung erteilt.

### Frankreich.

#### Antimilitarismus in der Kaserne.

Paris, 25. April. Die Blätter berichten über einen ersten Zwischenfall, der sich in der Kaserne des 73. Infanterieregiments in Reigne zugetragen habe. Danach habe ein Unteroffizier der Reserve, früher Bürgermeister einer Gemeinde des Grubenbezirks,

der zu einer 13tägigen Lebung einberufen war, eine äußerst scharfe antimilitaristische Rede in der Kaserne gehalten und im Anschluß daran seine Absichten von der Uniform abgehoben. Er wurde verhaftet und ins Gefängnis gebracht, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

### Ungarn.

#### Die Freizügigkeit abgeschafft.

Die maßlose politische Anedung und die gesteigerte wirtschaftliche Ausbeutung des ungarischen Volkes hat dahin geführt, daß alljährlich tausende ihre Heimat verlassen und in überseeischen Ländern ein neues Vaterland suchen. Dieser ständige Abzug ist sogar von der Regierung unterstützt worden, und sie hat durch ihre Abmachungen mit den Schiffahrtsgesellschaften sogar Nutzen aus der Auswanderung gezogen! Nun beginnt aber die Sache für die Unternehmer gefährlich zu werden. Die Entvölkerung des Landes nimmt nämlich einen solchen Umfang an, daß der Mangel an Arbeitskräften sich mehr und mehr fühlbar macht, und demzufolge steigen die Löhne. — Die Regierung, die getreue Schutzherrin der kapitalistischen Interessen, wehrt aber auch hier Rat. Sie beginnt nun Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswanderung einzudämmen. Im Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten macht sie den Auswanderungsagenten Schwierigkeiten, wogegen an sich vielleicht nichts einzuwenden wäre. Sie geht aber noch weiter und hat an die untergeordneten Behörden ein Rundschreiben erlassen, in dem sie diesen verbietet, die Landarbeiter, welche Entlohnungsverträge abgeschlossen haben, auszuwandern zu lassen. Sie sollen keine Pässe verabsolgen. Man läßt sich dabei auf alle Dienstbotengesetze und Verordnungen, in die man die obigen Bestimmungen hineininterpretiert. —

### Die russische Revolution.

#### Die Bauern klopfen an.

Petersburg, 25. April. (Reichsbüma.) Ein von 82 Mitgliedern der Rechten eingebrachter Antrag, einen Tag nach den Osterferien festzusetzen, an dem über die Wichtigkeit politischer Verbände verhandelt werden soll, wird mit 233 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Im Namen der Sozialdemokraten bringt Cereteli darauf Anträge auf Interpellationen ein, betreffend die Unterdrückung von gewerkschaftlichen Organisationen durch den Präsidenten von Petersburg und betreffend den gestern in der Fabrik Tschenger im Wiborger Stadtteil Petersburgs ausgebrochenen Ausstand. Präsident Solowin erklärt, er habe noch nicht Zeit gehabt, die Interpellationen zu lesen und könne deshalb eine Debatte über dieselben nicht gestalten. Cereteli erklärt die Interpellationen für dringlich und verlangt sofortige Besprechung derselben. Der Präsident erklärt nochmals, er könne eine Besprechung der Interpellationen, ehe er von deren Inhalt Kenntnis genommen, nicht zulassen. Cereteli verläßt unter Protesten der Sozialdemokraten und unter dem Beschlag der Rechten die Rednertribüne. Einigen sozialdemokratischen Rednern, die darauf über den Gegenstand sprechen wollen, wird vom Präsidenten nicht das Wort erteilt. —

Das Haus geht zur Weiterberatung der Agrarsache über. Im Laufe der Debatte halten mehrere bäuerliche Abgeordnete heftige Reden, in denen sie die Grundbesitzer, die Regierung und die konstitutionell-demokratische Partei angreifen, wozu letztere den Ankauf der Ländereien vorschlägt, die doch von den Bauern mit ihren hartnäckigen Arbeit bereits mehrmals bezahlt seien. Der Bauer Prosz aus Bobolok erklärt: „Wir stehen vor verlockender Tür und verlangen Brot, um nicht vor Hunger zu sterben. Wir klopfen leise an, aber man ist feil. Wir klopfen härter, aber man will uns nicht hören. Sollen wir, 100 Millionen ausgehungerte Menschen, denn die Türe mit Gewalt brechen? Seid auf Eurer Hut, meine Herren Grundbesitzer, noch ist es Zeit, aber bald wird es zu spät sein.“ —

#### Die Polizei gegen die Arbeiter.

Sodann wird ein Beschluß gefaßt, die Sitzung zu verlängern, um über die Interpellation wegen der Vorfälle in der Fabrik von Tschenger in Petersburg zu beraten, wo die Polizei der Arbeiterschaft gegenüber bei einer Arbeitsstreitigkeit Gewaltmaßregeln ergreifen hatte. Es wird für die Interpellation die Dringlichkeit beschlossen. Die Sozialdemokraten greifen den Stadthauptmann in heftigen Ausdrücken an: alle seine Handlungen dienen dazu, die Lage für die Arbeiterschaft unerträglich zu machen und weitere blutige Zusammenstöße zu veranlassen. Bei der Abstimmung über die Dringlichkeit für die Interpellation wurden die Rechte und die Stadetten von den zusammengehörenden Parteien der Linken und der Arbeiterpartei überstimmt, die auch die Verlängerung der Sitzung über 6 Uhr abends hinaus durchsetzten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird die Interpellation angenommen. Schluß der Sitzung um 7 Uhr.

#### Was Streiks und Pogrome kosten.

Unter den jetzt im russischen Handelsministerium einlaufenden Beschwerden der Naphthaindustriellen befinden sich u. a. die vom statistischen Bureau der Kaiser Naphthaindustriellen angestellten Untersuchungen darüber, inwieweit sich die ungenügende Naphthagerinnung, die in diesem Jahre eine neue Krise in der Industrie herbeigeführt, als Resultat der Streiks und Pogrome erweist. Daraus ergibt sich das nachfolgende Bild:

Durch den Pogrom im August 1905, wobei  $\frac{1}{3}$  der Naphthawerke zerstört wurden, ward eine Unterproduktion von 195 bis 145 Millionen Rubel hervorgerufen, abgesehen von den Verlusten, die dadurch entstanden, daß die Bohrbohrer unbrauchbar gemacht und verstopft wurden und daß viel Inventar verbrannt. Dieser Pogrom verursachte, wenn man das Naphtha zu 20 Kopeken per Rubel rechnet, durch Windergeinnung allein einen Schaden von 28 000 000 Rubeln. — Die Streiks ergeben folgende Resultate: Von Dezember 1904 bis September 1906, also für einen Zeitraum von 21 Monaten, beträgt der Winderertrag an Naphtha, ausschließlich durch Streik hervorgerufen, 144 bis 154 Millionen Rubel, d. h. wiederum einen Schaden von 28 000 000 Rubeln.

Die Streiks brachen nun bekanntlich hauptsächlich infolge der Nichtbewilligung der berechtigten Forderungen der Arbeiter aus. Was die Naphthaindustriellen aber durch ihre ablehnende Haltung den Arbeitern gegenüber verloren haben, das geht aus nachfolgender Zusammenstellung hervor: Rechnet man die Zahl der Arbeiter auf 25 000 Personen (abgesehen von Fabrikarbeitern) und rechnet man, daß, um ihren Forderungen zu genügen, zu ihrem bisherigen Lohne etwa 100 Rubel hätten hinzugelegt werden müssen, so würde diese Lohnerhöhung für alle Arbeiter nur 2 500 000 Rubel jährlich gekostet haben, d. h.: für die Dauer des Streiks (21 Monate) hätten die Naphthaindustriellen den Arbeitern 4 500 000 Rubel bezahlt, also nur ein Sechstel der Summe, die sie infolge der Arbeitseinstellung und der Unterproduktion von Naphtha verloren haben. Mit anderen Worten: Der Eigennutz der Naphthaindustriellen kam denselben auf 23 500 000 Rubel zu stehen. Aber auch jetzt wieder, wo die Haltung der Arbeiter im Naphtharagon eine drohende ist und es nicht weiter geht, hoffen die russischen Naphthaindustriellen, daß die nun „energisch“ vorgehende russische Regierung Remedur schaffen wird, ohne daß man zu Lohnforderungen zu schreiten braucht! —

Es gibt eben Leute, die nicht einmal durch Schaden klug werden. —

#### Professor Martens.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Petersburg geschrieben: Professor Martens veröffentlichte bekanntlich in den „Times“ einen Artikel, in dem er erklärte, daß die Duma arbeitsunfähig sei und daher aufgelöst werden müsse. Da der hohe Titel und die Stellung des Herrn Martens die öffentliche Meinung des Auslandes leicht irren führen können, so verlohnt es sich, einiges über die Rolle und „Bedeutung“ des dienstfertigen Professors in seinem Vaterlande mitzuteilen.

In seiner Fachwissenschaft (Völkerrecht) sind irgendwelche selbständige Werke des Herrn Martens völlig unbekannt.

Für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat er eine „Sammlung von Traktaten und Konventionen Rußlands mit fremden Staaten“ zusammengestellt. Die Talentlosigkeit des Professors tritt so klar zutage, daß deutsche Historiker sich über ihn lustig machen und auf Grund zahlreicher Zitate die „Sammlung“ als Muster, wie wissenschaftliche Werke nicht geschrieben werden sollten, hinstellen.

Durch seine Dienstfertigkeit den Vorgesetzten gegenüber verstand sich Herr Martens sehr beliebt zu machen, so daß man ihn gern benutzte. Der Diplomat stand er stets zur Verfügung, und es kam ihm nie darauf an, die Interessen des russischen Volkes zu schädigen.

Zu seiner Charakterisierung sei noch erwähnt, daß während der großen Streikbewegung, Ende 1905, als die Postbeamten in Petersburg sich dem Streik anschlossen, um ihre tägliche materielle Lage zu verbessern, Herr Martens, der Wirkliche Geheimrat und Professor, als Streikbrecher und freiwilliger Postbeamter fungierte. Solche „Verdienste“ werden nie vergessen.

So schätzt man Herrn Martens in der Heimat. Seine Autorität als Politiker hier ist gleich Null, und eine Null ist er auch in der russischen Wissenschaft.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

16. Sitzung vom Donnerstag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr. Zunächst findet heute in gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner die Wahl des ersten Stellvertretenden Mitgliedes der Abteilung II des Berliner Bezirksausschusses statt. Gewählt wird Rechtsanwalt Dr. Volpert.

Sodann eröffnet der Vorsitzende Dr. Langerhans die Sitzung der Versammlung. Die Tagesordnung ist ausnahmsweise wenig umfangreich.

Mit der Zulassung des Erlöses der reponierten und zu verlaufenden Aktien und Belege der Bureaus der städtischen Werke an die Gemeindebeamtenstabskasse der Stadt Berlin erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Für die vom 20. April bis 21. Mai 1907 in Berder (Havel) stattfindende Allgemeine Ausstellung für Obst-, Garten- und Ackerbau, Nahrungs- und Genussmittel, Gewerbe und Handwerk werden zur Beschaffung einiger städtischer Ehrenpreise für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Obstbaues und der Obstverwertung 300 M. bewilligt.

Das Grundstück Nr. 21-22 Zwingstr. 24 soll dem Kaufmann Wilhelm Gerike für Gemeindeschulzwecke abgetauft werden. Es ist 3184 Quadratmeter groß und ist zum Preise von 100 M. pro Quadratmeter Bauland (3092 Quadratmeter; die 92 Quadratmeter Vorgartenland sollen unentgeltlich aufgelassen werden) angeboten. Der neue Schulbau soll die bisher und zwar bereits seit 14 Jahren in dem Hause Weußelstr. 1 als Realschule untergebrachte 246. Gemeindeschule aufnehmen.

Die Versammlung stimmt zu.

Ueber die künftige Einrichtung des Berliner Rettungswesens verbreitet sich eine Magistratsvorlage, die das Ergebnis der von der Versammlung gewünschten weiteren Verhandlungen mit der Rettungsgesellschaft darstellt. Die Anträge des Magistrats auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen gehen dahin: 1. Die Uebernahme der Einrichtungen der Berliner Rettungsgesellschaft zum 1. Mai d. J. und die Weiterführung der sechs Rettungswachen durch den Berliner Ärzteverein unter Aufsicht der Stadt zu genehmigen und dazu 40 000 M. für die Gesellschaft und eine Pauschale bis zum Betrage von 50 000 M. für den Ärzteverein zu bewilligen; 2. nachträglich das vorläufige Abkommen wegen einstweiliger Weiterführung der Rettungswachen zu genehmigen; 3. mit der Zahlung der den Sanitätswachen und Unfallstationen bisher gewährten Zuschüsse unter der Bedingung sich einverstanden zu erklären, daß die Sanitätswachen

a) für einen ständigen ordnungsmäßigen ärztlichen Dienst sorgen, b) nur erste Hilfe zu leisten und jede Nachbehandlung auszuschließen, c) der Stadt die Aufsicht und Kontrolle über die Tätigkeit der Wachen einzuräumen haben, und daß die Unfallstationen ebenfalls nur die erste Hilfe leisten und der Stadt die Kontrollbefugnis einräumen.

Stadtv. Runge (A. L.) beantragt Ausdehnung der hauptsächlichen um den mit dem Ärzteverein zu schließenden, zunächst nur auf ein Jahr verbindlichen Vertrag näher zu prüfen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Im Prinzip stehen wir dieser Vorlage gewiß recht sympathisch gegenüber, beantragen aber auch die Niederlegung eines Ausschusses von 15 Mitgliedern. Wir hätten gern den Magistrat und dem um die Vorlage wohlverdienten Bürgermeister Reide ein unbedingtes Kompliment gemacht; dieser hat mir aber vor zwei Tagen das Konzept vorüber, indem er in einer Versammlung des Ärztevereins eine Rede gehalten hat, wonach von der Verstaatlichung des Rettungswesens auch trotz der heutigen Vorlage noch nicht gesprochen werden kann. Die Herren von den Sanitätswachen werden vielleicht dadurch etwas beruhigt worden sein; wir, die wir die Verstaatlichung wünschen, sind dadurch einigermaßen mißtrauisch geworden. Die Vorlage schafft nur für 11 Monate ein Provisorium. Einer der wichtigsten Punkte ist ganz außer acht gelassen worden, der Krankentransport, das Krankenbeförderungswesen. Auch dieses muß in den kommunalen Bereich einverleibt werden. Dem „Verband für erste Hilfe“ wird es bald ebenso gehen, wie jetzt der Rettungsgesellschaft, die vor dem Nichts steht und zum 1. Mai nicht einmal die erforderlichen Gehälter zahlen kann. So muß es schließlich allen privaten Vereinen gehen; zuerst fliehen die Gelder der wohlthätigen Spender reichlich, dann läßt das nach, man wendet sich an die Stadt, die subventionieren und schließlich um leeren Preis die Einrichtungen selbst in die Hand nehmen muß. Weiter interessiert uns das Verhältnis zu den staatlichen Krankenhäusern. In der Vorlage heißt es, sie würden wohl zum 1. Mai Anschluß an die städtische Zentrale nehmen. Ich habe mir aber sagen lassen, daß sie vorläufig nicht daran denken, ihre Rechte ohne weiteres mit der Zentrale zu verbinden. Die Charité-Direktion und das Kultusministerium befürchten, daß dann möglicherweise die städtischen Krankenhäuser das sagen. Glück haben werden, über die sogenannten interessanten Krankheitsfälle zu verfügen. Deswegen verlangt der Direktor der Charité auch Sitz und Stimme in der betr. Körperschaft, die dafür einzustehen wäre. Mindestens so notwendig ist aber auch, daß die Berliner Krankenkassen ihre gehörige Vertretung in einem solchen Kuratorium finden; auch davon ist in der Vorlage nicht die Rede. Die Krankenkassen haben diese Notwendigkeit in einer besonderen Broschüre bewiesen; nahezu zwei Drittel der bei dieser Einrichtung des Rettungswesens Hilfesuchenden sind Krankenkassenmitglieder; rund 160 000 M. das Jahr fallen von dort in die Kasse der Rettungsgesellschaft ein. Ferner geht die Vorlage gar nicht auf die Frage der ärztlichen Versorgung ein. Der Magistrat konnte ja freilich gar nichts anderes tun, als die Sache, wie sie liegt und steht, zu übernehmen. Die Versorgung, wie sie hier beliebt werden soll, vermag doch, wie manche Kreise der Bürgerschaft glauben, vielleicht nicht den berechtigten Wünschen der Bevölkerung ganz zu entsprechen; vielleicht wären festangestellte Vergütungen oder mindestens ein beschränkter Preis von Ärzten vorzuziehen. Ferner will und nicht recht gefallend, was über die Bezahlung der Rettungswachen zu den Sanitätswachen gesagt ist. Mit dem verbleibenden Torso von der Rettungsgesellschaft sollen die Sanitätswachen in möglichst inniger Verbindung treten, möglichst soll eine Verschmelzung eintreten. Das wird zu Konflikten führen; schon jetzt hat in einem Falle der Vorsitzende einer Sanitätswache einfach verweigert, den Vertrag mit dem Ärzteverein der Rettungsgesellschaft zu unterschreiben.

Auch über das Verhältnis der Stadt zu den Unfallstationen geht die Vorlage cavalierement hinweg. Wir haben doch einstimmig den Unfallstationen keinen Pfennig Subvention mehr geben wollen; die Vorlage ignoriert das und will ihnen die 10 000 M. ruhig weiter gewähren.

Wir haben jetzt 18 oder 20 Unfallstationen, aber nur 6 oder 8 Rettungswachen; da läßt sich leicht eine sehr große Zahl von Fällen herausrechnen. Der Magistrat sollte doch von den Unfallstationen eine genaue statistische Aufstellung und den Nachweis verlangen, daß es sich um einen großen Prozentsatz armenrechtlicher Fälle handelt. Werden später die städtischen Rettungswachen gehörig ausgebaut, dann werden die Unfallstationen nicht mehr in dem Umfange in Anspruch genommen werden; es werden ja auch die Krankenkassen dem Magistrat hier einen sehr wertvollen Beitrag leisten, denn sie sind in der Lage, ihre Mitglieder zu veranlassen, in Zukunft die Unfallstationen zu meiden. Die Drohung mit Repressalien seitens der Unfallstationen würde dann gegenstandslos. Diese Polikliniken der Berufsvereinigungen haben sich ja doch das humanitäre Mäntelchen nur äußerlich umgeworfen. Das Geld kann also wirklich gespart, es braucht nicht vergendet und hinausgeworfen zu werden. Was soll endlich mit den Personen werden, welche jetzt in der Rettungsgesellschaft tätig sind? Der Bureauvorsteher soll übernehmen werden; die anderen aber sollen sich nach anderen Stellen umsehen. Das geht nicht an; wenn die Stadt die Rettungsgesellschaft übernimmt, muß sie auch für die Unterbringung dieser Leute sorgen. Die Sanitätswachen wollen wir nicht ohne weiteres beiseite schaffen; wie meinen, beide Arten von Wachen würden früher oder später ein einheitliches städtisches Rettungswesen bilden, so daß die berechtigten Interessen der historisch-benutzlichen und verdienten Gebilde der Sanitätswachen erhalten bleiben. Jedenfalls ist notwendig, daß bei einer Sache, die uns 1 1/2 Jahre lang beschäftigt, wir nicht aus dem Handgelenk entscheiden, sondern diese familiären Fragen, die ich angeregt habe, in einem Ausschuss erörtern. (Beifall.)

Bürgermeister Dr. Reide: Auch dem Magistrat wird es sehr angenehm sein, im Ausschuss auf Einzelnes näher einzugehen. Wir haben allen Anlaß, den Rettungswachen, den Sanitätswachen und den Unfallstationen dankbar zu sein, und hätten die Fortsetzung des löblichen Wettstreits der drei Institutionen in bisheriger Weise am liebsten gesehen; aber die Verhältnisse sind stärker als unsere Wünsche. Es hat keinen Sinn, mit städtischen Mitteln Privatvereinigungen zu füttern. Mit der Rettungsgesellschaft sind wir soweit; sie mußte entweder sterben oder die Stadt ihre Einrichtungen übernehmen. Der Magistrat glaubt gut daran zu tun, das von ihr geschaffene Aufrecht zu erhalten. Ein recht großer Teil ihrer Geschäfte, der Bettennachweis, ist bereits in den Händen der Stadt; die Zentrale dafür besteht seit dem 1. April 1906. Ihr haben sich die städtischen und ein Teil der privaten Krankenhäuser angeschlossen, die königliche Charité und das königliche Minium haben sich in diesen Tagen durch eine Zuschrift an uns bereit erklärt, sich ebenfalls anzuschließen, wenn ihnen für Medizinisch-Ausbildungszwecke geeignetes Krankenmaterial zugewiesen wird. Wir haben unsererseits keinen Grund, Fälle die besonders lehrreich sind, nicht diesen Institutionen zu überweisen. Es besteht gar kein Zweifel, daß am 1. Mai die Zentrale Groß-Berlin versorgen wird. — Der Redner geht nunmehr auf die Einzelheiten der Vorlage mit größter Ausführlichkeit ein. Ein Provisorium liegt nur hinsichtlich der Bedienung der Wachen vor; alles übrige sei ein Definitivum, namentlich der Uebergang der privaten Rettungswachen. Die Verbindung mit dem Ärzteverein halte man für richtiger als die Anstellung von fixierten Ärzten; es solle darüber aber nicht das letzte Wort gesprochen sein. Es schade der allgemeinen Ärzteschaft, wenn das Publikum sich an Behandlung ohne Honorar gewöhnt. Man müsse Erfahrungen sammeln; es solle also beim Ärzteverein bleiben, der die Funktionen der Rettungsgesellschaft bisher wahrgenommen und auch das Incasso besorgt habe. Bezüglich des Krankentransportes müsse man ebenfalls die weitere Entwicklung abwarten. Die Rettungsgesellschaft könne mit den 40 000 M. auch alle Verpflichtungen, die sie gegen ihre Angestellten habe, ablösen.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Wir können ebenfalls Ausschussprüfung nur befürworten. Die Vorlage befriedigt uns nicht. Es wird nichts übrig bleiben, als nach dem Probejahr das Rettungswesen endgültig zu verstaatlichen. Der noch immer nicht beendete Streit über die Priorität und die bessere Leistung der einen oder der anderen Institution muß endlich verurteilen. Die Bedenken des Stadtv. Wehl wegen der königlichen Anstalten sind zum Teil durch das Verlesene Schreiben der Charité-Direktion erledigt. Aber das Verlangen der Ueberweisung geeigneten Krankenmaterials ist doch eine sehr genau zu erwägende Frage.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-forts.) teilt die Auffassung des Vorredners und ist fernerseits auch mit der Vorlage sehr zufrieden. Die Einsetzung eines besonderen Kuratoriums hält er zurzeit für ganz unzweckmäßig; eventuell würden ja in einem solchen auch Vertreter der Krankenkassen zu sitzen haben. Die Ueberweisung interessanter Fälle an die Charité werde man nicht ausschließen können. Der Wunsch mit dem Ärzteverein sei dem System der fixierten vorzuziehen. Auch hier zeige sich ein Mangel darin, daß noch kein Groß-Berlin bestehe.

Stadtv. Hammerstein (A. L.) hält noch den Erklärungen des Bürgermeisters Ausschussberatung eigentlich für überflüssig. Den Stadtv. Dr. Wehl fragt er, woher er wisse, daß der Verein für erste Hilfe am Ende seiner Leistungsfähigkeit stehe? Das treffe ebenso wenig zu wie die Behauptung, daß das städtische Geld für die Unfallstationen „vergeudet“ sei. Die Bestrebungen der letzteren seien großartig. Die Krankenkassen hätten ja schon bisher in den leitenden Kreisen dieser Institutionen mitreden dürfen.

Stadtv. Dr. Langerhans (A. L.): Ein so wichtiges Institut, das die Stadt einrichten soll, darf nicht gleich entartet in die Welt geschickt werden. Die völlige Uebernahme der Rettungsgesellschaft durch die Stadt halte ich für ein Unglück. Hoffentlich hat der Magistrat nicht mit dem Ärzteverein einen Vertrag auf das Datum des 1. Mai geschlossen, denn sonst würde er ohne Ermächtigung über städtische Mittel verfügen. Die Versammlung wird auf diese Weise vom Ritzreden ausgeschloffen. Warum hat man nicht diesen Anlaß benützt, um etwas für Groß-Berlin Nützliches zu schaffen? Einen besseren Anlaß konnte es gar nicht geben. Wie jetzt die Wachen liegen, können sie nicht liegen bleiben, denn in einem Teil der Stadt sind sie gehäuft, anderswo fehlen sie. Ueber den Nachdienst ist kein Wort gesagt. Im kein Datum zu lassen, möge ein Pauschquantum bewilligt werden.

Stadtv. Dr. Wehl: Dr. Joseph, der beste Kenner unseres Krankenhauswesens, hat mitgeteilt, daß der Verband für erste Hilfe mit einem Defizit von 20 000 M. abgeschlossen hat. Der sehr segensreichen Einrichtung habe ich damit natürlich keinen Vorwurf machen wollen. Ueber die entgegenkommenden Ausführungen

Reichstag.

88. Sitzung vom Donnerstag, den 25. April 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Einem.

Der schleunige Antrag Schrader (frs. Bg.) wegen Einstellung eines gegen den Abg. Dr. Potthoff schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen.

Die vom Bundesrat unter dem 19. Juni 1906 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu § 85 des Gesetzes über die Pensionierung der Offiziere — einschließlich der Sanitätsoffiziere — des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppen vom 31. Mai 1906 werden nach unwesentlichen Bemerkungen des Abg. Erzberger (Z.) angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Abg. Röske (Soz.):

Gestern sind geradezu ungläubige Anschauungen über die Stellung der Sozialdemokraten zum Heere vorgetragen worden. Es wäre Pflicht der Gegner, sich über unsere wirklichen Anschauungen etwas besser zu unterrichten. Niemals haben wir den Standpunkt des „Alles oder Nichts“ in der Militärfrage vertreten, niemals haben wir verlangt die sofortige restlose Beseitigung unserer Forderungen. Wie sich bei jeder wirtschaftlichen Forderung, bei jedem Streik die Arbeiterschaft mit Abschlagszahlungen begnügt, wie wir trotz unserer Forderung des Achtstundentages auch den „Zehnstunden-“ und „Neunstundentag“ nicht ablehnen, so ist es uns auch niemals eingefallen, eine plötzliche Abschaffung des Heeres zu verlangen; wohl aber fordern wir seine allmähliche Umwandlung. Deshalb ist es folgerichtig, wenn wir ständig Verbesserungen fordern, wie es speziell vom Abg. Webel — und das wird nicht in Abrede gestellt werden können — mit Erfolg geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger und Herr Müller-Reinigen haben an die vom Reichsfiskus versprochenen Ersparnisse erinnert und gefragt, wo sie geblieben werden könnten. Am Dienstag hat der Herr Kriegsminister gemeint, wenn die Bewaffung und der Umbau der Festungen erfolgt sei, würde an eine Verringerung der Ausgaben gedacht werden können. Ich würde seine Voraussicht sehr gering einschätzen, wenn er tatsächlich glaubt, daß in absehbarer Zeit bei Festhaltung des gegenwärtigen Systems irgendwelche Ersparnisse durchgeföhrt werden könnten. Daß mit der fortschreitenden Technik das Heerwesen nicht billiger, sondern teurer wird, darüber sind wir uns wohl alle klar. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem muß auf Sparsamkeit gedrungen werden. Die uns gestern abend zugegangene Resolution des Herrn Rogalla von Bieberstein, in welcher eine Erhöhung der Preise für Remontepferde gefordert wird, scheint mir allerdings nicht geeignet, Ersparnisse vorzubereiten. Schon jetzt sind diese Preise höher, als sie sonst für Pferde gezahlt werden. Eine Nachweisung der Remonten würde schon jetzt zeigen, daß damit der ofstetischen Jüngern eine erhebliche Liebesgabe gemacht wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Reinigen hat angedeutet, daß er wisse, wo Ersparnisse zu machen seien. Wo hat er allerdings nicht gesagt, und zwar mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses. Die Finanzlage des Reiches, glaube ich, ist schlimmer als die Geschäftslage des Hauses, und wenn man ihr abhelfen könnte, so wäre es geradezu eine Pflichtversummung, die Mittel nicht anzugeben. Ich bin überzeugt, daß schon jetzt nicht unerhebliche Ersparnisse gemacht werden könnten, wenn man sich auf solche Ausgaben beschränkte, die zur Erzielung der Kriegstüchtigkeit des Heeres nötig sind. Mit dem Geiste der allgemeinen Wehrpflicht ist die bezorgte Stellung der sogenannten „Eltetruppen“ und der besonderen Aufwendungen für sie nicht vereinbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Kapitel 21 unter 1 werden 118 000 M. für 12 Adjutanten des Kaisers gefordert und unter Titel 2 350 000 M. für 66 persönliche Adjutanten bei den deutschen Fürsten und Prinzen. Daß diese rein repräsentativen Stellen im Interesse der Kriegstüchtigkeit des Heeres notwendig sind, das wird uns kein Mensch versichern können. Vereinfachungen und Verschärfungen sind möglich auch durch die Einschränkung der Militärkapellen. Mit klingendem Spiele rückt heute keine Truppe ins Feuer; die Militärkapellen gehören im wesentlichen zum dekorativen Beiwerk. Zugleich wäre ihre Einschränkung eine Tat von sozialpolitischer Bedeutung, indem sie beitragen würde zur Verbesserung der traurigen Lage der Berufsmusiker, welche unter dieser Konkurrenz sehr zu leiden haben. Indirekt haben sie auch dadurch unter dem Vorzeichen der Militärkapellen zu leiden, daß die Wehrlingszucht in ihrem Gewerbe gerade in Rücksicht auf die Militärkapellen ausgedehnt wird. Ich bin mir darüber klar, daß man die Ausgaben für die Militärkapellen nicht mit einem Male streichen kann, aber man kann sie doch sehr erheblich einschränken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Außerordentlich bezeichnend erscheint es mir, daß die Freisinnigen in so großer Sorge um die bewehrten Offiziere sind. In Bezug auf das Offizierkorps sollte unser liberales Bürgerturn doch wohl andere Forderungen stellen als die möglichsten Schutz gegen Bewehrung. Ich kenne eine ganze Reihe anderer Möglichkeiten, die beim Offizierkorps herangezogen sind, deren Beseitigung dringender erscheint. Das beste Mittel dagegen wäre eine Demokratisierung des Offizierkorps, für die seit langem ja auch die Herren von der bürgerlichen Linken eingetreten sind. Es ist charakteristisch, daß sie jetzt nichts davon hören lassen! Es scheint, daß sie mit Rücksicht auf die Gefühle, welche dadurch bei den Herren der Rechten ausgelöst werden könnten, davor zurückweichen, ihre alten Forderungen zu erheben. (Zustimmung v. d. Soz.) Wie oft ist nicht von ihnen über die Bevorzugung des Adels bei den höheren Kommandostellen gellagt worden sowie darüber, daß das Offizierkorps sich vom Bürgerturn abschließt. In einem liberalen Regiment gehört unsre Freiheit, daß eine Demokratisierung des Heeres vor sich geht. In der Theorie hat wohl auch der Gemeine den Marschallstab im Tornister. In der Praxis wissen wir sehr wohl, daß der Mann aus dem Volke über den Feldweibel nicht heraustritt. Wie sehr sich das Offizierkorps auch gegen gewisse zahlungsfähige bürgerliche Kreise abschließt, beweist ein charakteristischer Fall: In Sachsen wurde ein junger Mann in drei Regimentern vom Offizierkorps zurückgewiesen, aus keinem anderen Grunde, als weil sein Vater neben einem Kolonialwarengeschäft engros auch noch ein offenes Ladengeschäft betreibt! Nach den Ausführungen des Herrn v. Oldenburg soll ja an diesen überlebten Anschauungen nach wie vor festgehalten werden.

Selbstverständlich stimmen wir Sozialdemokraten den Liberalen darin zu, daß in den rechtlichen Einrichtungen eine modernere Anschauung Platz greifen muß. Ich gebe Herrn Müller-Reinigen recht, daß besonders schnell eine Änderung der rechtlichen Bestimmungen für die Mannschaften des Wehrdienstes notwendig ist. Es ist geradezu ein Unling, daß für Leute, welche nicht gedient haben, bei Kontrollversammlungen die drakonischen Bestimmungen des Militärstrafgesetzes plattgreifen, über welche sie niemals belehrt sind. Das übliche Herunterkommen der Bestimmungen bei der Kontrollversammlung kann doch nicht als wirkliche Rechtsbelehrung angesehen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf den Fall des Magdeburger Rechtsanwalts Schmidt will ich nicht eingehen. Aber der Herr Kriegsminister hat es leicht gehabt, besonders auf der rechten Seite des Hauses Heiterkeit auszulösen, als er diesen Fall mit ziemlich billigen Witzchen behandelte. Andere Leute haben über diese Dinge doch eine andere Auffassung und glauben nicht, daß das Bürgerturn sich nach den veralteten Anschauungen des Militärs zu richten habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-

kraten.) Gewiß kann man meinen, daß man gewisse Dinge über sich ergehen lassen muß, wenn „Stille standen!“ kommandiert ist. Aber wer nicht gebietet hat, kann doch nicht zugleich alles vergessen, was ihm sonst als einem lauberen Menschen so selbstverständlich ist, daß er es unwillkürlich tut. Wenn er sich so aufgeführt, wie der Kriegsminister gestern verlangte, so würde das eine ungläubige Schmeichelei sein (lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und gestützte Menschen würden mit einem Mann, der sich so aufführt, nicht verkehren. Es muß darauf gedrungen werden, daß gestützte Anschauungen ganz allgemein im Heere zur Geltung gelangen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt eine ganze Anzahl Offiziere, die bei Kontrollversammlungen mit Verhängung von Arreststrafen sehr schnell bei der Hand sind; sie bedenken dabei nicht, daß der Reservist, Landwehmann oder Ersatzreferent von der Strafe härter getroffen wird als der Soldat; denn für ihn bedeutet der Arrest auch einen Verlust an Arbeitsverdienst, unter Umständen auch einen Verlust seiner Stellung. Es tritt hier also doppelte Bestrafung ein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei weitestem Entgegenkommen gegen die militärischen Anschauungen wäre es allenfalls zu verstehen, daß die Mannschaften des Wehrdienstes während der Dauer der Kontrollversammlung ganz wie Soldaten behandelt werden und für Vergehen nach militärischen Rechte bestraft werden. Aber ganz widersinnig ist es, diese Bestimmungen auf den ganzen Tag der Kontrollversammlung auszudehnen. Die Regel ist doch, daß die Leute nach der Versammlung gar nicht mehr daran denken, daß sie Soldaten sind. Es wird vielmehr nachher getrunken, und kommt es dann zu Ausschreitungen, so werden die Leute in einer unerhörten Weise bestraft, die in gar keinem Verhältnis zu der Ausschreitung steht. Mit der Disziplin haben solche Strafen doch gar nichts zu tun. Sie sind zwecklos, und sie beizubehalten ist geradezu unsinnig — auch vom Standpunkte des Militärs; denn sie erwidern nicht Kriegesfreudigkeit und Opferstimm, sondern lediglich Erbitterung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nur einen einzigen Fall anführen: Ein Reservist in Berlin wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wegen einer geringfügigen Ausschreitung, die ihm vor dem Zivilgericht vier Tage, und wenn es sehr schlimm gekommen, vier Wochen Gefängnis eingebracht hätte. Noch schlimmer liegt ein Fall in Sachsen: Aus einer Werkstatt waren drei Holzarbeiter zur Kontrollversammlung gegangen. Nach der Versammlung zankten sie sich um Vorkommnisse, die früher in der Werkstatt passiert waren, und kamen schließlich zum Prügeleien. Da nun einer der drei ein Unteroffizier war, wurden die beiden anderen wegen tätlichen Angriffes auf einen Vorgesetzten der eine zu zwei Jahren, der andere zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Oberkriegsgericht hat das Urteil zwar aufgehoben. (Aufrechter: Da also!) ja, aber es hat doch eine einfache Beleidigung eines Vorgesetzten (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten) für vorliegend erachtet und die Leute zu sechs Wochen mittleren Arrest verurteilt. Daß solche Bestrafungen Begeisterung für militärische Einrichtungen nicht wecken, ist wohl selbstverständlich. Die Schlagfertigkeit des Heeres würde nicht die geringste Verminderung erleiden, wenn solche total veralteten Strafbestimmungen aufgehoben würden. (lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß Forderungen, wie sie der Abg. Webel seit einer Reihe von Jahren hier vorgetragen hat, eine agitatorische Wirkung ausüben, ist doch nicht Schuld der Sozialdemokraten, sondern der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche die geringsten Uebelstände weiter bestehen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Oldenburg sagte gestern, er und seine Partei werden unsern Anträge auf Erhöhung des Soldes nicht zustimmen, weil wir mit ihm lediglich eine agitatorische Wirkung beabsichtigen. Wir bestreiten das. Die Leute, die unter den Mißständen zu leiden haben, sind Fleisch von unserem Fleisch, es sind unsere Verwandten, und es ist selbstverständlich, daß wir Verbesserungen für sie zu erreichen suchen. Dazu treibt uns auch die Rücksicht auf die Hunderttausende armer Familien, die von ihrem kärglichen Einkommen noch für die Soldaten abgeben müssen, welche mit 22 Pfennigen unmöglich ihre Bedürfnisse bestreiten können. Wollen wir mit diesem Antrag Agitation treiben, so haben Sie ja die Möglichkeit, dem die Spitze abzubrechen, indem Sie den Antrag so fassen wie möglich in die Tat umsetzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sozialdemokraten nach dem Muster der Herren Reich v. Liebert und v. Dirksen verfahren wollten, so hätten wir das Recht, in endloser Reihenfolge die schlimmsten Fälle von Soldatenmißhandlungen hier vorzutragen. Wenn die Herren rechts es für eine verdienstvolle Tat halten, stundenlang Fälle von sogenannten „Terrorismus“ vorzutragen und für jeden solchen Fall uns verantwortlich machen, so hätten wir das Recht, in gleicher Weise den

Terrorismus in der Kaserne, wie er in den Soldatenmischereien von Unteroffizieren und Offizieren sich darstellt, hier vorzutragen. Die ungerechtfertigten Beschuldigungen sind gestern von Herrn v. Liebert auf die Spitze getrieben worden, der für Soldatenqualereien die sozialdemokratische Agitation verantwortlich macht. Diese Rede des Herrn v. Liebert zu beantworten hieße ihr zu viel Bedeutung beilegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der sächsische Militärbevollmächtigte hat sie schon im voraus widerlegt. Sachsen hat eine sehr starke sozialdemokratische Bewegung. Nach Herrn v. Liebert müßten dort also die schlimmsten Mißhandlungen vorkommen. Tatsächlich sind dort aber weniger Mißhandlungen festzustellen als im übrigen Deutschland. Eine schlagendere Widerlegung der Behauptungen des Herrn v. Liebert kann gar nicht gedacht werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch sonst ist es eine beliebige Tatsache, daß in Sachsen mit seiner entwickelten industriellen Bevölkerung weniger Rohheitsdelikte vorkommen als in anderen Gegenden, besonders in den Gegenden Ostbeliens, wo die Herren von der rechten Seite ihre erzehrerische Wirkung geltend machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach Herrn v. Liebert müßten ja die Soldatenmischereien verkappte Sozialdemokraten sein, die das Heer in Mißstand bringen wollen.

Weiter glaubt Herr Liebert, daß die Rohheiten in der Familie zunehmen. Wer im Volke leidet, der weiß, daß tatsächlich in der Arbeiterschaft die Gesittung beständig zunimmt. Freilich wird es damit noch besser werden, wenn Wohlstand und Bildung den Arbeitern mehr zugänglich gemacht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich kann nicht verkannt werden, daß schon versucht worden ist, die heiligsten Pflichten der Kinder gegen die Eltern in Abrede zu stellen. Rohheiten der Kinder gegen die Eltern scheinen mir das Abscheulichste, was ich mir denken kann. Aber Sozialdemokraten waren es nicht, die den Söhnen zugemutet haben, auf Befehl auf Vater und Mutter zu schießen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr gut! Auf rechts: Die Kamellen!) Aufgefallen ist mir, daß unter den wegen Mißhandlung bestrafte Soldatenpeinigern besonders viele ehemalige Unteroffizierskinder anzutreffen sind. Das scheint auf einen Mangel in der Ausbildung hinzuweisen. Für die Häufigkeit der Soldatenmischereien ist auch die milde Bestrafung der Soldatenpeinigern verantwortlich zu machen. Ein Unteroffizier, der einem Rekruten, welcher das linke Auge nicht schließen konnte, einen Papierstreifen mit heiligem Siegel auf das Auge klebte, wurde nur wegen vorwärtswidriger Behandlung bestraft; das Kriegsgericht nahm nicht Rücksicht auf, sondern nur einen „Saerz“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch das sogenannte „Rekrutenkämpfen“, die Mißhandlung der Rekruten durch die älteren Jahrgänge, ist noch immer in Uebung. Diese Mißhandlungen führen zuweilen zum Selbstmord der betroffenen Rekruten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie wenig die Klagen und Beschwerden, die wir hier vorbringen, fruchten, sehen wir daran, daß bei den Verhandlungen vor dem Militärgericht

die Öffentlichkeit geradezu ausgeschlossen ist. Herr Müller-Reinigen hat schon vorgebracht, wie man das zum Teil durch Verheimlichung der Termine zu erreichen sucht; der direkte Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt aber auch sehr häufig gerade bei ganz gewöhnlichen Soldatenmischereien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Schlangen gegen die Verichterlatter tut sich besonders der Kriegsgerichtsrat Dr. Franke in Chemnitz hervor. Ich hoffe, daß hierin eine Änderung geschaffen wird. Würde man auf die Klagen und Beschwerden der Volkswirtschaft Rücksicht nehmen, so würde auch

die Frage des Militärbojotts längst erledigt sein. In Sachsen wird der Militärbojott jetzt etwas milder ausgeübt als früher. Und in der Budgetkommission hörten wir, daß auch der preussische Kriegsminister die mildere Handhabung für Preußen gelten lassen will. Ich lege Wert darauf, das hier auszusprechen, weil von dieser Ansicht des preussischen Kriegsministers in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt ist. Aber auch in Sachsen wird nach wie vor boyottiert, obwohl man der Sozialdemokratie damit am wenigsten schadet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die milderen Bestimmungen sind auch lediglich der Saalbesitzer halber erfolgt, die sich wegen der Geschäftsschädigung beschwert haben. Trotzdem wird aus den verschiedensten Gründen der Bojott weiter verhängt. In einem Falle z. B. deswegen, weil in dem betreffenden Lokal auch ein sozialdemokratisches Blatt ausliegt! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir nichts Lächerlicheres denken; dadurch die Soldaten vom Lesen sozialdemokratischer Blätter abhalten zu wollen, ist einfach ein Unling. In Sachsen kommen jetzt mindestens täglich in 200 000 Familien sozialdemokratische Zeitungen. Kommt ein Soldat auf Urlaub, so findet er bei seinem Vater oder in einer befreundeten Familie sozialdemokratische Blätter und liest sie dort, wenn er lesen will, während er in die Kneipe geht, um sich zu amüsieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bojott wird verhängt, um die Wirte zu schädigen, aus bloßer Schläne. Ein drastisches Beispiel dafür ereignete sich in Waldheim, wo der Wirt des „Schweizerhof“ Einquartierung bekam, und ebenso der Konsumverein. Da dieser sie nicht unterbringen konnte, wollte er sie beim Wirt in „Schweizerhof“ unterbringen. Dies war anfangs zugestanden, wurde dann aber verboten. Die Soldaten, für deren Verpflegung der Wirt bezahlt werden sollte, durften er nicht bezahlen! Draufhin kann kaum gezeigt werden, daß es lediglich auf die wirtschaftliche Schädigung, nicht auf die Behinderung der Soldaten vor sozialdemokratischem Einfluß beim Bojott ankommt.

Außer den Verbesserungen fordern wir auch eine andere Heeresorganisation. Herr v. Oldenburg und der Kriegsminister laten so, als verlangten wir die Abschaffung des Heeres. Weil wir sagen, der Zukunftsstaat ist der Friede, schlägt der Minister, daß wir das Heer jetzt abschaffen wollen. Freilich erwarten wir, daß die fortschreitende Kultur die Völker dahin bringen wird, den Kriegen ein Ende zu machen, und es ist wohl niemand im Hause, der diesen Wunsch nicht hegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber was wir im Gegenwartsstaat für notwendig halten, kann der Minister nicht mit einem aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat beweisen, sondern das muß er aus unserem Programm ersehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dort heißt es:

„Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit.“

Ich kann mir nicht denken, daß der Kriegsminister — auch von seinem Standpunkt aus — daran was auszuweisen hat. Unsere Stellung zum Militär ergibt sich aus unserer Auffassung des Nationalitätsprinzips. Wir wollen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Das bedeutet aber, daß wir selbstverständlich auch alle Mittel für die Unabhängigkeit der eigenen Nation aufwenden wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zum Ausdruck haben wir Sozialdemokraten von jeder nur gebracht, daß wir Gegner von Eroberungskriegen sind. Und wenn nun auch gestern der Abg. Liebermann v. Sonnenberg darauf hingewiesen hat, daß derjenige ein Verleumder sei, der die Friedensabsichten Deutschlands in Zweifel ziehe, wenn also von Eroberungskriegen abgesehen werden soll, dann ist nicht einzusehen, was Sie gegen die von der Sozialdemokratie bestrittene Einführung von Volkshereen einzuwenden haben. Es soll nicht eine Art Krähwinler Landsturm sein, was wir wollen, aber die von Ihnen verlangte bessere Ausbildung wäre auch bei einer kürzeren Dienstzeit möglich, denn lange Dienstzeit bedingt noch nicht tüchtige Soldaten. Der Kriegsminister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es auf den Geist und die Opferfreudigkeit des Heeres ankommt. Daß lange Dienstzeit nicht ausschlaggebend für die Tüchtigkeit ist, dafür haben die Sachsen im Jahre 1866 den Beweis erbracht, und auch die Soldaten in den sogenannten Befreiungskriegen (Zuruf des Abg. Triola: „Geheißte (Schmach!)“ hatten durchaus nicht lange gedient. Wir verlangen immer die

Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit.

also wir arbeiten nicht auf eine Wehrlosmachung des deutschen Volkes hin, auch wenn wir die Abschaffung des Gamaschendrills usw. fordern. Daß den ursprünglichen von sozialdemokratischer Seite erhobenen Forderungen in gewissem Umfange Rechnung getragen werden muß und Rechnung getragen wird, das beweist ja die von meinem Genossen Webel seit vielen Jahren verlangte Umwandlung der Uniformen, die ja nun zur Tatsache werden soll. In unserem Bestreben, daß für frühzeitige körperliche Ausbildung der Jugend möglichst viel getan werde, werden wir von den Behörden durchaus nicht immer unterstützt. In Sachsen werden den Arbeitertumern systematisch Schwierigkeiten gemacht, indem man ihnen städtische Hallen und Plätze aus kleinlichem Parteigeist verweigert.

Auch um der Kosten willen fordern wir die Kenderung der Heeresorganisation. Herr v. Oldenburg sagte, Frankreich und England zahlten viel mehr für ihr Heer. Das ist nur ein unzureichender Trost; es kommt darauf an, wie man die Rechnung aufstellt. Wenn wir Militärretar, Marineretar, Pensionretar und Zinsen der Reichsschuld, soweit sie auf Militär und Marine fallen, berücksichtigen, so macht das zusammen gegen 1300 Millionen Mark aus, also 22 1/2 M. pro Kopf der Bevölkerung. England und Frankreich haben außerdem eine starke Kolonialarmee, die sehr teuer ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Soldaten erhalten auch höhere Löhning!) Selbst wenn bei einem Volkshere die unmittelbaren Militärausgaben nicht geringer werden als beim jetzigen stehenden Heere, so würde doch für den Volkswohlstand außerordentlich viel herauspringen, weil bei der Verkürzung der Dienstzeit große Beträge infolge des vermehrten Arbeitsverdienstes herausgeholt werden.

Der Kriegsminister hat uns gestern mit dem Vorwurf gemacht, wir wollten den Leuten den Heeresdienst verfehlen. Nicht sozialdemokratische Reden, sondern die Zustände, die wir kritisieren, verfehlen den Leuten den Dienst. Wenn den Angehörigen der einzelnen bürgerlichen Parteien im Hause ein Ausdruck eines Mannes vorgehalten wird, der anscheinend zu ihrer Partei gehört, dann erklären sie mit Recht, daß die Partei nicht für die Aussprüche eines einzelnen verantwortlich sei. Aber ebenso können auch wir Sozialdemokraten verlangen, daß nicht bei jeder Gelegenheit aus der Dreimilitionenpartei ein Mann herausgegriffen wird, dessen Ansicht dann als die Ansicht der Partei gelten soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wirklich ein Sozialdemokrat von Vereklung gesprochen hat, so halte ich dem entgegen, daß der Reihe nach drei sozialdemokratische Parteitage einmütig und entschieden jede Kaserneagitation abgelehnt haben. Das allein ist maßgebend. Da können wir doch verlangen, daß nicht ganz ungerechtfertigte Anschuldigungen von den amtlichen Stellen immer wieder gegen uns erhoben werden. Die amtlichen Stellen

... die ich als gewöhnlich betrachte, die sie so etwas  
sagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegs-  
minister hat die Resolution unseres Parteitagcs in Jena  
erwähnt, in der gefordert wird, daß die Soldaten auf ihr Beschwerde-  
recht hingewiesen werden. Dagegen kann doch der Kriegsmi-  
nister nichts haben; jedenfalls ist für die Soldaten Vertrautheit mit  
dem Beschwerderecht wichtiger, als für den Offizier Kenntnis des  
Beschwerderechts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine  
Beschwerde bei der ersten Aufhebung des Vorgelegten vorgebracht  
wird, wird sie dazu führen, daß systematische Schändereien ver-  
schwinden. Es ist in der Resolution weiter vom Abschau von  
dem Militarismus die Rede. Abschau vor dem Militarismus  
ist noch nicht Abschau vor der Wehrhaftigkeit. Militarismus  
ist unmöglicher Dreck, Soldatenschänderei, Abschließung der Offiziere  
als Klasse, Erklärung des Heeres als Machtmittel, die Herrschaft der  
bestehenden Klassen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Da-  
gegen allein wenden wir uns. Ferner wird uns vorgeworfen, wir  
seien Gegner der Disziplin. Wo gibt es, so muß ich fragen, außer  
im Heere, ein größerer Maß von Disziplin als in der sozialdemo-  
kratischen Partei und ihren Gewerkschaften? Wir wollen keinen  
Kadavergehorsam, wollen nicht, daß ein Mensch sich widerspruchslos  
wie ein Hund behandeln lassen soll. Aber wir sind durchaus  
dafür im Klaren, daß der einzelne die Pflicht hat, sich  
unterzuordnen, sobald die Interessen der Gesamtheit in Frage kommen.  
Sie machen uns ja so oft den Vorwurf, daß wir auf Disziplin  
halten.

Ich stimme als Sozialdemokrat mit dem Kriegsminister darin  
überein, daß der deutsche Soldat die beste Waffe haben muß. Ich  
habe jahrelang den Befehl für den ersten Mobil-  
machungstag in der Tasche gehabt, und da habe ich wie jeder andere  
natürlich ein Interesse daran, daß der Soldat mit einem modernen  
Weser hat mit einer Heugabel ins Feld zieht. (Sehr richtig! bei  
den Sozialdemokraten.)

Daß wir den Etatablehnern, macht man uns zum Vor-  
wurf. Ganz mit Unrecht. Denn daß man aus prinzipiellen  
Gründen Dinge ablehnen kann, die man für richtig hält, hat Herr  
v. Odenburg bemerkt, der die sozialdemokratische Resolution  
ablehnen will, weil er meint, daß die Sozialdemokratie davon Vor-  
teil hat. Wir protestieren durch die Ablehnung des Etats dagegen,  
daß die Heeresmittel dazu benutzt werden sollen, das Volk selbst  
niederzuhalten; denn immer wieder wird uns gesagt, daß das Heer  
gegen uns selbst losgeschickt werden solle, wenn wir den herrschenden  
Klassen unbequem werden. Ich erinnere noch einmal an den schred-  
lichen Ausbruch vom Säbels auf Vater und Mutter, auch daran,  
daß vor Jahresfrist in Preußen und Sachsen Soldaten ein paar  
Sonntage hintereinander mit scharfen Patronen dagestanden haben,  
um Wahlrechtsdemonstrationen der Sozialdemokraten zu verhindern.  
Und dabei sind Strafendemonstrationen doch erlaubt, werden  
fogar zugelassen, wenn es sich um Weisheit darum handelt, daß  
Angehörige der bürgerlichen Parteien vor das Reichslandgerichte  
und das kaiserliche Palais ziehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozial-  
demokraten.) Die Ablehnung des Etats bedeutet keineswegs, daß  
wir eine Wehrlosigkeit und Erschließung unseres Vaterlandes erstreben.  
Wenn wir die Verantwortung zu tragen hätten, dann würden wir  
die Wehrhaftigkeit des Volkes so einrichten, wie es uns richtig  
erscheint. (Lachen rechts.)

Immer wieder werden erlogene Behauptungen gegen die  
Sozialdemokratie aufgestellt. So jetzt wieder, die Sozial-  
demokraten wollten, daß Franzosen, Engländer oder Russen  
Deutschland vertrieben. Die Behauptung ist ebenso gemein  
wie narrisch. Darüber sind wir Sozialdemokraten durchaus  
im Klaren, daß unter einem verlorenen Kriege die arbeitende Be-  
völkerung am allermeisten zu leiden hätte. (Sehr wahr! bei den  
Sozialdemokraten.) Genosse Bebel hat schon betont, daß selbst  
verständlich im Falle eines Angriffes die Sozialdemokraten  
die Hände auf den Boden nehmen würden, und ich behaupte, daß  
es keinen deutschen Sozialdemokraten gibt, der eine andere  
Auffassung ausspricht. Wenn ich feststelle, daß wir Sozial-  
demokraten Angriffe mit ebenso großer Entschiedenheit zurück-  
zuweisen bemüht sein würden wie irgend einer der Herren  
auf der rechten Seite des Hauses, so muß ich doch  
betonen, daß wir eine Säbelfestei, wie gestern und vorgestern im  
Reichstage hier, für überflüssig halten. Alle Welt weiß, daß wir  
ein großes Heer haben, da hat man nicht nötig, bei allen möglichen  
Gelegenheiten Säbelfestreden zu halten. Wenn die gegenwärtige  
politische Weltlage ganz außerordentlich geklärt ist, dann dürfen  
wir nicht verkennen, daß von gewisser Seite in Deutschland durch un-  
vorsichtige Redewendungen viel dazu beigetragen ist. (Sehr richtig!  
bei den Sozialdemokraten.) Zur Verteidigung des Vaterlandes  
gegen fremde Angriffe begeistern Sie aber unser Volk nicht  
dadurch, daß Sie es zwingen, an überlebten Einrichtungen festzu-  
halten. Wir Sozialdemokraten als stärkste Partei Deutschlands  
haben allen Anlaß, von unserer Regierung rückhaltlos, ehrliche

### Friedenspolitik

zu fordern. Begeistern können Sie unser Volk nur dadurch, daß  
Sie mit uns Sozialdemokraten sich bemühen, Deutschland für das  
ganze Volk so wohnlich, so freiheitlich, kulturell so hochstehend ein-  
zurichten, wie es nur denkbar ist. (Lebhafte Beifall bei den Sozial-  
demokraten.)

### Kriegsminister v. Einem:

Ich akzeptiere die Versicherung des Vorgesetzten, daß die sozial-  
demokratische Partei entschlossen sei, im Falle eines Angriffskrieges  
auf das deutsche Reich es mit derselben Treue und Hingabe zu ver-  
teidigen wie die anderen Parteien. (Lebhafte Beifall bei den Sozial-  
demokraten; Selbstverständlich! Haben wir in m e r gesagt!) Ich  
muß mich aber entschieden verweigern gegen seine Behauptung, daß  
ich renommierter oder mit dem Säbel gerastet hätte. Nichts hat mir  
jemals gelegen. Ich habe vorgestern mit meinen Schlussworten nur  
sagen wollen, daß wir gerade in diesem Moment verpflichtet gewesen  
wären, große Anforderungen auch an Geld zu stellen, um unsere  
Märsche zu beenden, und ich hätte das Glück, daß das Haus  
meiner Ansicht zustimmte; daß wir stets kriegsbereit sein müßten.  
(Sehr wahr! rechts.) Auch seine Aufforderung zu einer durch  
und durch friedliebenden Politik war nicht notwendig; die haben  
wir seit dem Friedensschluß von 1871 getrieben und durch die den  
Frieden auch aufrecht erhalten. (Lebhafte Beifall.) Der Abgeordnete  
Bebel hat auf dem Jener Parteitag von der Fähigkeit der Deutschen  
zur Organisation gesprochen und dabei auch das deutsche Kriegs-  
heer ein Meisterwerk der Organisation genannt. Ein Meisterwerk der  
Organisation zur Verteidigung des Vaterlandes! Trotzdem wollen  
Sie dieses Heer abschaffen! (Abg. Bebel ruft: Umwandeln!) Ab-  
schaffen! In allen Ihren Wahlschriften steht: „Nieder mit dem  
Militarismus! Hoch die Volkswehr!“ (Lebhafte Zwischenrufe bei  
den Sozialdemokraten.) Aber so seien Sie doch still, wir haben ja  
das selbe Ziel: Sie dürfen nach Wahrheit und ich will Ihnen  
dieser Durs stillen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall  
rechts.) Eine tausendjährige geschäftliche Erfahrung hat ge-  
lehrt, daß die Vorkämpfer den Krieg nur verlängern und  
verteuern. Der Krieg in der Union wie der deutsch-  
französische Krieg sind erst zu Ende gegangen, als die Volks-  
heere zu Soldaten geworden waren. Diese Grundzüge stehen für  
jeden Soldaten fest. Schon Feldmarschall Graf Moltke hat sie hier  
ausgesprochen. Auch die viel zitierte Heere der Revolution —  
lesen Sie nur Camille Roussel — sind nichts weiter als eine  
Bande gewesen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Bei Kaisers-  
lautern, bei Zweibrücken sind die preussischen Heere der damaligen  
Zeit Sieger über die Sansculotten geblieben. Allerdings haben diese  
Siege der Armee geschadet. Es waren Scheinsiege gegen eine nicht  
kriegsgemachte Armee. Die Armee, die dann 1806 den Rhein über-  
schritt, geführt von dem Kriegsgotte selbst, war durch und durch soldatisch,  
und von ihr wurde Europa überannt, bis es neue Heere gebildet  
hätte. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) also die Notwendigkeit  
des Heeres anerkennen und den Frieden wollen, so bleiben Sie bei  
dem jetzigen bewährten System; es hat bisher den Frieden erhalten  
und wird ihn in seiner jetzigen Kriegsfähigkeit auch weiter erhalten.  
(Beifall rechts.) Der Abg. Kossel hat gemeint, daß die sozial-  
demokratische Agitation für die Disziplin ungefährlich sei, daß

sie sich nur gegen die Auswüchse des Militarismus richte,  
dem Heere aber nichts schade. Wenn dem so ist, ist die  
Sozialdemokratie ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute  
will und stets das Böse schafft. (Sehr gut! rechts.) Denn die  
Sozialdemokratie untergräbt tatsächlich den militärischen Geist im  
Volke, sie tritt die Erinnerung an die Siege von 1870 mit Füßen. ...  
(Lebhafte Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in  
der „Erfurter Tribune“ gelesen: „Oleib und endlich fort mit den  
Erinnerungen an die Heldengraber von Reg; das deutsche Helden-  
tum liegt in der Berksart.“ Und der „Vorwärts“ (Griech an-  
lässlich des Grimmitzauer Streiks: Diese Weiber wären die wahren  
Helden, weit größer als die Sieger von 1870, die sich an Champagne  
und Pasteten göttlich getan hätten. (Lebhafte hört! hört! Ausrufe rechts.  
Zwischenrufe b. d. Soz.) Wenn Sie das nicht wollen so schmeißen Sie doch  
die Medaillone zum Fenster hinaus, die das schreiben. (Große  
Heiterkeit.) Bei dem Uebermaß von Intelligenz über das Sie ver-  
fügen, kriegen Sie ja andere. Oder erziehen Sie doch die  
Medaillone mit der famosen Disziplin, die Sie haben. (Heiterkeit.)  
Wenn Sie der Jugend den militärischen Sinn rauben, können Sie  
weder ein stehendes Heer erhalten noch die Wehrhaftmachung der  
Nation. Heer bleibt Heer, wie Sie es auch nennen. Wenn Sie die  
soldatischen Tugenden untergraben, fällt jedes Heer zusammen wie  
ein morsches Reis. Man muß das Volk erziehen, damit man sich  
in schwerer Zeit darauf verlassen kann. (Bravo! rechts.)

Der Kossel hat gemeint, die Sozialdemokratie kämpfe nur dafür,  
daß jeder Mann mit voller Freude und Begeisterung in den Krieg  
ziehe und wisse, wofür er sein Vaterland verteidigt. Wenn Sie  
weiter nichts wollen — nun, das hat das preussische Volk schon  
in allen früheren Kriegen getan, es ist 1870 mit lobender Be-  
geisterung ins Feld gezogen. Dazu brauchen wir Sie nicht, dafür  
sind Sie nicht nötig. (Lebhafte Beifall beim Volk und im Zentrum,  
große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Bebel ruft: Was  
auf den letzten Mann brauchen Sie im Notfalle das deutsche Heer!  
Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Sozial-  
demokratie nur dieses Ziel hat, dann ist sie auf einem falschen  
Wege. Ich kann nur wünschen und Ihnen raten, von diesem Wege  
abzugeben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen das  
Volk in gesundem Geiste erziehen, aber Ihr Geist ist ungeünd.  
Die Mannszucht in einer Volks ist das Merkmal für den Stand  
seiner Kultur. Die Mannszucht, die wir 1870 gehabt haben, hat  
uns die Hochachtung der ganzen Welt erworben. Die Mannszucht  
aber, die Sie jetzt in die Jugend pflanzen und in der Sie sie er-  
ziehen wollen, wird uns nur die Verachtung der Welt eintragen.  
(Große Beifall beim Volk und im Zentrum, Bischen bei den  
Sozialdemokraten.)

Generalmajor Kassel de Barres (im Anfang unverständlich)  
erklärt gegenüber Ausführungen des Abg. Erzberger, daß die  
Militärverwaltung den Wünschen der Militäranwärter nach Mög-  
lichkeit entgegenzukommen beabsichtigt sei.

Abg. Graf Brudzewo-Wiesegonski (Polen): Es ist nicht wahr,  
daß unter den Polen eine gebessigte Stimmung gegen die Armee  
herrsche. In der Budgetkommission ist schon auf die Kapazität  
und brave Haltung der polnischen Soldaten im Kriege von 1870  
bis 71 hingewiesen worden.

Präsident Graf Stolberg bittet den Redner, nicht auf Vor-  
gängen in der Kommission einzugehen. (Aufe b. d. Polen und den  
Soz.: Warum nicht? Es ist doch bisweilen notwendig!)

Abg. Graf Brudzewo-Wiesegonski fährt fort: Ich habe keinen  
Namen genannt, sondern ganz allgemein gesprochen. Das  
Sozialsozialsystem, von dem der Abg. Bebel sprach, wird in  
kolossalem Umfang auch gegen die Polen geübt. Der Besuch  
der Theater, in denen polnisch gespielt wird, wird den polnischen  
Soldaten untersagt. In Warschau wurde eine Frau, die einen  
Lehrer beleidigt hatte, der ihr kind blutig geschlagen hatte, zu zwei  
Jahren Gefängnis verurteilt, während ein Mann, der einen  
polnischen Arbeiter erschlagen und sogar noch die Leiche  
mißhandelt hatte, mit einem Jahr Gefängnis davonkam! (Hört!  
hört! b. d. Polen und den Soz.) Der Abg. v. Odenburg und die  
anderen Herren der Rechten sind gar nicht berechtigt, der sozial-  
demokratischen Fraktion bei ihrem Antrage auf Erhöhung der  
Soldatenlöhne agitatorische Beweggründe zu unterstellen.  
(Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber selbst wenn solche Motive zugrunde  
lägen, was wäre damit gegen den sachlichen Gehalt des Antrages  
benutzen? (Sehr wahr! bei den Polen und den Soz.)

Kriegsminister v. Einem: Ich gebe zu, daß der Vorkott eine  
kleinliche, gebessigte, unter Umständen zu wirtschaftlichem Ruin  
führende Maßregel ist. (Sehr wahr! links.) Von der Zentral-  
stelle aus wird niemals der Vorkott verhängt; vielmehr wird  
möglichst auf seine Einschränkung hingewirkt. Die Ver-  
hängung des Vorkotts erfolgt von den lokalen Militärbehörden in  
Gemeinschaft mit den Zivilbehörden. Leider ist bisweilen der  
Vorkott unvermeidlich, weil Gründe der Disziplin ihn dringend  
verlangen. Der Soldat muß vor der Verührung mit der groß-  
polnischen wie der sozialdemokratischen Agitation bewahrt werden.  
Die Herren Polen sollten aber etwas vorsichtiger mit ihren Klagen  
über den Vorkott sein. Gerade die Polen haben den Vorkott zum  
Plange einer nationalen Institution erhoben. (Lebh. Sehr wahr!  
rechts und bei den Russ.) Im Osten wird von polnischer Seite  
fortwährend vom Vorkott der Deutschen und der Juden ausge-  
fordert. (Redner verliest eine Anzahl Zeitungsausschnitte.) Reulich  
ist wieder eine Anzahl radikalpolnischer Zeitungen in Kasernen  
eingeschmuggelt worden. Meine Herren Polen! Sie gehen einen  
gefährlichen und wenig ritterlichen Weg, indem Sie arme Soldaten  
ausheben und schwerer Strafen aussetzen. Unterlassen Sie erst  
solche Buhlereien, und dann mögen Sie mit Ihren Klagen über  
den Vorkott wiederkehren! (Lebh. Beifall rechts u. b. d. Russ.)

Abg. Hagemann (nass.) will sich angesichts der Geschäfts-  
lage des Hauses „wirklich kurz fassen“ (Bravo!) und verliest eine halbe  
Stunde lang antimilitaristische Zitate aus sozialdemokratischen  
Zeitungen, Parteitagprotokollen usw. Im Schlußsatz des  
zweiten Hamburger Wahltreises heißt es, daß die deutschen  
Soldaten in den Kasernen schlimmer gemartert werden, als ein  
Indianerstamm seine Gefangenen martert. Darüber kann man  
nur lachen. (Sehr richtig! rechts.) Die Erklärungen des Abg.  
Kossel über die Haltung der Sozialdemokraten im Kriegsfalle  
waren ja sehr erfreulich. Wenn sie aber praktischen Wert haben  
sollen, so muß erst eine völlige Umwandlung an Haupt und Gliedern  
erfolgen. — Die Sozialdemokraten stellen gewohnheitsmäßig Verheer-  
ungen, wenn sie ihnen unbenommen werden, in Errede. (Unruhe  
b. d. Soz.) Redner geht ausführlich auf die Aeußerung Bedels  
auf dem Münchener Parteitag in der Agrarfrage ein. Alles  
Dreßen und Wenden hilft nichts; die Aeußerung wandte sich nicht  
nur gegen die Agrarier, sondern gegen die Bauern. (Große Unruhe  
und Widerspruch b. d. Soz.) Redner bringt Wünsche der Wäch-  
macher und anderer Kategorien vor. Wenn das Kriegsministerium  
fortfährt energisch, wie bisher, die Soldatenmißhandlungen zu be-  
kämpfen und andere Ursachen des Widerstandes abzustellen, so  
werden die nächsten Wahlen das Werk der Vernichtung der Sozial-  
demokratie vollenden. (Beifall rechts und bei den Russ., Lachen  
bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Schlußantrag v. Rormann (nass.),  
Rüller-Weinigen (freis. Vrt.) und Graf Hompesch (B.)  
gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Verständlich bemerkt Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Hagemann  
hat auf neue trotz wiederholter Feststellung meine Aeußerung auf  
dem Münchener Parteitag eingelesen. Ich berichte darauf, dies  
Verfahren weiter zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung bei den  
Sozialdemokraten.) Die Rede des Kriegsministers bewies wieder  
seine völlige Unfähigkeit, sich in den Gedankenansätzen unserer Partei  
zurechtzufinden (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen  
rechts.) Der Schluß der Debatte hat mir die Möglichkeit genommen,  
ihm (sofort zu antworten; ich werde aber Gelegenheit finden, ihm  
gründlich zu dienen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt.  
Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen. Die  
Resolution des Zentrums über die Ausdehnung der Forts-  
vergütung für Pensionen auf solche, die von Soldaten nach  
der Heimkehr gehen, wird einstimmig angenommen! Die Resolution  
A b r e c h t u. Gen. (Soz.) auf Erhöhung der Abzahlung der Wap-

schaften und Unteroffiziere findet gegen die Stimmen der Rechten  
Annahme. Die Resolution Müller-Weinigen (fr. Vp.)  
auf Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen, Reformen des Be-  
schwerderechts, des Militärstrafrechts und des ehrengerichtlichen  
Verfahrens wird gegen die Stimmen der Rechten an-  
genommen, ebenso der zweite Teil der Resolution betreffend  
Maßregeln gegen die Vermehrung der Offiziere, doch enthalten  
sich hier die Nationalliberalen unter großer Heiterkeit des Hauses  
der Abstimmung.

Eine Reihe von Kapiteln wird ohne erhebliche Debatte be-  
willigt.

Beim Titel „Militärjustizverwaltung“ sagt  
Preuß. Kriegsminister v. Einem eine eingehendere Ausbildung  
der Offiziere im Militärstrafrecht zu.

Beim Titel „Höhere Truppenbefehlshaber“ verlangt  
Abg. Kommsen (fr. Vg.): Aufhebung der Rahonbeschränkungen  
in Danzig, namentlich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.  
Preuß. Kriegsminister v. Einem kann keine zuzugende Er-  
klärung abgeben, da Danzig zwar keine besondere Festung mehr  
sei, aber doch eine wichtige Aufgabe bei der Landesverteidigung  
habe; immerhin sollen neue Rahons an seiner Stelle mehr ge-  
bildet werden.

Zum Titel „Gehalt der Militärärzte“ wird eine Resolution  
des Abg. Siebermann v. Sonnenberg (Antif.): Die  
Dienstzeit der Studierenden der Zahnheilkunde derjenigen der  
Rechtsgenossen entsprechend zu regeln und Stellen für Militärzahnärzte  
einzurichten, debattelos angenommen.

Beim Titel „Beamte“ verlangt  
Abg. Werner (Antif.) Beseitigung der Büchsenmacher, wird  
aber damit vom

Generalleutnant v. Krain auf die allgemeine Aufbesserung des  
Gehältes im Jahre 1908 verwiesen.

Abg. Danisch (Antif.) erklärt in längeren, auf der Tribüne  
unverständlich Ausführungen, er wolle sich kurz fassen, und er-  
weckt dadurch reich schallende Heiterkeit. Als er sagt: „Nun könnte  
man einwenden,“ wird ihm zugerufen: „Nein, wir wenden nicht  
ein.“ Unter kirmischem Gelächter verläßt der Redner die  
Tribüne.

Abg. Dr. Wagner (L.): Die Militärkapellen haben an sich nicht  
den Zweck, den Zivilmusikern Konkurrenz zu machen. Wenn sie  
konzertieren, sollten sie daher nicht die Vergünstigung der Militär-  
fahrkarten haben.

Abg. v. Derken (Rp.) verlangt strenge Durchführung des Er-  
lasses, wonach die Militärkapellen verboten ist, in kleinen Trupps  
zu konzertieren.

Beim Kapitel „Naturalverpflegung“ wünscht  
Abg. Leunhart (fr. Vp.): eine stärkere Heranziehung der land-  
wirtschaftlichen Genossenschaften.

Beim Kapitel „Garnisonverwaltung und Serbis-  
wesen, Titel „Mieten für Kasernen nebst Zubehör“ erhält das Wort

Abg. Koch (Soz.): Das Reich baut vielfach seine Kasernen nicht  
selbst, sondern veranlaßt die Städte zum Bauen, um dann die  
Kaserne zu mieten; so soll es jetzt auch in Hanau geschehen.  
Dabei hat die Budgetkommission wiederholt dem Wunsch Ausdruck  
gegeben, daß das Reich die Kasernen, die es braucht, selbst bauen  
soll. Auch ist nicht zu billigen, daß die Heeresverwaltung auf die  
Städte einen Druck ausübt, daß sie den Mietpreis billiger stellen,  
als dies den Baukosten entspricht.

Abg. Erzberger (B.): Die Budgetkommission ist jetzt mit dem  
Verfahren der Heeresverwaltung einverstanden.

Generalleutnant Stgt v. Krain: Die Kaserne in Hanau wird erst  
nächstes Jahr in den Etat eingestellt werden.

Beim Kapitel „Sferdebekleidung“ bittet  
Abg. Rogalla v. Sieberstein (L.) beim Titel „Ankauf der  
Remontepferde“, im nächsten Jahre eine erheblich höhere Summe  
in den Etat einzustellen.

Abg. Wachsberg de Wente (nass.) schlägt sich dem Wunsch auf  
Erhöhung der Preise für Remontepferde an.

Abg. Günther (fr. Vp.): Im Namen der freisinnigen Parteien  
bitte ich um Ablehnung der Resolution.

Abg. Arsch (L.): Da die Militärverwaltung schweigt, nehme ich  
ihre Zustimmung zu unserer Resolution an. Gegenwärtig erleiden  
die Verkäufer von Remontepferden Schaden; um das zu wissen,  
brauchen wir keine Erhebungen oder Nachweisungen.

Abg. v. Wettin (B.) spricht sich für die Resolution aus.

Abg. Dr. Dahn (B. d. L.): Im Interesse der Hebung der  
Pferdebezüge ist die Erhöhung der Preise für die Remontepferde  
dringend geboten.

Abg. Kossel (Soz.): Ich hätte eine Berechtigung, zu sagen, daß  
den Landwirten bei den Ankäufen von Remontepferden eine Liebes-  
gabe zugewendet wird; die Pferde werden ihnen 100—200 M.  
teurer bezahlt als auf dem freien Markt. (Widerpruch rechts.)  
Uebelstände bestehen auf dem Remontemarkt, vor allem die so-  
genannten Privatmärkte. Es kommt vor, daß ein Pferd von einer  
Remontekommission zurückgewiesen, dann aber in drei Tagen von  
derselben Kommission auf einem Privatmarke gekauft  
wird! Diese Privatmärkte bestehen darin, daß nicht auf öffent-  
lichem Marke, sondern auf einzelnen Gutsböden gekauft wird.  
(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit diesem System sollte  
so rasch als möglich gedrohen werden. (Beifall bei den Sozial-  
demokraten.)

Abg. Becker (B.): Der Herr Vorgesetzte versteht von der Sache  
nichts, sonst würde er seine Behauptungen nicht haben aufstellen  
können. Die Preise, die wir jetzt erhalten, decken nicht einmal die  
Aufzuchtkosten.

Abg. Rogalla v. Sieberstein (L.): Was Herr Kossel angeführt  
hat, sind alle Kamellen, die so unrichtig sind, wie sie alt sind.  
(Beifall rechts.)

Preussischer Kriegsminister v. Einem: Ich bin erstaunt darüber,  
daß allgemein gesagt wird, wir zahlten zu niedrigen Preisen. Aber  
wir haben 1200, 1400 M. gezahlt und das gar nicht selten. Freilich,  
wir werden den steigenden Preisen folgen müssen, wenn ich auch  
nicht garantieren kann, daß wir höhere Summen im nächsten Etat  
verlangen werden. Dann werden — ja, meine Herren, ich laß die  
Notiz, die ich mir aufgeschrieben habe, nicht lesen. (Große  
Heiterkeit.)

Die Resolution wird in Ziffer 1 (Erhöhung der Preise für Re-  
montepferde) gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemo-  
kraten, in Ziffer 2 (Reduzierung der bisher gezahlten Preise) ein-  
stimmig angenommen.

Der Titel wird bewilligt. Debattelos werden eine Reihe  
weiterer Kapitel bewilligt.

Vor dem Kapitel Artillerie, Waffentwesen verlagte  
sich das Haus auf

Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung,  
Beratung des Reichspostetats.  
Schluß 7 Uhr.

## Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 25. April.)

Die Beratung beginnt mit dem Etat für Kamerun. Die  
eigenen Einnahmen betragen 3 068 700 M., und zwar 236 600 M.  
Steuern und 2 832 000 M. Zölle. Die Regierung beschließt, eine  
Zollerhöhung einzutreten zu lassen und damit die eigenen Ein-  
nahmen zu steigern. Der Referent Abg. Semler wendet sich  
gegen die Zollerhöhung, besonders gegen die Zollerhöhung auf  
Schaumwein, Nigarren und Nigaretten. Schaumwein sei in  
Kamerun kein Luxusgetränk, sondern ein notwendiges Genussmittel.  
Der Zuzug erklärt, daß der Hauptteil der Zollerhöhung auf den  
Schnaps entfällt, und der Schnaps soll doch möglichst aus den  
Kolonien ferngehalten werden. Aus der Zollerhöhung soll eine  
Rezeinnahme von 200 000 M. erzielt werden. Wiemer  
sagt: Wenn die Einfuhr von Schnaps durch hohen Zoll zurück-  
gedrängt werden soll, so dürfte auch die Zollerhöhung keine wesent-  
lich höheren Einnahmen bringen. Dattmann verlangt starke  
Zollerhöhung auf Reis und Stöckfisch; beide Produkte würden \*

eingeführt, aber es sei besser, wenn diese Einfuhr erschwert würde, um die Eingeborenen zu zwingen, ihre Unterhaltungsmittel selbst zu produzieren! Dornburg sagt Erwägung dieser Wünsche zu. Im übrigen gibt er Auskunft über

#### Die Kameruner Bergwerkverhältnisse.

Die Ausbeute an Petroleum sei noch unbedeutend. Neuerdings sei Klimax gefunden worden, der als Holisationsmittel für Eisenhüttenwerke eine große Rolle spielt. Eine eigene Ausbeute der Bergwerke sei nicht gedacht, aber die Regierung wolle sich durch Verträge überall einen gewissen Einfluß. — v. Nitzschhofen spricht sich aus Ernährungsgründen gegen die Jollerhöhung auf Reis, Storz für die Raitmannsche Forderung aus, um „erzieherisch“ zu wirken. Die Jollerhöhen werden um 200 000 M. höher eingeführt und die Einnahmen so genehmigt.

Bei dem Ausgabeposten „Schalt des Gouverneurs“ fragt Kopsch über den

#### Fall Puttkamer

an. Dornburg gibt zu, daß der Regierungsbeamte Kopsch in einem Bericht den Dornburg ausgesprochen habe, es möge kein Disziplinarverfahren gegen Puttkamer eingeleitet werden. Er ist deswegen zur Disposition gestellt worden. Ueber den Fall Puttkamer möchte sich Dornburg heute nicht aussprechen, da heute die Verhandlung gegen ihn stattfindet. Die Anklage geht dahin, daß er falsche Pässe ausgestellt und Kameruner Erwerbsgesellschaften begünstigt habe, weiter eine extravagante Dienstführung betrieben und Instruktionen an Richter erlassen habe, zu denen er nicht berechtigt war. Wenn die Verhandlung vorüber ist, soll gern jede weitere Auskunft erteilt werden.

Lebedour fragt an, wie es mit dem Urteil gegen die Kwa-Deute steht und was aus ihnen geworden. Dornburg erklärt, daß das Urteil aufgehoben und die ganze Angelegenheit untersucht sei. Das Ergebnis der Untersuchungen ginge heute noch gedruckt dem Reichstag zu. — Erzberger bringt den

#### Fall des Oberrichters Meyer

zur Sprache. Dornburg gibt zu, daß sich Meyer ein schwarzes Mädchen zum Geschlechtsverkehr kaufte, der Behörde aber die falsche Auskunft gegeben habe, er wolle sich verheiraten und habe das Mädchen zu häuslichen Diensten zu sich genommen! Er sei deswegen in Disziplinärwege bestraft worden; denn ein Richter dürfe falsche Angaben nicht machen. Im übrigen sei — menschlich betrachtet — das Verhalten Meyers nicht so hart zu verurteilen.

Bei dem sonstigen Personalausgaben sollen infolge Stellenvermehrung einige Mehrausgaben eintreten; der Referent ist dagegen; im Interesse einer guten Verwaltung bittet Dornburg, die angeforderten Stellen zu genehmigen. Der Referent bemerkt demgegenüber, daß die Unordnung nicht an dem Rang, sondern an der schlechten Statistierung in Kamerun liege. Wenn Puttkamer ein Vorwurf zu machen sei, dann der, daß ihm der ganze Etat von oben bis unten gleichgültig gewesen sei. Wenn man sparen wolle, müsse man an Beamten sparen, die überflüssig erscheinen. Das gilt für den Buchdrucker, die Polikassistenten und den technischen Sekretär für die Materialverwaltung. Man könne die Bedürfnisse in den Kolonien doch nicht an den Bedürfnissen der Heimat messen.

Die Anforderungen werden schließlich nach der Vorlage genehmigt, ebenso alle übrigen Ausgaben für die Zivilverwaltung. Für die Militärverwaltung sind 1 817 000 M. angefordert, 827 000 Mark mehr als bisher. Diese Mehrausgaben sind insbesondere durch eine neue Kompagnie verursacht, die in Kamerun errichtet werden soll. Hauptmann Dominik, dem kurz vor der Auflösung des Reichstags böse Gerüchte nachgesagt wurden, ist am Ende und hat die Aufgabe, die Forderung zu begründen. Er führte aus, daß in Kamerun die militärische Machtplätze nur über die Distrikte ausgedehnt worden sei, die wirtschaftlich große Bedeutung erlangt haben. Im Süden Kameruns seien große Bestände von Eisenstein und Gummi; dieser Teil der Kolonie bringe jetzt schon die Hälfte der Einnahmen, aber es sei dort viel mehr zu machen. Neuerdings seien Wasserströme aufgeschlossen, die eine starke Entwicklung erhoffen lassen. Aber dort sei eine sehr kampflustige Bevölkerung, die zu den gefährlichsten Kannibalen zähle, die es gebe. Das geht schon daraus hervor, daß sie ihre alten Eltern zum Aufstiegen an andere verkaufen. — Wenn die Weißen kommen mit ihren Gewehren usw., werden sie freudig aufgenommen, weil die Eingeborenen den Wert des Eisensteins und Gummi nicht kennen, aber dann Ordnung geschaffen werden soll, daß Kaufleute und Eingeborene keinen Raubbau mit den Gummibäumen treiben, daß die Kinder zur Schule herangezogen werden usw., dann „entstehen Gefahren“, und da muß die Schutztruppe verstärkt werden! Die Gefahr erhöht sich noch, da die von der Schutztruppe entlassenen Eingeborenen, an sich sehr tüchtige Leute, jetzt nach Tausenden zählen und in ihren Wäldern und Sümpfen bei dem dortigen Klima sehr gefährlich werden können. Wenn einmal ein Aufstand käme, wisse er nicht, wie der bekämpft werden solle! Darum müsse die 10. Kompagnie bewilligt werden, um sie im Süden zu stationieren. Der Waffenkauf müßte ganz verboten werden. Wenn die Eingeborenen mit ihrem Eisenstein über die Grenze gehen, so müßten Vereinbarungen mit den angrenzenden Kolonien getroffen werden, damit auch dort der Waffenerwerb an Eingeborene verboten wird.

Dornburg hält die Sachlage in den Kolonien gleichfalls nicht für ungefährlich. Darum solle man die Kompagnie bewilligen. Erzberger glaubt, es sei besser, wenn man den Erwerbsgesellschaften mehr auf die Finger sieht und Grausamkeiten verhindert, die von diesen beim Handel verübt werden. Er führt solche Fälle an. Wenn man hier nichts tun und nur immer neue Schutzkompagnien bewilligt, werde man bald bei der 15. Kompagnie sein. Dornburg gibt Versicherungen der weißen Händler zu, glaubt aber solche Mißstände durch Anlegung von Bahnen beseitigen zu können! Deshalb soll dem Reichstag bald ein Wahnsinnsvorschlag vorgelegt werden, damit dann die Verwaltung sichergestellt und der Handel ruhig betrieben werden kann. Abg. Semler hat große Bedenken, eine Kompagnie in den Süden zu setzen, da dadurch neue Leidenschaften geschaffen werden und die Gefahr des Aufstandes wächst. Arendt spricht für die Forderung, Nitzschhofen gleichfalls; dieser wünscht weiter die möglichste Unterdrückung der „wilden“ Händler, die sich der Kontrolle entziehen und durch ihr Verhalten Unruhen heraufbeschwören. Semler macht den Vorschlag, die Polizeitruppe zu verstärken und ein Subgouvernement in den Süden zu verlegen; das scheint ihm tunlicher als eine Verstärkung der Schutztruppe.

Hauptmann Dominik malt noch einmal die Gefahren eines Aufstandes aus, wenn die Schutztruppe nicht verstärkt werde. Die Schwarzen lieben uns nicht, wir stehen dort Kraft unserer Macht und unserer europäischen Ueberlegenheit; würden die Eingeborenen diese Ueberlegenheit einmal nicht mehr empfinden, würden sie erst einmal ein paar weiße Händler tötschlagen, so griffe der Aufstand sicher auf die benachbarten Kolonien über, und wir hätten einen Aufstand, der kaum zu bewältigen wäre.

Raitmann verlangt, daß sich Hauptmann Dominik auf die Angriffe im Reichstage äußere, Dornburg gesteht das aber nicht, weil die Sache vor dem Militärgericht schwebt. Er sei von der Anschuldigung Dominiks überzeugt. Lebedour hält es nach den Darlegungen Dominiks für feststehend, daß wir in absehbarer Zeit mit einem Aufstand in Kamerun zu rechnen haben. Und es stehe wohl auch jetzt schon fest, daß daran die Händler schuld seien. Angesichts der drohenden Gefahren sei es das Beste, wenn wir auf die Occupation des kameruner Hinterlandes verzichten. Damit ist die Debatte erledigt. Der Referent Semler zieht seine Vorschläge zurück, da keine Aussicht für Annahme vorhanden und empfiehlt Annahme der Regierungsvorlage.

Die 10. Schutztruppenkompagnie wird dann gegen einige freisinnige und gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt, und der Etat der Militärverwaltung in Kamerun ohne weitere Debatte angenommen.

## Jesko v. Puttkamer.

Vor der kaiserlichen Disziplinarkammer für Reichsbeamte gelangte heute der Prozeß gegen den zur Disposition gestellten Gouverneur in Kamerun, Jesko v. Puttkamer, wegen Paffälschung und unerlaubter Beteiligung an kolonialen Erwerbsgesellschaften zur Verhandlung.

Die Paffälschung, wegen deren sich Jesko v. Puttkamer heute zu verantworten hat, besteht bekanntlich darin, daß er für seine frühere Freundin, das damalige Fräulein Maria Ede aus Berlin, die jetzige Frau v. Gernar, einen

#### falschen Reisepaß

unter dem Namen einer Frein v. Gardsstein aufgestellt und diese Dame als seine Cousine ausgegeben hat. Die Begünstigung sieht die Anklage darin, daß Herr v. Puttkamer sich in einer Weise an kolonialen Erwerbsgesellschaften, insbesondere an der westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Viktoria beteiligt haben soll, die für ihn als obersten Beamten der Kolonie Kamerun absolut unzulässig war. Er soll sich im Besitz von Ehrenanteilscheinen dieser Gesellschaft befunden haben. Diese Ehrenanteilscheine haben nichts voraus vor anderen Anteilscheinen, aber sie haben den Vorzug, daß sie den Eigentümer nichts kosten. Jesko v. Puttkamer stellte bisher jede Schuld in Abrede.

Die Verhandlung wurde kurz nach 10 Uhr durch den Vorsitzenden Landgerichtspräsidenten Dr. Ehrenberg eröffnet. Der Angeklagte v. Puttkamer schildert seine Personalien wie folgt: Er ist am 2. Juli 1855 in Berlin geboren, evangelisch und unverheiratet. Er hat sein Referendargemacht gemacht und ist dann nach Königsberg in Ostpreußen gekommen, wo er ein Jahr lang als Referendar beschäftigt war. Dann lehrte er nach Berlin zurück, wo er beim Kammergericht als Referendar angestellt wurde. Von dort ist er in die Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes übergetreten und wurde 1889 als stellvertretender Vizekonsul nach Chicago geschickt. Von Chicago wurde v. Puttkamer in das Auswärtige Amt zurückberufen. Am 30. Juli 1887 wurde er interimistisch kaiserlicher Konsul für Togo, 1888 interimistisch kaiserlicher Konsul für Lagos, am 21. Oktober 1888 hat er dem jetzigen Kaiser den Dienst als Reichsbeamter in Berlin geleistet. Ende 1889 lehrte er nach Togo zurück und wurde im Januar 1890 mit der Vertretung des Gouverneurs von Kamerun betraut. Am 6. Dezember 1891 wurde er kaiserlicher Kommissar für Togo, und am 13. August 1895 erfolgte dann seine definitive Ernennung zum Gouverneur von Kamerun. — Vorf.:

#### Wie hoch war Ihr Einkommen?

— Angell: Alles in allem 32 700 M., von denen jedoch nur 12 000 M. pensionsberechtigt sind. — Vorf.: Sie wurden im Januar v. J. zur Verzichtsetzung zurückberufen? — Angell: Jawohl, ich trat am 1. Februar in Berlin ein, seitdem bin ich nicht in die Kolonien zurückgekehrt. — Vorf.: Sie haben den Antrag auf Veretzung in den Ruhestand gestellt? — Angell: Ja, ich habe das im Mai v. J. getan, nach einer längeren Unterhaltung mit dem damaligen stellvertretenden Direktor des Kolonialamtes, Erbprinzen v. Hohenlohe. Ich habe auch ein ärztliches Attest eingereicht, daß ich mit Rücksicht auf meine 35jährige Tätigkeit in den Kolonien nicht mehr im vollen Umfange den Anforderungen in den Tropen gewachsen bin. Diesen Antrag habe ich jedoch zurückgezogen mit Rücksicht auf das von mir selbst beantragte Disziplinarverfahren.

Hierauf nimmt Kammergerichtsrat Dr. Kleins das Wort, um die

#### Anklage

vorzubringen. Die Anklage zerfällt in sechs Punkte, von denen zwei die Paffälschung betreffen, während die übrigen vier sich auf einzelne Begünstigungen zugunsten der westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Viktoria erstrecken. Von der Erhebung einer Anklage wegen weiterer Begünstigung der westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Viktoria hat der Reichskanzler Fürst Bülow Abstand genommen.

Es wird dann in die

#### Gewaltnahme

eingetreten, die sich zunächst mit der Paffälschung beschäftigt. Die Anklage geht dahin, daß der Angeklagte v. Puttkamer 1. dem Fräulein Marie Ede einen Paß auf den Namen einer Frein v. Gardsstein ausgestellt hat, um nach Kamerun zu kommen; ferner, daß er ihr einen zweiten Paß ausgestellt haben soll, als ihr in Berlin nach ihrer Rückkehr von der Polizei Schwierigkeiten gemacht wurden. 3. soll der Angeklagte, als Ermittlungen über die Paffälschung schwebten, versucht haben, die Ede in ihrer Aussage zu beeinflussen. — Der Angeklagte v. Puttkamer erklärt bezüglich des ersten Punktes, daß er in der Tat angenommen habe, daß sie eine Frein v. Gardsstein sei, und daß er infolgedessen den Vorwurf der Paffälschung abweisen müsse.

Es werden darauf die Ergebnisse der

#### Voruntersuchung

verlesen, soweit sie sich hauptsächlich auf die Lebensweise und die Herkunft des Fräulein Ede, der jetzigen Frau v. Gernar bezogen haben. In dieser Beziehung ist festgesetzt, daß Fräulein Ede nach ihrer Rückkehr aus Kamerun in Dresden am 11. Juli 1890 wegen Urkundenfälschung und unbefugter Annahme eines Adelsprädikats zu acht Wochen Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt worden ist, ferner, daß sie in Dresden wegen Annahme eines fremden Namens eine zweite kurze Haftstrafe verbüßen mußte, daß ferner in Berlin ein strafgerichtliches Verfahren wegen Pfandhinterziehung und Betruges gegen sie eingeleitet wurde, das aber mangels genügender Belastungsmaterialien eingestellt werden mußte.

Es folgte die Erörterung des zweiten Punktes der Anklage. Als die Ede nach Berlin zurückgekehrt war, wurden ihr, da sie keinen Paß hatte, Schwierigkeiten gemacht. Die Polizei verlangte die Vorlegung eines Adelsbriefes aus der Kolonie. Daraufhin schrieb die Ede an den Angeklagten v. Puttkamer, und dieser hat ihr nach der Anklage einen

#### zweiten Paß ausgestellt.

Vorf.: Was sagen Sie dazu? — Angell: Ich kann mich der Vorgänge gar nicht mehr so genau entsinnen, aber ich kann die bestimmte Erklärung abgeben, daß ich von der Ausstellung eines zweiten Passes absolut nichts weiß. Das Einzige, was möglich ist, ist, daß die Ede geschrieben habe, sie sei in Berlin unter dem Namen Gardsstein eingekommen, und es würden ihr nun Schwierigkeiten gemacht, da sie als Frein v. Gardsstein zurückgekehrt sei. Sie bat mich, ich möchte ihr eine Bescheinigung ausstellen, daß sie identisch sei mit der Person, die sich früher als Gardsstein in Berlin aufhielt. Da will ich zugeben, daß ich ihr das

#### in einem Briefe attestiert

habe. Aus der Aussage der jetzigen Frau v. Gernar geht hervor, daß ihr nach ihrer Rückkehr von Kamerun von der Berliner Polizei Schwierigkeiten gemacht wurden. Sie habe daraufhin an Herrn v. Puttkamer geschrieben und um ein Abzugspasse gebeten. Darauf erhielt sie unter dem Namen Maria Gards, geboren am 28. September 1873 in Halle, einen Paß, und zeigte ihn der Polizei vor. Beide Pässe habe sie vernichtet. — In Kamerun selbst wurde über die Ausstellung dieses zweiten Passes nichts ermittelt. — Es wird als Zeuge Hofrat Weiger aufgerufen, der 1897 das Paßregister in Kamerun unter sich hatte. — Vorf.: Der Angeklagte behauptet, daß Sie die Passformulare unter amtlichem Verschluss hielten, und daß es ganz unmöglich sei, daß er sich aus diesem Verschluss heraus Formulare hätte nehmen können. — Zeuge: Die Sache ist so lange her, daß ich mich auf Einzelheiten nicht besinnen kann. Wenn ich im Bureau war, war es natürlich ausgeschlossen, daß ein Formular zu unerlaubtem

Zweck verwendet wurde. Ich war aber häufig krank und oft nicht im Bureau. — Vert. Sello: Waren die Formulare nicht nummeriert oder wurden sie nicht abgezählt geliefert? — Zeuge: Das war nicht der Fall. — Vertreter der Anklage Kammergerichtsrat Dr. Kleins: Wenn die Polizei in Berlin von Fräulein Ede einen Paß verlangte, würde sie sich doch unumgänglich mit einem Briefe begnügen haben, den ihr der Angeklagte geschrieben haben will. — Angell: Es kann auch ein Adelsbrief gewesen sein, so genau weiß ich das nicht mehr. — Vorf.: In der Anklage ist die Rede von einem Abzugspasse. — Angell: Das kann sein. Ich glaube auch noch bestimmt zu wissen, daß auf dem ersten Paß beide Namen des Fräulein Ede enthalten waren; sie nannte sich Frein v. Gardsstein, genannt Gards. Es ist ja recht bedauerlich, daß die Papiere abhanden gekommen sind. — Der Vertreter der Anklage: Das ist eine ganz neue Behauptung, daß auf dem ersten Paß beide Namen gestanden haben sollen, das hat der Angeklagte bisher nie erwähnt. — Angell: Ich kann nur wiederholen, daß die Vorgänge so weit zurückliegen, daß ich mich auf Einzelheiten nicht bestimmen kann. — Ein Beisitzer konstatiert an der Hand eines ihm vorgelegten Passformulare, daß es aus gelassenen Blättern besteht, daß die Ede durch Radieren den ersten Paß gefälscht haben könnte, denn das Papier sei raffiert.

Die Verhandlung wendet sich nun der angeblich von dem Angeklagten

#### versuchten Beeinflussung

des Fräulein Ede zu, die er während der bereits eingeleiteten Ermittlungen ausgeführt haben soll. — Angell: Es lag mir ganz fern, irgendwelche illegitimen Beeinflussungen auszuüben. Es war mir aber die phantastische Sucht der Ede, die Unwahrheit zu sagen, zu genau bekannt, als daß ich nicht glaubte mit allen Mitteln versuchen zu müssen, sie bei der Wahrheit zu halten. Sie schrieb mir eines Tages einen Brief, daß sie von Kriminalbeamten bestraft und zu Auslagen verurteilt würde. Ich sagte ihr sofort: das ist ganz ausgeschlossen, das ist wieder so eine Lüge! Ich schrieb ihr darauf einen beruhigenden Brief, der natürlich in einem still abgefaßten Briefe, den die Ede verstand. Ich schrieb: „Der Kriminalmann ist Schwindel und Falle!“ Jede rechtswidrige Absicht und jede Absicht irgend einer Beeinflussung lag mir vollständig fern.

Der zweite Teil der Anklage betrifft die Begünstigung zugunsten der westafrikanischen Siedlungsgesellschaft Viktoria.

Der Angeklagte bestreitet mit aller Entschiedenheit eine solche Begünstigung. Die zu diesem Punkte vorliegenden Zeugenaussagen widersprechen sich zum Teil diametral. Der Vorsitzende der Landkommission in Kamerun, Stationsleiter Leuschner, bekundet, daß Herr v. Puttkamer nie etwas zugunsten der Siedlungsgesellschaft Viktoria getan habe, daß der Kolonie und ihrer Entwicklung zum Schaden gereicht hätte. Sein Verdienst sei vielmehr, daß Kapital ins Land gekommen und damit die kulturelle Entwicklung der Kolonie gefördert worden sei.

Ihm sei auch nichts bekannt, daß der Gouverneur gegen die Beschlässe der Landkommission zugunsten der Siedlungsgesellschaft Viktoria Einspruch erhoben habe. Er habe auch nicht wahrgenommen, daß der Gouverneur die Schwarzen ungerecht behandelt hätte. Er stand sich mit allen Personen in der Kolonie gut, bis auf die Kaiser Mission. Mit Effer, dem Direktor der Siedlungsgesellschaft Viktoria, verkehrte er freundschaftlich. Er tat es, weil Effer sich um die Entwicklung von Kamerun verdient gemacht hatte. Daher kam es auch, daß nun die Uebergriffe Effer auf das Konto Puttkamers gelegt wurden, und daß der Glaube aufkam, v. Puttkamer sei finanziell von Effer abhängig. Für die Berechtigung dieser Annahme hat Zeuge jedoch keinen Anhalt. — Bezirksamtmann Geo Schmidt bekundet, daß manche Bewohner der Kolonie den Eindruck hatten, daß Puttkamer in der Begünstigung des Effer und der Gesellschaft zu weit gegangen sei; daß er aber bestreite, daß er sich um die Interessen des Schutzgebietes außer acht gelassen habe, könne ihm nicht bewiesen werden. — Ähnliche Behauptungen macht der Bureauvorsteher Wistuba. — Zeuge Effer hat die Erklärung abgegeben, daß v. Puttkamer nie einen Pfennig von der Gesellschaft oder ihm persönlich erhalten habe. — Auch der Wäckerle, der in 366 Stunden eine umfangreiche Revision der gesamten Bücher der Gesellschaft Viktoria vornahm, hat keinen Kosten gefunden, der Herrn v. Puttkamer irgendwelche Vorteile geboten hätte.

Der letzte Punkt der Anklage betrifft den Versuch des unzulässigen Eingriffes in die Rechtspflege der Kolonie.

Es handelt sich darum, daß v. Puttkamer von dem als Richter in der Stadt Viktoria fungierenden Herrn Gernar abnahm, daß er den Aussagen der Schwarzen zu großen Wert und den Aussagen der Weißen zu geringen Wert beilegte, sowie daß er gegen Weiße zu harte und strenge Urteile fällte. — Angell: Ich hielt allerdings die Rechtsprechung des Herrn Kommermann für gefährlich, besonders für gefährlich an einem Ort, an dem 10 000 farbige Arbeiter und nur 150 Europäer wohnen. Ich sah in dieser Rechtsprechung eine langsame, aber sichere Aufzucht eines Aufstandes, und war daher entschlossen, den Kommermann auf einen weniger gefährlichen Posten zu versetzen. Da ich aber keinen Ersatz für ihn hatte, wollte ich es mit einer gründlichen Belehrung versuchen. Das, was ich ihm gesagt hatte, sollte keine Instruktion über die Rechtsprechung sein, sondern lediglich ein guter Rat. Als ich merkte, daß Kommermann in meiner Belehrung einen Eingriff in die Rechtspflege sah, habe ich sofort dieser Belehrung eine authentische Interpretation gegeben, daß ich keineswegs in die Rechtspflege eingreifen möchte. — Die unter Anklage stehende Belehrung von Puttkamers lautet wie folgt: „Wenn in dieser Weise weiter gearbeitet wird, so muß das Ansehen der Weißen in den Augen der Schwarzen unbedingt leiden. Dann kann die Kolonie ebenfals den Missionaren überlassen werden. Es scheint hier Kamerun mit Berlin oder Wäldern vergleichen zu werden. Wenn das so weiter geht, dann wird Dr. Effer sich in Berlin beim Reichskanzler beschweren oder im Reichstage durch einen hervorragenden Abgeordneten eine Interpellation einbringen lassen!“ — Zeuge Richter Kommermann bekundet: Gouverneur Puttkamer sei über seine Amtstätigkeit schlecht unterrichtet gewesen.

Angesichts seiner Unkenntnis der Dinge mag Herr v. Puttkamer gefürchtet haben, daß seine, des Zeugen, Tätigkeit der Kolonie schaden könnte. Er mag im besten Glauben gehandelt haben, aber objektiv hatte er keinen Anlaß zum Einschreiten. Er glaubt auch, daß Herr v. Puttkamer in der Form über das zulässige Maß hinausgegangen sei. — Oberrichter Meyer aus Kamerun bezeugt, daß er von dem Vorgänge aus Urlaub in Europa. Als er nach Kamerun zurückkam, hörte er von dem Vorgehen Puttkamers, v. Puttkamer habe außerordentlich mit ihm darüber gesprochen und gesagt, es habe ihm verlegen, ungerechtfertigterweise in die Rechtspflege einzugreifen. — Zeuge Staatsapotheker Trump war wiederholt Beisitzer in Prozessen, in denen Kommermann den Vorsitz führte. Es sei immer richtig Recht gesprochen worden. v. Puttkamer habe ein

#### unbegreifbares Herrschaftsgefühl,

in dem die unabhängige Stellung eines Richters keinen Platz fand. Er glaubte verlangen zu können, daß die Rechtsprechung in Kamerun sich seinem Geiste anpasse. — Andere Zeugen bekunden, daß in der Tat die Rechtsprechung Kommermanns eine Verödung der Schwarzen vor den Weißen bedeutete, und daß dadurch große Beunruhigungen in der Kolonie hervorgerufen wurde. Der Angeklagte erklärt, zu seinem Vorgehen durch einen Brief seines Vorgesetzten in Kamerun, des Freiherrn v. Soden, veranlaßt worden zu sein, der ihm, als er von der Rechtsprechung Kommermanns hörte, schrieb: „Willst Du denn die Kolonie zugrunde richten?“

Es gelangen sodann die Führungszeugnisse über Herrn von Puttkamer zur Verlesung. Sie stellen ihm durchweg ein gutes Zeugnis aus, wenn auch ein

Um nicht abgesprochen werden könne.

Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen, und es ergreift zur

Begründung der Anklage

Das Wort Kammergerichtsrat Dr. Kleine: Ich will undeutlich durch die Parteien Hof und Günst, gewissermaßen von einer höheren Warte, als der Sinne der Partei aus, die Verfehlungen des Angeklagten schildern mit der ganzen Strenge, die mein Amt als Kollaborant in diesem Falle erfordert, aber auch mit der strengsten Objektivität, die dem Richter ziemt. Man hat es nun dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht, daß er sich überhaupt mit der Ede einließ. Aber erst nach der Rückkehr aus Kamerun stellte sich heraus, daß die Ede eine Hochstaplerin war. Sie logierte sich in Dresden unter adeligem Namen in verschiedenen Hotels ein und fällte in ihrer Geldverlegenheit zwei Wechsel. Dafür wurde sie mit Gefängnis bestraft. Ich bin der Meinung, daß in bezug auf die Pafsäßung dem Angeklagten nicht das geringste nachgewiesen ist. Die Ede sollte gar nicht mit nach Kamerun kommen, sie sollte in Las Palmas sich zu ihrer Gesundheit aufhalten. Es mochte ihr aber schmeicheln, die Geliebte eines Gouverneurs zu sein und eines Mannes, der mit Geld nicht knauserste, was ja solchen Leuten besonders sympathisch ist. (Heiterkeit.) Sie ließ sich infolgedessen nicht bewegen, in Las Palmas auszusitzeln, sondern blieb auf dem Schiff. v. Puttkamer machte gute Miene zum bösen Spiel und als sie in Kamerun ankam, konnte er doch nicht gut die Ede als seine Wirtin ausgeben und nannte sie

Seine Cousine

Freiin von Eckardtstein. Es dauerte nicht lange, da erkannten sie mehrere Marineoffiziere von Berlin her, ihre Wiederauftreten erregte Anstoß, und so tat der Angeklagte das, was er tun konnte, er sorgte dafür, daß sie mit der nächsten Gelegenheit aus Kamerun entfernt wurde. Er gab ihr den Kaufpaß, aber dieser Kaufpaß war falsch. (Heiterkeit.) Es mag ja dem Wunderlich erscheinen, daß in den zahlreichen vertraulichen Stunden, die die Ede mit dem Angeklagten zubrachte (Heiterkeit), sie nicht ein einziges Mal ihn über ihre wahre Herkunft aufgeklärt haben sollte. Das Auffällige dieser Erscheinung verschwindet aber sofort, wenn man den Charakter und das Vorleben der Ede in Betracht zieht. Sie war eine reisende Dirne, die mit Vorliebe frequentierte Wälder besuchte, um sich dort an die vornehme Welt heranzumachen. Sie war eine gefährliche Hochstaplerin, die durch die Pracht der ungeliebten Toiletten es verstand, junge Leute und namentlich Offiziere in ihre Netze zu locken und zugrunde zu richten. Das war gerade ihre Triebkraft, daß sie, die auf der Bühne nichts erreichte, in der Welt vorzüglich die Aristokratie zu spielen verstand. Leute aller Stände hat sie in dieser Beziehung zu täuschen verstanden. Da ist es kein Wunder, wenn sie dem Angeklagten gegenüber, der sie auslieferte, auch nicht den Scheitererz erblickte, den sie selbst über ihre Geburt verbreitet hatte. Weder in der Tropenzone Afrikas, noch in Deutschland hat sich ein einziger Mensch gefunden, der auftrat und sagte, der Angeklagte konnte über die wahre Natur der Ede nicht im Zweifel sein. Selbst der lauteste Krieger im Streit, der Abgeordnete Erzberger, hat nichts Positives aussagen können und mußte schließlich auf Leute wie Böplau und Wistuba hinweisen. Aber auch Böplau und Wistuba konnten, als es sich darum handelte, nicht bloß Klatschereien zu verbreiten, sondern der Wahrheit die Ehre zu geben, nicht eine einzige Tatsache dafür anzuführen, daß der Angeklagte die Person der Ede genau kannte. Trotzdem bin ich der Meinung, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hat. Solange er der Geliebte der Ede war, brauchte er sich nicht um ihre Person zu kümmern — der Liebe tut der Name nichts zur Sache. In dem Augenblick, wo er amtlich mit ihr zu tun hatte, und es sich darum handelte, eine öffentliche Urkunde auszustellen, mußte er sich genau vergewissern. Das hat er nicht getan. Es liegt eine Fahrlässigkeit vor, d. h. ein Vergehen gegen § 10 des Reichsbeamtengesetzes. Bezüglich der Begünstigung hat sich nicht nur kein Anhalt für eine Schuld gefunden, sondern es ist der volle Beweis für die Unschuld des Angeklagten erbracht. Was schließlich den Eingriff in die Rechtspflege anlangt, so muß berücksichtigt werden, daß Lemmermann ein Neuling in kolonialen Dingen war; der Angeklagte konnte mit Recht befürchten, daß die Rechtssprechung Lemmermanns eine schwere Schädigung der Kolonie mit sich bringen würde. Er war bei seinem Verhalten von den besten Absichten befeuert, dennoch muß ihm vorgeworfen werden, daß er hier gegen klare Bestimmungen des Gesetzes verstößt. § 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes, der auch in den Kolonien gilt, bestimmt, daß die Rechtssprechung durch unabhängige Richter ausgeübt werden soll. Der Angeklagte kann sich nicht darauf stützen, daß er sich seines rechtswidrigen Verhaltens nicht bewusst war. Er hatte durchaus das Recht, Lemmermann abzuweisen. Die Unabhängigkeit des Richters ist zwar garantiert, aber nicht die

Unabsetzbarkeit.

Wäre der Angeklagte mit strengeren Mitteln vorgegangen, so wäre nichts gegen sein Verhalten einzuwenden; so aber griff er in unzulässiger Weise in die Rechtssprechung ein. Was endlich die Beeinflussung der Ede anlangt, so muß dem Angeklagten vorgeworfen werden, daß er sich überhaupt während des schwebenden Disziplinarverfahrens mit ihr in Verbindung setzte, er mußte vornehme Zurückhaltung bewahren. Andererseits muß man aber berücksichtigen, daß die Ede ihre Aussagen so häufig wechselte, wie ihre Liebhaber. (Heiterkeit.) Bei der Strafzumessung kommt als mildernd das lebhafteste Temperament des Angeklagten in Betracht und daß er zum besten der Kolonie zu handeln glaubte. Andererseits muß man aber von einem Gouverneur verlangen, daß er vorbildlich wirkt. Es muß auch mildernd in Betracht gezogen werden, daß die Angelegenheit 10 Jahre zurückliegt und daß diese 10 Jahre für den Angeklagten reich an Arbeit und Erfolgen waren. Aus allen diesen Gründen beantrage ich auf Grund des § 75 Absatz 2 des Reichsbeamtengesetzes die

Dienstentlassung.

Bert. Justizrat Sello beschäftigt sich eingehend mit dem Charakter der Ede. Sie ist eine internationale Hochstaplerin der allerhöchsten Sorte. Alle Welt täuschte sie über ihre Herkunft, und so auch den Angeklagten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Angeklagte ihr noch einen zweiten Paß ausgestellt, d. h. sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht hat, wo doch die Ede gar keinen Paß, sondern einen Abzugsschein brauchte. Dem Manneswort des Angeklagten steht hier gegenüber die verboselte Erinnerung einer an den Branger gestellten Prostituierten. Man darf den Angeklagten nicht unter dem Gesichtspunkt der Puttkamer-Dege betrachten. So etwas von Hof und Bosheit, wie in dieser Sache, ist noch nie vorgekommen. Im Reichstag wurde über den Angeklagten hergefallen wie über einen Mann, der für das Buchhaus reißt. Nachher mußte man zugeben, daß man sich nur auf einen Mann wie Wistuba berufen konnte. Alle Abende kann man in Berlin sehen, wie der Mann, von dem der Staatsanwalt anerkannte, daß er 21 Jahre in Interessen des Staates tätig war, von einem blöden Janagel mit Rot bemorfen wird. Der Angeklagte hatte durchaus recht, sich von der Ede eine Bescheinigung geben zu lassen, daß er sie als Freiin von Eckardtstein gefaßt hat. Bezüglich der Begünstigung sei nichts festzustellen. Was schließlich den Eingriff in die Rechtspflege anlangt, so hat gerade das Beispiel Südwestafrikas gezeigt, wie aus kleinen Fehlern der Verwaltung große Kriege entstehen können. Das hat der Angeklagte verhindern wollen und dafür gebührt ihm der Dank des Vaterlandes. Der Verteidiger schließt mit dem Antrage auf völlige Freisprechung des Angeklagten.

Der Angeklagte v. Puttkamer gibt die Erklärung ab, daß er in 21jähriger Tätigkeit nur das Wohl des Reiches und der Kolonien im Auge gehabt und niemals gegen deren Interessen verstoßen habe.

Darauf zog sich um 3 Uhr der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Nach mehr als einstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende Landgerichtsrat Dr. Ehrenberg folgendes Urteil.

Der Angeklagte wird wegen dienstlicher Vergehen zu einem Beweise und zu einer Geldstrafe von tausend Mark verurteilt. In der Begründung führte der Vorsitzende aus: Der Gerichtshof hat dem Angeklagten insofern guten Glauben beigegeben, als er die wahre Natur der jetzigen Frau v. Gernat nicht kannte. Man hat ihm nicht widerlegen können, daß er sie für die Freiin v. Eckardtstein gehalten habe. Ein so hochgestellter Beamter aber, wie Herr v. Puttkamer, durfte gar nicht soweit gehen, ein persönliches Verhältnis unter amtlichem Charakter mit einer Person, wie die Ede es war, einzugehen. Er durfte ihr einen Paß nicht ausstellen, er mußte sich sagen, daß dieser Paß späterhin eine erhöhte Bedeutung gewinnen konnte, und daß es von unabsehbaren Schwierigkeiten begleitet sein konnte, wenn sich herausstellte, daß die Trägerin des PASSES nicht die richtige war. Der Gerichtshof hat ein Dienstvergehen darin erblickt, daß der Angeklagte, bevor er den Paß auf den Namen der Freiin v. Eckardtstein ausstellte, nichts getan hat, um sich zu überzeugen, ob sie wirklich die Freiin v. Eckardtstein sei. Bezüglich der Ausstellung des zweiten PASSES hat sich der Gerichtshof nicht überzeugen können, daß hier irgend ein Vergehen des Angeklagten vorliege. Die Aussagen der Frau v. Gernat, daß sie auch einen zweiten Paß erhalten habe, könne die Behauptung des Angeklagten nicht widerlegen, daß er einen zweiten Paß nicht ausgestellt habe. Dagegen erblickte der Gerichtshof in dem Schreiben des Angeklagten an die Ede schon zur Zeit des Disziplinarverfahrens ein Vergehen und vermehrte hierbei die vornehme Zurückhaltung, die ein Mann wie Herr v. Puttkamer üben mußte. Die Begünstigung der Siebelsgesellschaft „Victoria“ hat der Gerichtshof verneint. Bezüglich des Eingriffs in die Rechtspflege ist der Gerichtshof der Ansicht, daß ein Gouverneur nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, politischen Beamten in der Kolonie Befehle zu erteilen, die nach seinem besten Wissen nötig erscheinen; denn er ist ja verantwortlich für die Arbeiten in den Kolonien und für die Entwicklung des ganzen kolonialen Wesens. Dagegen darf der Gouverneur in die Tätigkeit eines Richters nicht eingreifen. Ein Eingriff in die Rechtspflege kann auch in den Kolonien zu den bedenklichsten Erschütterungen des Rechtsbewußtseins führen. Der Gerichtshof eräumt jedoch dem Angeklagten ein, daß ihm der Gedanke eines rechtswidrigen Eingriffs absolet fernlag, und glaubt auch, daß er nichts anderes im Auge hatte, als die wirksame Förderung der Interessen der Kolonie. Er wollte einen Mann, der nach seiner Meinung nicht für diese Arbeit geeignet war, eine Warnung und Belehrung zuteil werden lassen. Das alles haben wir dem Angeklagten zugute gehalten. Bei der Strafzumessung sind wir davon ausgegangen, daß der Angeklagte 21 Jahre lang sein ganzes Wissen und Können und seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat. Er ist niemals vorbestraft, weder kriminell noch disziplinarisch. Von den verschiedensten Seiten ist seiner Arbeit Zustimmung und Vertrauen entgegengebracht worden. Deshalb hat der Gerichtshof die Strafe der Dienstentlassung weit von sich gewiesen, denn das ist die härteste Strafe. Er hat es vielmehr für angezeigt erachtet, daß dem Angeklagten zunächst wegen der Äußerung gegenüber dem Richter Lemmermann ein Beweise erteilt werde, weil die Form, in der die Äußerung geschah, nicht dasjenige Maß von Aufmerksamkeit erkennen läßt, welches bei so wichtigen und einschneidenden Dingen erforderlich ist. Bezüglich der beiden Verfehlungen, die das Verhältnis des Angeklagten zu der Ede betrafen, war der Gerichtshof der Meinung, daß, wenn sie auch 10 Jahre zurückliegen, derartige Verfehlungen doch durch eine härtere Strafe gebüßt werden müssen. Er hat deshalb eine hohe Geldstrafe für angezeigt erachtet.

Aus der Partei.

Die Waisfeier.

Paris, 25. April. Die „Humanität“ veröffentlicht den Aufruf der sozialdemokratischen Partei an die französischen Arbeiter bezüglich der Feier am 1. Mai. In dem Aufrufe wird der Regierung, die im Solde der Bourgeoisie stehe, der Prozeß gemacht, die Marokkopolitik getadelt und werden alle Arbeiter aufgefordert, am 1. Mai den Massenaufstand zu feiern.

Verbotener Waisfestzug. Das Bezirksamt Fürth i. B. hat der vom Stadtmagistrat erteilten Genehmigung des Waisfestzuges das Verbot prompt auf dem Fuße folgen lassen. Es wurde schon am Tage nach der Magistratsbesetzung verfügt und zwar, wie es in der Begründung heißt, weil der Aufzug nach den begleitenden Umständen tatsächlich als eine aus Anlaß der sozialdemokratischen Waisfeier veranstaltete öffentliche, parteipolitische Demonstration zu erachten ist, welche im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht zulässig erscheint. — Die Begründung ist wörtlich aus den Verboten früherer Jahre abgeschrieben. Die Stadt Fürth wäre somit wieder einmal vor dem Umsturz bewahrt.

Gemeindevahltag.

Essen-Ruhr, 25. April. (Privatdepesche des „Vort.“) In Schonnebeck (Kreis Essen) siegten bei der heutigen Gemeinderatswahl zum ersten Male unsere Genossen mit 304 Stimmen gegen 266 der vereinigten Gegner.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. erhaltete der Parteisekretär Genosse Dittmann Bericht von der Reichstagswahl sowie über das vierte Quartal 1906 und das erste Quartal 1907.

Die Gesamtausgaben für die Reichstagswahl betragen 18 110,12 Mark; durch Sammellisten und sonstige freiwillige Zuwendungen wurden 16 734,84 Mark vereinnahmt. Es mußten daher noch 1381,78 Mark dem Wahlfonds entnommen werden. An Flugblättern und Aufzetteln wurde während der Wahl die immense Zahl von zwei Millionen Exemplare herausgegeben. — Der Mitgliedererwerb betrug im 4. Quartal 1906: 443, im 1. Quartal 1907: 726 Genossen, so daß am 1. April ein Mitgliederbestand von 5101 zu verzeichnen war. Dies sind nur 17,6 Proz. der 28 869 sozialdemokratischen Reichstagswähler vom 25. Januar d. J. wobei allerdings noch in Betracht zu ziehen ist, daß eine ganze Anzahl organisierter Parteigenossen nicht Reichstagswähler sind, was den angegebenen Prozentfuß sehr ungünstig beeinflusst.

Das erste Quartal schließt mit einem Kassenbestand von 492,65 Mark ab; die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 5484,23 Mark.

Bei dem Bericht über den Stand der Parteipresse konnte erfreulicherweise konstatiert werden, daß die „Vollstimme“ weitere 4000 Abonnenten gewonnen hat. Die Räumlichkeiten der Union-druckerei genügen nicht mehr. Es wurde daher das jetzige Heim für 420 000 Mark käuflich erworben, und es soll durch Umbau entsprechend eingerichtet werden. Eine neue Rotationsmaschine, zwei Schnellpressen und eine weitere Segelmachine sollen angeschafft werden. Um über die lokalen Verhältnisse in den umliegenden Reichstagswahlkreisen der „Vollstimme“ ausführlicher berichten zu können, sind für Höchst und Wiesbaden eigene Korrespondenten angestellt; für Danau schreiben noch Verhandlungen. Redakteur E. Grumbach scheidet am

Interessentell veranw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

1. Juli d. J. aus der Redaktion der „Vollstimme“; für ihn wird Ersatz gesucht.

Zum Gedächtnis Ignaz Auer veranstalteten die Nürnberg-Parteiengenossen am Mittwochabend in den Zentralfallen eine imposante Feier, die vom Philharmonischen Orchester durch Beethovens Leonoren-Duvertüre und „Siegfrieds Tod“ von Richard Wagner, sowie vom Arbeitergesangsverein „Union“ durch den Chor „Ein Sohn des Volkes“ eingeleitet wurde. Darauf hielt Genosse Kurt Eisner die Gedächtnisrede, in der er die Persönlichkeit des Verstorbenen und sein Wirken in der Partei schilderte. Es folgte der Gesangschor „Empor zum Licht!“ Der „Einzug der Götter in Walhall“ und die Koboldpierre-Duvertüre schlossen die Feier.

Aus Schlesiens Hauptstadt.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm: Breslau, 25. April 1907.

Soeben wurde das Gewerkschaftshaus Margaretenstraße im Wege der Zwangsversteigerung vom sozialdemokratischen Verein und vom Gewerkschaftskartell für 358 400 M. angekauft.

Ein sozialistischer Senator gestorben.

Paris, 23. April. (Fig. Ver.) Gestern ist in Saint-Leutaberny im Departement Puy-de-Dôme der 84-jährige Senator Jean Chantagrel gestorben, das einzige Mitglied des Oberhauses, das der geeinigten sozialistischen Partei angehörte. Chantagrels Verhältnis zur französischen Partei läßt sich etwa mit dem Johann Jacobys zur deutschen Sozialdemokratie vergleichen. Auch Chantagrel war ein konsequenter Demokrat, der am Ausgang eines kampferfüllten Lebens erkannte, daß eine Verwirklichung seiner Ideale nur vom organisierten Proletariat zu erhoffen sei.

Chantagrel, welcher Professor an der juristischen Fakultät von Clermont-Ferrand war, wurde 1885 als radikaler Kandidat in die Deputiertenkammer gewählt. Als Mitglied der Kommission der Panamalotterie bewährte er eine Unbestechlichkeit, die den Zierden des bürgerlichen Parlamentarismus fremd war. Eine Million wurde ihm für seine Stimme geboten! Er wies sie verachtungsvoll zurück. 1898 wurde Chantagrel in seinem Departement zum Senator gewählt und behauptete das Mandat, diesmal als radikalsozialistischer Kandidat, ebenso 1900. 1902 bekannte sich der neunundsiebzigjährige zum Programm der sozialistischen Partei! Als sich nach der Einigung der Partei die Föderation seines Departements konstituierte, trat er in sie ein, und er ließ sich auch als Mitglied der sozialistischen Fraktion einschreiben, zum Mißvergnügen seiner bourgeoisradikalen Wähler. Im Senat war er der einzige Vertreter der geeinigten Partei; denn die zwei anderen „Sozialisten“, Flaissières aus Marseille und Delhou aus dem Departement Gersault, gehören der „Partei der Unabhängigen“ an. Das Senatsmandat in dem stark agrarischen Departement, das durch Chantagrels Tod erledigt ist, ist natürlich für die Partei nicht zu halten. Das Wahlsystem für den Senat macht ja die Wahl von sozialistischen Kandidaten überhaupt so gut wie unmöglich.

Eine Konferenz der deutschen und der österreichischen Sozialisten in der Schweiz wurde am vergangenen Sonntag in Karau abgehalten; vertreten waren 21 Orte durch 30 Delegierte. Genosse Dr. Adler-Wien eröffnete die Verhandlungen mit einem warmempfindenen Nachruf für Genossen Auer. Dem Tätigkeitsbericht des Landesauschusses ist zu entnehmen, daß die Organisation 41 Vereine mit circa 3000 Mitgliedern umfaßt. In den Bibliotheken der Vereine befinden sich 11688 Bände, von denen im vergangenen Jahre 6809 Bände ausgeliehen wurden. An sozialdemokratischen Schriften wurden in den Organisationen für 6653 Franc verkauft. Für die deutschen Reichstagswahlen wurden über 3000 Franc gesammelt. Beschlossen wurde die Bestellung eines Sekretärs. Der Sitz der Zentrale verbleibt in Zürich. Die nächste internationale Zusammenkunft findet 1908 in Schaffhausen statt.

Sozialistische Wahlsiege in Amerika. Wie die Partei in den Vereinigten Staaten im Kleinen tätig ist und manchen Erfolg dabei erzielt, zeigt sich wieder aus einer Reihe von Berichten über die Kommunalwahlen, die im April an vielen Orten stattfanden. So erwählten die Sozialisten den Bürgermeister von Two Harbors in Minnesota; er ist ein Skandinavier von Geburt, und seine Landsleute, die in jener Stadt zahlreich sind, haben viel zu seiner Wahl beigetragen. In South Glen Falls, New York, wurden zwei Sozialisten in den Ortsvorstand gewählt. In Coal Creek in Colorado brachten die Sozialisten eine Mehrheit im Gemeinderat durch. In Milwaukee, Wisconsin, wurden zwei Sozialisten als Schulkomitee und in South Milwaukee vier zu Stadträten gewählt. In Manitowoc, Wisconsin, wählten die Sozialisten zwei Genossen in den Stadtrat. In St. Louis, Missouri, erzielten die Sozialisten bei der städtischen Wahl 4313 Stimmen; für die Kandidaten zum Staatsparlament wurden 4688 Stimmen abgegeben.

Pölselliches, Gerichtliches usw.

Rachspiele zur Reichstagswahl. Aus Halle a. S. berichtet man uns:

Eine ganz exorbitante Strafe verhängte das Halle'sche Schöffengericht gegen den Bergmann Christoph Sander in Amödorf, der wegen Beleidigung eines Amtsdieners angeklagt war. Der Amtsdienst hatte im Januar eine Wählerversammlung aufgelöst und dann „kraft seines Amtes“ Ruhe geboten. Darauf hatte ihm Sander die Worte zugerufen: „Na, Du hast hier gar nichts zu sagen; Du bist bloß Nachtwächter!“ Das Gericht verhängte deshalb gegen Sander eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen!

Während des Wahlkampfes in Raumburg-Bezirk war in Beziehung auf den Kandidaten, Genossen Redakteur Thiele das Gerücht verbreitet worden, er sei wegen Sittverbrechens, begangen mit Schulkindern, zu Zuchthaus verurteilt worden! Da diese Gemeinheit an mehreren Orten gleichzeitig verbreitet wurde, vermutete man dahinter einen Trick der Helden des Reichstagswahlkampfes. Auch ein Führer des Freistans, Gärtnermeister Loos in Teuchern, hatte das Schandgerücht mit verbreitet. Genosse Thiele klagte und ließ Mißde walten gegen Loos, indem dieser vor Gericht die Beleidigung als jeder Begründung entbehrend mit Verdauern zurücknahm und die Kosten trägt.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für die Interessen der Hausangestellten. Öffentliche Versammlung, Sonntag, den 23. April, Anfang 6 Uhr, in „Beders Festsälen“, Kommandantenstr. 62. Vortrag, Herr E. Kassenstein: Arbeiterschutz und Arbeiter-Versicherung für Hausangestellte.

Schöneberg. Sonnabend, 27. April, 9 Uhr, bei Obft, Martin Lutherstr. 51. Lichtbildvortrag, Genosse Roth: „Das Leben und Treiben im Bergwerk“.

Eingegangene Druckschriften.

Vierteljahrsbericht des Internationalen Bergarbeiterverbandes. 1. Quartal 1907. 22 Seiten. Jahresbericht 1905 und 1906 des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. 194 Seiten. Selbstverlag, Sothum. Tägliche Monatshefte. Heft 5. Herausgegeben von V. R. Tobmann. Quartal 4 M., Einzelheft 1,50 M. Selbstverlag in Wänden. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

10. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Au Punkt 8:

Agitation und Organisation

Liegen mehrere Anträge vor, die lebhaft pro et contra erörtert werden. Der Antrag, die Firma des Verbandes zu ändern in „Verband der Schiffbauer“ wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Anstellung eines zweiten besoldeten Beamten. Einstimmige Annahme findet der Antrag auf Anschluß an die Internationale Holzarbeiterunion. Eine längere Debatte verursacht dieser Antrag: „Jedes Jahr Fragelarten herauszugeben, wodurch die Mitglieder befragt werden, ob sie Mitglied der Partei und Leser der Arbeiterpresse sind“.

Der Antrag wurde mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt, dagegen einstimmig ein Antrag angenommen, daß die Zahlstellen auf die Kollegen einwirken sollen im Sinne des abgelehnten Antrages.

Scharf gerügt wurde die auf den Staatsverfesten beliebte Praxis, über 40 Jahre alte Arbeiter nicht mehr einzustellen.

3. Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands.

Dresden, 24. April.

In der heutigen Sitzung nimmt der Verbandsvorsitzende Fauth das Wort, um auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu antworten. Betreffs des unregelmäßigen Erscheinens der „Nachzeitung“ weist er die Schuld von sich. Die Zustellung des Manuskripts an den Hauptverlag sei statutengemäß. Über eine Verzögerung sei dadurch nicht entstanden. Das Manuskript sei zu spät eingesandt worden und in ungeeigneter Form, so daß die Druckerei (Auer u. Co., Hamburg) nicht mehr in der Lage gewesen sei, die Zeitung rechtzeitig herzustellen. Nur eine einzige Nummer sei pünktlich erschienen. Auch den ihm gemachten Vorwurf der Bevormundung weist Fauth zurück. Er habe nur seine persönliche Ansicht zum Ausdruck gebracht, persönliche Ratssätze erteilt. Für die Ablehnung des Artikels betr. die Reichstagswahl führt der Vorsitzende einen Beschluß des Verbandstages zu Hannover ins Feld, der bestimmt, daß politische Fragen nur soweit in der Nachzeitung behandelt werden sollen, als gewerkschaftliche Interessen dadurch berührt werden. Er verliest dann den von ihm beanstandeten Artikel zur Reichstagswahl. Der Schreiber hatte, das geht aus der Verlesung hervor, die Absicht, durch ihn die Musiker zur Wahlbeteiligung in arbeiterfreundlichem Sinne anzufeuern, ihnen die große Wichtigkeit des gleichen Wahlrechts auch für die Gewerkschaftsbewegung darzulegen.

Die vorgekommenen Verzögerungen in der Geschäftsführung erklärt der Vorsitzende mit Ueberlastung und Interessenlosigkeit der Kollegen. Er habe früher, als er noch Redakteur war, verschiedene Male absichtlich „Insinn“ in die Verbandszeitung gebracht, um zu sehen, ob die Kollegen die „Nachzeitung“ auch wirklich mit Interesse und Verständnis verfolgten. Es habe sich aber niemand gerührt. Auch den Ortsverwaltungen macht er schwere Vorwürfe wegen der nachlässigen Erledigung der Organisationsangelegenheiten. Er führte eine Reihe allerdings drastischer Fälle an.

In der Debatte nimmt der Vertreter der Generalkommission Knohl das Wort und gibt seiner Meinung Ausdruck, daß der Vorsitzende, wenn er wegen Ueberlastung die Geschäfte nicht mehr ordnungsgemäß führen kann — und ein Teil der Kritik scheint ihm berechtigt — er die Anregung zur Abhilfe geben müsse. Sie wäre sehr leicht möglich, wenn das Amt eines Vorsitzenden und Redakteurs nicht mehr im Nebenamt, sondern durch einen voll angestellten Beamten ausgeführt werde. Der Redakteur, der eine große Verantwortung in moralischer, materieller wie strafrechtlicher Hinsicht trage, müsse zwar die maßgebende Verbandspolitik vertreten, dürfe aber nicht zum „Hausknecht“ degradiert werden. In dem beanstandeten Wahlartikel habe er nichts gefunden, was gegen gewerkschaftliche Prinzipien verstoße. Die Erziehungsmethode des Vorsitzenden den Mitgliedern und Ortsverwaltungen gegenüber scheine ihm völlig verfehlt. Man solle froh sein, wenn recht viel Leben in den Mitgliedschaften herrsche. Der Vorstand habe die Pflicht der Initiative.

In der Debatte halten die Delegierten die Vorwürfe gegen Fauth wegen der Vernachlässigung der Verbandsgeschäfte im großen und ganzen aufrecht. Unter der Redaktion des Kollegen Fauth seien in einem Jahre sieben Nummern, in einem anderen auch einige Nummern ganz ausgefallen.

Die Ausführungen des Genossen Knohl finden in der Debatte allgemeine Zustimmung.

Die rege Agitationsarbeit der Filiale in Dresden, die in kurzer Zeit von 17 auf 300 Mitglieder gebracht ist, findet lebhaften Anerkennung.

Der Vorsitzende Fauth weist wiederholt die in der Debatte immer erneut gegen ihn vorgebrachten Beschwerden zurück. Für die Zurückweisung des mehrfach erwähnten Wahlartikels beruft er sich auf die Ausführungen des Genossen Umbreit auf dem Verbandstag in Hannover, der von der Veröffentlichung von Artikeln rein politischen Inhalts abgeraten habe. Dazu seien die politischen Organe da.

Der Kassierer Kitten hält auf Grund der günstigen Kassenverhältnisse die Anstellung eines Beamten für vollständig durchführbar.

Folgende zu dem Punkt Vorstandsbericht eingebrachten Anträge werden angenommen:

Der Filiale Bremen werden die aus Streiks resultierenden Schulden erlassen.

Aus Verbandsmitteln sollen Verbandsplakate zum Aushängen beschafft werden, auf denen der Jura des Verbandes sowie die Adressen der Funktionäre bezeichnet werden.

Mitglieder, die auf Grund des § 6 ausgeschlossen werden, sollen im Fachorgan veröffentlicht werden.

An den Reichstag soll eine Petition gerichtet werden, worin dieser aufgefordert wird, den Militärkapellen das Spielen gegen Entgelt zu verbieten.

Ende 1907 resp. Anfang 1908 soll eine Umfrage vom Verband über die Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen werden.

Der Filiale Dresden wird für das verfloffene Jahr ein Agitationszuschuß von 150 M. gewährt.

Abgelehnt wurde ein Antrag Bremerhagen, Kontrollkarten einzuführen.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung:

Agitation und Taktik

Spricht der Verbandsvorsitzende Fauth. Er betont, daß der Musikerverband bei seiner Agitation auf die Unterstützung der Gewerkschaftskartelle angewiesen sei, von diesen aber sehr oft im Stich gelassen werde. Manche Kollegen seien allerdings mit schuld, wenn sie die Organisation nur nach geschäftlichen Standpunkt aus betrachten. In die Stadtpfeifereien sei der Verband bisher nicht eingedrungen, obgleich diese am meisten durch ihre Lehrsingszuchterei den Musiker schädigen neben der Konkurrenz der Militärkapellen. Vor allen Dingen sei eine Statistik über die Verhältnisse in diesen Betrieben notwendig. Die Kartelle müßten den Zentralverband in diesem Bestreben in den Orten unterstützen, in denen keine Filialen des Verbandes existieren. Auch in allgemeiner Agitation sei mehr zu leisten. Es sei dringend die Vereinigung dicht zusammenliegender Filialen zu empfehlen, schon damit diese sich nicht gegenseitig die Geschäfte abtreiben; das schädige das Ansehen der Organisation ungemein. In den Versammlungen der Filialen müsse man sich mehr mit ersten Fragen beschäftigen, statt, wie das leider vielfach der Fall sei, diese mit kleinlichen Streitereien auszufüllen. Auch die mündliche Agitation sei äußerst wertvoll und müsse darin mehr getan werden als bisher. Der Hauptfeind des Zentralverbandes und seiner Bestrebungen, die Lage des Musikerhandes zu heben, sei nicht der Unternehmer, sondern der Allgemeine Musiker-Verein. Solange es nicht gelungen sei, diesen niederzuringen, sei an ein Vorwärtskommen der Organisation nicht zu denken. Sehr zu verurteilen sei es, wenn sich Arbeiter von den „Blauen“ (Mitgliedern des Allgemeinen Musiker-Vereins) etwas vorspielen lassen und ihnen dafür noch mehr bezahlen, als den Angehörigen der modernen Organisation. Selbst Militärkapellen seien schon von organisierten Arbeitern engagiert worden. Zum Glück käme das in neuerer Zeit immer seltener vor. Die Kollegen sollten jede Gelegenheit benutzen, der gegnerischen Musiker-Organisation entgegenzutreten in der Öffentlichkeit, nicht aber mit ihnen zu partizipieren, wie das in verschiedenen Orten, z. B. in Berlin, vorgekommen sei. Nur im Gegensatz zu dem Allgemeinen Musiker-Verein könne der Zentralverband etwas erreichen.

Wille-Bremen bespricht den Bremer Musikerstreik, der vier Wochen gedauert hat. Es ist der einzige Streik, den die Organisation durchführte. Auf Unterstützung haben die Streikenden verzichtet und auch Erfolge errungen.

Jusko-Berlin entwirft ein drastisches Bild von dem Elend der Lehrlinge in den sogenannten Stadtpfeifereien in Berlin und Umgebung. Die Ausbeutung sei grenzenlos und die Ausbildung außerst mangelhaft. Auch in städtischer Beziehung sei diese Lehrsingszuchterei sehr bedenklich; denn 15- bis 16-jährige Jungen müssen oft in den berufensten Lokalen spielen und Szenen be witnessen, die erwachsenen Musikern die Schamröte ins Gesicht treiben. Für dringend erforderlich hält es Redner, daß die Zivilmusiker, soweit sie dem Zentralverband angehören, sich mehr um die politische Organisation kümmern. Damit sehe es einfach traurig aus, wenn es auch in der letzten Zeit besser geworden sei. Sonst hätten sie auch kein Recht, die Unterstützung der Partei in geschäftlicher Beziehung zu verlangen.

Colanjeschke-Berlin führt an, daß in München der Metallarbeiterverband eine Militärkapelle bei einer Festlichkeit engagiert habe. Ein solches Verhalten organisierter Arbeiter schädige den Zentralverband sehr; denn der Allgemeine Musiker-Verein gehe mit dieser Tatsache freibei, um seine Leute von dem Uebertritt abzuhalten und die Verbändler zu verhöhnen. Die Sache werde noch auf der demnächst in München stattfindenden Generalversammlung erörtert werden. Redner empfiehlt, unter den in den Stadtpfeifereien beschäftigten Gehäusen ein Flugblatt zu verbreiten, in denen ihre Lage geschildert werde.

Schoch-Hannover geht auf die den Berufsmusikern durch die Beamten-Musiker gemachte Konkurrenz ein. Ein Beamten-Musiker verdiene oft in seinem Nebenberuf als Musiker mehr wie ein Berufsmusiker.

Beholdt-Dresden rügt, daß auch in Dresden von organisierten Arbeitern Lehrsingskapellen beschäftigt wurden.

Vierler-Nixdorf macht dem Wahlverein und den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie die Stadtpfeifer mit ihrer Lehrsingszuchterei unterstützen. Die Stadtpfeifer treten oft nur in die Wahlvereine, um die Musik bei Arbeiterfestlichkeiten zu bekommen. Auch die Beamtenmusiker, die meist nicht den untersten Kategorien angehören, mögen den Berufsmusikern das Leben schwer. Der Staat soll seine Beamten so bezahlen, daß sie nicht anderen noch das Brot wegzunehmen brauchen.

Auf Antrag des Verbandsvorsitzenden wird der Tagesordnungspunkt: „Partei und Gewerkschaft und ihr Verhältnis zu den Zivilmusikern“ gleich mitterlebt, da die Debatte immer darauf übergreift.

Aus Industrie und Handel.

Zentrumsmache.

Wer das Zentrum nur halbwegs kennt, konnte nicht darüber im Zweifel sein, daß die Ultramontanen den freisinnigen Ultramontanen manche harte Rufe zu knaden geben würden. Und der Abg. Mugan dürfte schon noch erfahren, daß er schlecht beraten war, als er den Versuch unternahm, die freisinnige Volksgemeinschaft besonders glänzen zu lassen, indem er dem Zentrum die Schuld an der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit des Reichstages zuschob; er hat Geister gerufen, die den Freisinnigen noch recht un bequem werden können. Einen Vorgesmack besserer Dinge haben die Freisinnsmänner vorläufig an der Detailistenbewegung. In einer Ausschüttung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller wies Herr Dr. Gerschel darauf hin, daß die drei „Zentrums“-Kaufleute den Antrag Trimborn nicht unterzeichnet haben. Die Mittelstandsbevægung trage einen starken politischen Stich; sie werde von parteipolitischen Rücksichten getragen, viel sie dabei lediglich künstliche Mache.

Während der Wahlbevægung und auch noch nachher las man in freisinnigen Blättern die Behauptung: die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand! Hier empfängt man das Dekret: die Richtigkeit ist Sache! Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß die wirtschaftliche Revolution über viele selbständige Existenzen hinwegweht, auf allen Gebieten der Produktion und der Güterverteilung Umwälzungen vollzieht, die nicht durch Detailistenkammern, aber auch nicht durch die Mittelstandsbevægung gehindert werden können.

Geschäftsergebnisse.

Der Gewinn der Chemischen Werke vorm. Albert in Wiebrich beläuft sich auf 5 568 810 M. (im Vorjahre 4 674 141 M.), wovon die allgemeinen Unkosten von 516 616 M. (488 948 M.) in Abzug kommen. Ferner gehen ab die Abschreibungen mit 587 877 M. (490 839 M.) und die Verluste bei der Liquidation 10 648 M. (3144 M.). Dann verbleiben 4 451 667 M. (3 789 288 M.) Reingewinn. Die Aktionäre erhalten 22 1/2 Prozent. — Bergbau-Aktiengesellschaft „Justus I“ in Wolprehausen. Der Aufsichtsrat des im Vorjahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmens schlägt für das abgelauene erste Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent vor. — Der Bruttoertrag der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron liegt von 6 329 091 M. auf 7 000 271 M., der Reingewinn von

8 021 377 M. auf 3 416 059 M. 12 Prozent Dividende können zur Verteilung. — Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft. Der Reingewinn beträgt 1 073 259 M. (981 204 M.). Die Aktionäre erhalten 10 Prozent (9 Prozent). — Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden. Bei Abschreibungen im Betrage von 1 111 685 M. verbleibt ein Reingewinn von 1 756 421 M. (1 651 393 M. i. V.). 16 Prozent Dividende (15 Prozent i. V.) beanspruchen 1 400 000 M., Restante des Ausschüttungsbetrages 76 622 M. (70 330 M. i. V.). Gratifikationen an Beamte 15 000 M. — Berliner Expediteur-Verein Akt. Ges. Laut Geschäftsbericht für 1906 erzielte die Gesellschaft einen Bruttoertrag von 1 372 101 Mark (i. V. 1 327 819 M.). Die Abschreibungen wurden auf 66 780 Mark (i. V. 56 490 M.) bemessen. Aus dem 99 059 M. (i. V. 101 573 M.) betragenden Reingewinn sollen 6 Prozent Dividende auf die Stammaktien und 5 Prozent auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet werden.

Oberschlesischer Stahlverband begraben. Da die Oberschlesische Eisenbahndarfst-Aktiengesellschaft, die Oberschlesische Eisenindustrie und die Stautwitzer Aktiengesellschaft mit einem Teil des Eisenhandels Verträge abgeschlossen haben, denen die Vereinigte Königs- und Laurahütte, Bismardhütte und Vorkowwerk erklärten, nicht beitreten zu können, und da ferner diese Verträge die Bildung eines Oberschlesischen Stahlwerksverbandes unmöglich machen, sind heute die Verhandlungen auf Verlängerung beziehungsweise Erneuerung des Oberschlesischen Stahlwerksverbandes als ausichtslos abgebrochen worden.

Produktionsregelung durch das Syndikat. Ganz interessante Ausführungen über die Beschränkung der vollen Produktionsmöglichkeit durch das Syndikat enthält der Geschäftsbericht der Gesellschaft „Friedrich der Große“. Es wird da ausgeführt:

„Obgleich somit von den Syndikatsmitgliedern dauernd mit aller Kraft gearbeitet worden ist, blieb ihr Absatz gegenüber der Gesamtproduktion in Koblitz um 14,82 Proz. zurück. Diese Spannung zwischen Produktion und Leistung ist gewiß in nicht unerheblichem Maße auf den bei jeder Hochkonjunktur sich besonders geltend machenden Arbeitermangel und darauf zurückzuführen, daß die Staatsbahnenverwaltung sehr häufig die notwendigen Waggons nicht zu stellen vermag. Aber auch wir haben unter Arbeiter- und Waggomangel gelitten und dennoch ist es uns gelungen, nicht nur unsere volle Leistung zu leisten, sondern unsere Produktion allmählich so zu steigern, daß wir sie im zweiten Halbjahre 1906 in Koblitz um 24,54 Proz. und in Koks um 19,31 Proz. überschritten. Auf Grund dieses Nachweises unserer besonderen Leistungsfähigkeit haben wir zu Anfang des laufenden Jahres beim Syndikat eine Erhöhung unserer Beteiligung in Koblitz um rund 132 500 Tonnen und in Koks um rund 10 900 Tonnen beantragt. Eine formelle Vorbedingung für einen solchen Anspruch, nämlich die offizielle Freigabe der Förderung über die Beteiligung hinaus, war zwar von dem Syndikat trotz unserer beständigen rechtzeitigen Aufforderung und im offensibaren Widerspruch mit der Lage des Marktes nicht erfüllt worden. In der richtigen Erkenntnis, daß es Sinn und Wille des Syndikatsvertrages ist, wenn bei einer so günstigen Konjunktur wie der heutigen die Beteiligung der leistungsfähigeren Mitglieder nach Maßgabe ihrer wirklichen Produktion erhöht wird, hat die Jochenbesitzerversammlung vom 15. Februar d. J. unseren Antrag aber doch entpfunden, nachdem ihn der Vorsitzende in dankenswerter Weise befürwortet hatte. Unsere Beteiligung beträgt nunmehr mit Gültigkeit vom 1. Januar d. J. in Koblitz 721 500 Tonnen und in Koks 202 900 Tonnen.“

Es dürfte dem Syndikat schwer werden, den Nachweis zu führen, daß es der heimischen Industrie die Verdrängung des Bedürfnisses nach Brennmaterialien nicht erschwert habe.

Gewerkschaftliches.

Wer übt Terrorismus?

Eine gewisse Presse müht sich tagtäglich ab, durch das Erzählen mehr oder minder phantastischer Anekdoten den Beweis zu erbringen, daß die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ein nur durch die Terrorisierung der Massen aufrecht zu erhaltendes Schreckenregiment in Deutschland führen. Ueber den Terrorismus aber, der gegen Mitglieder der freien Gewerkschaften so zahlreich gelibt wird, schweigt sich diese selbe Presse vollständig aus. Und doch leisten gerade die sogenannten „nationalen“ Verbände — von dem Aussperrungsstieber der Unternehmer ganz abgesehen — ganz Hervorragendes in dieser Beziehung.

Ein solcher Vorgang, der wohl an Niedrigkeit der Gesinnung kaum noch zu überbieten ist, hat sich kürzlich in Braunschweig abgespielt. Dort besteht ein sogenannter Kreisverein des Verbandes deutscher Bureaubeamten zu Leipzig, eines Verbandes, der „in Treue zu Kaiser und Reich für die Förderung der Standesinteressen usw.“ eintritt. Dieses Programm behagte jedoch einzelnen Mitgliedern nicht, und da alle Reformversuche mißlangen, bildete sich jüngst in Braunschweig eine Ortsgruppe des auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Zentralvereins der Bureauangestellten, der sich bald die Sympathie der denkenden Bureauangestellten erwarb. Der Leipziger Verband wußte sich daraufhin keinen anderen Rat, als die Parole auszugeben, die Mitglieder des Zentralvereins aufzuspiiren und bei den Arbeitgeber als Umsfützler zu denunzieren, die niemand beschäftigen dürfe. In Ausführung dieses sauberen Planes hat nun der genannte Braunschweiger Kreisverein folgendes Schreiben an die Arbeitgeber losgelassen:

Braunschweig, den 22. März 1907.

Sehr geehrter Herr!

Wir gestatten uns, Ihnen folgendes zu unterbreiten: In Berlin besteht ein Zentralverein der Bureauangestellten, welcher auf sozialdemokratischer Grundlage steht und auch der Generalkommission angeschlossen ist. Von diesem Zentralverein hat sich hier ein Kreisverein, eine sogenannte Mitgliedschaft, gebildet.

Dieser Mitgliedschaft gehören als Vorstandsmittglieder an, die bisher auch in unserem Verbands als Mitglieder aufgenommenen

Bureauvorsteher Jaenide, bei Herrn Rechtsanwält Dr. Jolper, und

Bureauvorsteher Engelle, bei Herrn Rechtsanwält Dr. Lopp.

Da dieselben durch Wort und Schrift versucht haben, unsere Mitglieder dem Zentralverein zuzuführen und ein mit den üblichen Schlagwörtern gepimtes Flugblatt des Zentralvereins an unsere Mitglieder gelangt haben, worin dieser in der jedem anständigen Verbands fremden Weise unsere Mitglieder auffordert, auszutreten und es abtun, die Verbindlichkeiten bei uns für die Auszutretenden zu erfüllen, hat der Kreisverein den Ausschluß dieser netten Herren aus dem Verbands beim Vorstands beantragt.

Wir gestatten uns, einen Artikel des hiesigen „Vollstreubtes“ vom 21. Oktober v. J. vorzulegen, worin der neue Verein als eine kraftvolle Organisation in den sozialdemokratischen Reihen begrüßt wird und die Parteigenossen aufgefordert werden, ihre Söhne nicht in andere Vereine, welche für Klimdimvereine erklärt werden, eintreten zu lassen.

Das übrigens diese Puff bei den jungen Leuten gezogen hat, beweisen folgende Namen, welche Mitglieder des Zentralvereins geworden sind:

- Walter Born, h. Herrn R.-A. Dr. Topp.
- Willy Gorchers, h. R.-A. Dr. Jasper.
- Fritz Boffel, h. R.-A. Dr. Jasper.
- August Stadau, h. R.-A. Dr. Jasper.
- Gustav Richter.
- R. Fischer, h. R.-A. Magnus.
- G. Cartal, h. Dampf- u. Heber-Verein.
- A. Zimmermann, h. G. Lützer, Alt.-Ges.
- Willy Wild, h. R.-A. Lübbe.

Wir werden selbstverständlich für diese Genannten nicht unsere Eintritte, insbesondere auch nicht unsere Stellenvermittlung zur Verfügung halten, wovon wir ergebenst Kenntnis zu nehmen bitten.

Zugleich bitten wir, da bekanntlich die jüngeren Leute für die Bestrebungen der Sozialdemokratie sehr empfänglich sind und sich schon junge Leute im Alter von 17-18 Jahren für die Sozialdemokratie begeistern, Ihre Angestellten zu warnen, dem Rufe des „Volksfreundes“ zu folgen.

#### Hochachtungsvoll

Kreisverein Braunschweig im Verbande Deutscher Bureaubeamten zu Leipzig.

#### Der Gesamtverband.

Der Zweck dieses Urteils ist ja offenbar der, die Arbeitgeber zur Entlassung der Betroffenen zu veranlassen. Denn was könnte es die Arbeitgeber sonst interessieren, daß den Mitgliedern des Zentralvereins von einem Verbands, den sie gar nicht in Anspruch zu nehmen gedenken, keine Stellen vermittelt werden sollen? Die Mitglieder des Zentralvereins sind doch nicht stellungslos; also soll damit gesagt sein, die als sozialdemokratisch denunzierten Angestellten müssen entlassen werden!

Diese Kampfesweise ist so recht bezeichnend für die „nationalen“ Verbände. Sie üben schamlos Verrat an den eigenen Kollegen. Voller Hinterlist und Heimtücke, so feige, um offen ihre Ansicht zu vertreten, versuchen sie Anderdenkende durch Untergrabung der Existenz gewaltsam zu unterdrücken. Das ist Terrorismus der allerwertvollsten Art.

#### Berlin und Umgegend.

##### Die Bewegung in der Holzindustrie.

Zur Weilegung der Aussperrung in der Holzindustrie haben Mittwoch und Donnerstag Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts stattgefunden. Der Schiedspruch soll am Montag, den 20. April, verkündet werden. Inzwischen treten die Zentralverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeberorganisation zu Verhandlungen über die Beendigung der Aussperrung in der übrigen Städte zusammen.

##### Der Friede im Steinschlaggewerbe gesichert.

Am Donnerstag fanden sich die vier vereinigten Innungen zusammen, um endgültig über den von der paritätischen Schlichtungskommission ausgearbeiteten Tarif zu beschließen. Derselbe wurde denn auch ohne weitere Änderungen angenommen und stehen jetzt auf Seiten der Arbeitgeber nicht mehr wie bisher die vier Innungen als Tarifkontrahenten, sondern der neugegründete Arbeitgeberverband der Provinz Brandenburg. Es wurde auf diesbezüglichen Antrag weiter beschlossen, daß die Gültigkeit des Tarifes vom 22. April lautet, mithin hat die Lohnzahlung am Sonnabend, den 27. April schon nach den Bestimmungen dieses Tarifes zu geschehen. Ueber eine Verschmelzung der beiden Tarife, des Steinschlag- und Kammer-Tarif, hat die Schlichtungskommission zu entscheiden. Wo die Zahlung am Sonnabend für Steinschlag sowohl als für Kammer nicht geschieht, ist der Schlichtungskommission Nachricht zu geben.

Achtung, Klempner! Die Firma Schindler, Eisenerstr. 78, ist für Klempner gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die streikenden Drahtarbeiter hielten am Donnerstag wieder eine Versammlung ab. Ueber die Situation des Streiks wurde folgendes berichtet: Am Sonntag hatten die Unternehmer eine Versammlung, wo sie einen Verband für ganz Deutschland gründeten. Das sonst noch beschlossen wurde, ist nicht bekannt geworden. — Die vom Streik betroffenen Unternehmer sind nach wie vor bemüht, Streikbrecher von außerhalb zu bekommen. Das Ergebnis aller Bemühungen war, daß die Firma Kern u. Wubewitz vier Arbeitswillige aus Schlesien bekam. Da die Versuche, Streikbrecher in ausreichender Zahl zu gewinnen, den gewünschten Erfolg nicht haben, so bemüht man sich, die Streikenden selbst zum Umfall zu bewegen. So hat ein Beauftragter der Firma Heine die streikenden Arbeiter einzeln aufgesucht und ihnen alle möglichen Versprechungen gemacht, um sie zur Ausnahme der Arbeit zu bewegen. Den Arbeitern wurde in Aussicht gestellt, daß sie zu Meistern gemacht werden und einen Vertrag für ein Jahr abschließen sollen. Es sollte alles, was die Arbeiter fordern, bewilligt werden, nur unterschreiben könne die Firma nicht. Aber alle diese Versprechungen hatten keinen Erfolg. Nur zwei Arbeiter ließen sich betören, die übrigen blieben fest und lehnten alle Angebote der Firma ab. Die beiden Abtrünnigen erhalten mehr als gefordert wurde, wodurch aufs neue bewiesen ist, daß die Forderungen der Arbeiter sehr wohl bewilligt werden können. Auch von der Firma Wolf u. Friedrich wurde ähnliches berichtet. Aus alledem geht hervor, daß die Fabrikanten in Verlegenheit sind. Sie können eben ohne die eingearbeiteten Kräfte auf die Dauer nicht auskommen. Die Fabrikanten, welche die Forderungen bewilligt haben, machen glänzende Geschäfte, sie stellen täglich neue Arbeiter ein, um die Aufträge, mit denen sie überhäuft sind, ausführen zu können. Die Sache der Streikenden steht gut. Wenn sie so aushalten, wie bisher, woran nicht zu zweifeln ist, so wird die Bewegung mit einem Siege enden. Wenn auch der Streik noch einige Zeit dauern sollte, so werden sich, wie in der Diskussion allseitig betont wurde, die Streikenden dadurch nicht in ihrer Haltung beeinflussen lassen, ebensowenig durch die Drohung der Fabrikanten, es würden schwarze Listen aufgestellt und die Streikenden in ganz Deutschland keine Arbeit mehr finden. Die Streikenden sind entschlossen, den Kampf bis zu einem günstigen Erfolge zu führen. — Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß die zu den geforderten Bedingungen in Arbeit stehenden Drahtarbeiter mit grünen Berechtigungskarten versehen sind, welche den Bauarbeitern gegenüber als Ausweis dienen. Die Bauarbeiter werden ersucht, das zu beachten.

##### Ein Tarifvertrag der Militärschneider Berlins

ist durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern zustande gekommen. Vor vier Jahren führten die Militärschneider einen langwierigen Kampf, ohne etwas zu erreichen. Sie haben seitdem unermüdet an der Stärkung ihrer Organisation gearbeitet, und als sie nun am 18. März d. J. von neuem Forderungen zur tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einreichten, zeigten denn auch die Arbeitgeber etwas mehr Entgegenkommen als damals. Die Kommission, die mit den Arbeitgebern verhandelt hatte, gab am Mittwoch einer Versammlung der Militärschneider, die in den „Johannisfließen“ tagte, Bericht von dem Ergebnis. Der Tarifvertrag ist auf vier Jahre abgeschlossen. Die Tarifvorlage der Arbeitnehmer fand im allgemeinen, mit einigen Änderungen, die Zustimmung der Arbeitgeber. Besonders wichtig erscheint die Abschaffung des Prozentmehrsens, das nach dem verlorenen Streik von 1903 allgemein gemacht wurde. Damals bewilligten die Arbeitgeber eine sonderbare Art Lohnaufschlag von 7 Proz., die als eine Garantie gegen etwa auftauchende Streikgelüste der Gehälfen gelten und den Gutgeheimten halbjährlich ausbezahlt

werden sollte. Jemand ein Nagel auf diese Procente wurde den Gehälfen nicht zugestanden, was dann auch für Entscheidungen des Gewerbegerichts maßgebend wurde. Bei den Tarifverhandlungen wurde nun erreicht, daß diese Prozentberechnung abgeschafft wird. Die angesammelten Prozentgelder werden den Gehälfen ausbezahlt. Im neuen Tarif wurden diese 7 Proz. auf die bisher üblichen Lohnsätze aufgeschlagen, außerdem aber wurden die Preise für Großstücke noch um 5 Proz., die für Hosen und Besatzarbeit um 8 Proz., die Preise für einige besonders schwer zu verarbeitende Stücke noch etwas mehr erhöht. Der Zeitlohn wurde für Stundenarbeit auf mindestens 50 Pf. festgelegt, der Minimallohn für Tagelöhner auf 32 Pf. für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 3,50 M. gezahlt. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Die Lohnzahlung soll freitags bis spätestens 7 Uhr abends erfolgen. Der Tarifvertrag soll von der nächsten Woche ab gelten.

Von der Versammlung wurde der Tarifvertrag nach längerer Diskussion gutgeheißen.

Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Knabenkonfektion, wie die geschaffen werden können, das war die Frage, die am Dienstag auf der Tagesordnung einer Versammlung stand, welche für die im Osten und Südosten Berlins wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche einberufen war und bei Haberecht in der Großen Frankfurterstraße tagte. Der Referent Währ gab die Antwort, daß Verbesserungen nur durch einmütiges Handeln in einer starken Organisation zu erreichen sind, eine Tatsache, die allmählich auch der Masse der in der Konfektion tätigen Frauen wie Männer klar werden sollte und auch klar wird. Daß die Löhne in der Knabenkonfektion dringend der Verbesserung bedürfen, ist wohl hinreichend bekannt, und darüber herrschte selbstverständlich auch in der Versammlung kein Zweifel. In der Diskussion wurden einige Beispiele der elenden Arbeitslöhne angeführt, wie man sie eben nur armen, in ihrer großen Masse noch unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeitern zu bieten wagt und leider auch noch mit Erfolg bieten kann. Da wurde mitgeteilt, daß für Knabenhosen 15 Pf., ja sogar 12 1/2 Pf., daß für Jaden 85 Pf., für ganze, große Knabenanzüge 65 Pf., für große Capes mit Taschen, wozu eine Arbeiterin in ihrem langen Arbeitstag kaum zwei fertigmachen kann, 60 Pf., ja nur 50 Pf. gezahlt werden. Sehr treffend bemerkte eine Diskussionsrednerin, daß, wer Einsicht in diese Verhältnisse gewinnt, geradezu empört werden muß über die elende Bezahlung, die hier den Arbeiterinnen für ihre kostlose, aufreibende Tätigkeit geboten wird, die ihre Kräfte frühzeitig aufzehrt, sie aufs Krankenlager wirft, wie dies ja deutlich genug in den Jahresberichten der Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen zutage tritt. Allgemein war in der Versammlung die Ueberzeugung, daß endlich einmal auch für diese Branche Tarife geschaffen werden müssen, die der Willkür in der Ausbeutung der Arbeitskräfte gewisse Grenzen setzen, daß aber dazu eine starke Organisation notwendig ist, die zu schaffen und auszubauen jeder mitwirken muß, der selbst zu dieser Einsicht gelangt ist.

Zur Dachdeckerbewegung. Die Zahl der Ausständigen ist jetzt auf 400 gestiegen, was darauf zurückzuführen ist, daß in Ausführung der letzten Versammlungsbeschlüsse ein Teil der Dachdecker aus solchen Werkstätten herausgeholt worden sind, in denen Streikarbeit verrichtet werden sollte. Es laufen täglich Bewilligungen ein. Die Stimmung und die Disziplin der Streikenden ist eine gute. Bei der Entnahme der Berechtigungskarte für diejenigen Dachdecker, welche zu den alten Bedingungen arbeiten, wird die Beobachtung gemacht, daß verschiedene Arbeitgeber ihre Leute nicht ausgesperrt haben, obgleich sie Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind. Alle Dachdecker, welche ohne Arbeitsberechtigungskarte arbeiten, sind als Arbeitswillige zu betrachten.

Die streikenden Leitergerüstbauer versammelten sich am Mittwochabend im „Englischen Garten“ zur Beratung der Lage, die im allgemeinen von Hannemann als günstig geschildert wurde. Wo es den Unternehmern gelingt, Arbeitswillige heranzuziehen, da bekommen sie selten einen guten Arbeiter, und sie müssen sich mit unfähigen Leuten begnügen. Daß darin aber zugleich eine große Gefahr für das Publikum liegt, bewies ein Unglücksfall am Mittwoch morgen zwischen 7 und 8 Uhr in der Scharnweberstr. 4 zu Friedrichsberg. Der 63jährige Köpfer Henke, der abmühselos an dem Hause vorüberging, wurde von einer herabfallenden starken Wöhle getroffen und getötet. (!) Dort waren arbeitswillige Leitergerüstbauer angestellt; eine Firma „Heinrich“ hatte den Bau übernommen; aber den Streikenden ist diese Firma nicht bekannt. Es soll an der Unglücksstelle auch an der vorgeschriebenen Sperrung durch die Polizei gemangelt haben. — Die Unternehmer wissen ihre alten sachkundigen Leute wohl zu schätzen; das zeigt sich an manchen Bemerkungen, sie in Bereitschaft zu halten, sobald der Streik beendet ist. Krudt in der Eibingerstraße läßt es nicht an Versprechungen fehlen, aber er versteht, die Sachen hinzuziehen und versucht, die Leute zu bewegen, vorläufig als Tagelöhner Beschäftigung anzunehmen; später würde er unterschreiben, so tröht er sie. Auf solche Vorschläge sollte sich niemand einlassen, erst muß der Vertrag unterschrieben sein, ehe die Arbeit aufgenommen wird. — Ein Unternehmer meinte: „Ein Teil von uns macht die Dummheit bei der Geschichte; Krudt und Altmann können lachen, die lassen arbeiten und ich sitze fest mit Aufträgen für 87 Wüstungen!“ — Die Unternehmer haben sich geirrt, wie Werner anführte; sie waren sicher, daß der Streik am Montag zusammenbrechen würde und sehen jetzt mit Unbehagen, daß die Arbeiter mit derselben Einmütigkeit weiter aushalten. Wenn sich keine Abtrünnigen finden, können die Unternehmer keine Geschäfte machen, denn die neuangeworbenen Leute, so viele sich auch melden mögen, können die alten, geübten Arbeiter nicht ersetzen. Trotzdem ist der Sieg nicht leicht zu erkämpfen und noch den Verichten der Vertrauensleute wäre es notwendig, den Streikpostendienst noch besser wie bisher zu versehen.

##### Lohnbewegung der Kurbelsticker und Stickerinnen.

Die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten bereits mehrere Versammlungen abgehalten, um über Mittel und Wege zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu beraten. In ihrer letzten Versammlung beauftragten sie eine Dreizehner-Kommission, einen neuen Lohnsatz auszuarbeiten. Dieser Tarif lag Mittwochabend einer Versammlung, die in den Industriehallen tagte, zur Beschlußfassung vor. Die Hauptforderungen sind: Die Kurbelsticker und Stickerinnen erhalten einen Mindestlohn von 80 Pf.; Ueberstunden werden mit 1 Mark entlohnt. Bei Akkordarbeit darf der Verdienst nicht unter 1 M. die Stunde betragen und Ueberstunden 25 Pf. Zuschlag. Rahmenstickerinnen 90 Pf.; Passierinnen 50 Pf., andere Hilfsarbeiter 30 und 40 Pf. die Stunde, Ueberstunden 20 Pf. Zuschlag, bei 9stündiger Arbeitszeit. Von den besonderen Bestimmungen sind hervorzuheben: Den in Werkstätten Beschäftigten dürfen keine Arbeiten mit nach Hause gegeben werden. Bei Arbeitsmangel ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Kurbelsticker, die hauptsächlich in der Damenkonfektion ihre Beschäftigung haben, sind nur Saisonarbeiter, die nach der vorläufigen Statistik etwa 18 Wochen im Jahre in diesem Fache Arbeit haben und während der übrigen Jahreszeit sich anderweit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Der Durchschnittslohn soll während 18 Wochen etwa 25 Mark betragen. Die Arbeitgeber sollen bereits mit Aussperrung gedroht haben, im Fall die Arbeiter sich „mauwig“ machten. — Der Tarif wurde angenommen und das Bureau beauftragt, denselben den Arbeitgebern mit einem Anschreiben zu unterbreiten.

##### Deutsches Reich.

##### Achtung, Kohleleger und Helfer!

Der Krankenhausbau in Rathenow ist für Holzgerüstmonteure gesperrt. Es ist Hamburger Arbeit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Um eine Verständigung herbeizuführen, haben die Tischler Brombergs, welche seit dem 2. April 1907 im Streik stehen,

nachträglich ihre Forderungen auf Erhöhung des Zeitlohnes sowie des prozentualen Zuschlages auf Stücklohnarbeit herabgesetzt. Sie machten den Arbeitgebern den Vorschlag, eine Lohnserhöhung von 2 Pf. sogleich, eine fernere von 2 Pf. am 1. April 1908 und eine weitere von 1 Pf. am 1. April 1909 pro Stunde eintreten zu lassen. Bezüglich der Akkordarbeit schlugen die Streikenden vor, sofort einen fünfprozentigen und vom 1. April 1908 bis 1910 einen weiteren fünfprozentigen Zuschlag zu gewähren. Demgegenüber gestanden die Arbeitgeber ihnen zu: für Zeitlohnarbeit für 1907 2 Pf., 1908 ferner 1 Pf. und 1909 weitere 2 Pf. pro Stunde Zuschlag; für Stücklohnarbeit für 1907 bis 1908 2 Proz. und von 1909 bis 1910 weitere 4 Proz. Zuschlag. Da die Arbeitnehmer die Zugeständnisse der Arbeitgeber nicht akzeptierten, sondern von ihren jetzt gestellten Bedingungen nicht mehr abließen, zogen die Arbeitgeber nunmehr die gemachten Zugeständnisse zurück.

##### Zur Aussperrung im Guleugebirge.

In allen Betrieben der der Unternehmerorganisation angehörenden Textilindustriestellen werden die Rückbildungen der organisierten Arbeiter fortgesetzt; schon sind die ersten Aussperrten vorhanden. Einigungsverhandlungen, deren Erfolg abgewartet werden muß, sind eingeleitet worden.

##### Zur Lohnbewegung der Zimmerer Düsseldorf.

Die zwischen den Zimmermeistern und den Organisationsvertretern der Zimmerer gepflogenen Verhandlungen haben nicht zu einer Einigung geführt. Die Vertreter der Meister erklärten sich bereit, bei ihren Mandatgebern in Vorschlag zu bringen, den Lohn für Zimmerer sofort von 60 Pf. auf 63 Pf. und vom 1. April 1908 auf 65 Pf. pro Stunde zu erhöhen, jedoch müsse alsdann ein Vertrag bis zum Jahre 1910 abgeschlossen werden. Mit diesem Angebot beschäftigte sich eine Versammlung des Zentralverbandes, welche das Angebot einstimmig ablehnte, und da nach den Ausführungen der Meister weitere Verhandlungen zwecklos sind, wurde mit Abgroßer Mehrheit beschlossen, sofort in den allgemeinen Streik einzutreten. — Der Zugang von Zimmerern ist somit vor Düsseldorf und Umgegend streng fernzuhalten.

##### Berdienern machen ein hinter die langen Ohren!

In bekannt frecher Weise hatte die „Schlesische Zeitung“, das Hauptorgan der Bauern, gelogen, daß die Langenbiclauer Maurer, die mit den Unternehmern einen auf zwei Jahre lautenden Tarif abgeschlossen haben, den Tarif gebrochen hätten. Darauf muß sich die „Schlesische“ eine nicht so Deutlichkeit übrig lassende Verichtigung des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe des Kreises Reichenbach i. Schl., Herrn Emil Berler-Langenbiclaer, gefallen lassen, wonach der Tarif von den Maurern durchaus inne gehalten wird und niemand daran denke, den Tarif zu brechen.

Wenn schon Unternehmer sich verpflichtet fühlen, dem Dresdener Scharfmacherorgan Verichtigungen zu senden, dann muß das Blatt wirklich arg geschwindelt haben und das ist in der Tat so.

##### Zum Streik bei Seidel u. Raumann.

Streikbrecherimport im größeren Umfange betreibt die Firma Seidel u. Raumann zu Dresden. Dienstnachts traf aus Hinter-Schlesien ein Transport — circa 80 — Arbeitswillige, Frauen und Männer, in sehr reduzierterem Zustande, teilweise barfuß, auf einem Viehwagen in der Nähe des Betriebes der Firma ein, von wo aus sie direkt unter dem Schutz von circa 30 Gendarmen in die von der Firma in ihrem Betriebe errichtete „Herberge“ gebracht wurden. Die Staatsbahnverwaltung mißt sich also nach berühmten Mustern gleich der Polizei auch in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit ein.

Wenn man das Arbeitswilligenmaterial ansieht, das die Firma heranführt, dann kann man ohne weiteres sagen, daß der Firma mit solchen Leuten nicht im geringsten gedient ist. Damit läßt sich so billige Arbeit nicht bezwecken. Diese Arbeitswilligenführer soll denn auch wohl nur bezwecken, die Streikenden manlehmäßig zu machen. Bis jetzt ist aber trotz aller Maßnahmen noch niemand umgefallen.

In den Berliner Herbergen zur Heimat wird alles aufgefressen, was sich irgendwie arbeitswillig zeigt. Der Menschheit ganzer Jammer saht einen an, wenn man diese Gestalten sieht. Immerhin sollte dafür gesorgt werden, daß der Zugang vor Berlin ganz aushört!

Das unberechtigte Streikpostenverbot der Polizeidirektion ist immer noch nicht aufgehoben. Auch die Beschwerde über diese Maßnahme bei der Kreishauptmannschaft ist noch nicht entschieden. Man wartet damit vielleicht bis nach Beendigung des Streiks.

##### Der gelbe Vorderkranz.

Bei der Jahresversammlung des gelben Vereins der Maschinenfabrik Augsburg (Ründerberg) wurde beim Chorgesang der Gelben den Direktoren Bug und Dr. Guggenheimer in feierlicher Zeremonie ein gelber Kranz aufs Haupt gesetzt. Die beiden als Schatzmacher innerhalb der bayerischen Metallindustrie bekannten Herren wurden von dem Streikbrecherverein zu Ehrenmitgliedern ernannt! Sie haben verdient.

## Soziales.

### Kindermarkt.

In welcher unverantwortlicher Weise Geisliche als Vermittler für Kinderausbeutung sorgen, zeigt folgende, einem ultramontanen Blatte entnommene Schilderung des Friedrichshafener Kindermarkts, der am 11. d. M. in Friedrichshafen abgehalten wurde: „Gestern abend 1/2 10 Uhr sind die Tiroler Hütelinder von Landegg aus abgehoben und heute morgen 8 Uhr mit Extrazug von Drogen hier eingetroffen. Es waren 180 Knaben und 40 Mädchen im Alter von 11-18 Jahren. Der sogenannte „Kindermarkt“ war sofort ein sehr reger. Man glaubt immer, die Nachfrage werde wohl heuer eine unbedeutende sein, zumal ja manche Dienstherren schon am 22. März hier waren und, wie schon berichtet, damals unverrichteter Sache abreisen mußten, weil die Hütelinder infolge Sperrung der Kelberger Bahn nicht abreisen konnten. Trotzdem fanden sich aber heute wieder mehrere hundert Dienstherren aus den Oberämtern Tettnang, Ravensburg, Waldsee, Reutlingen, Wangen, Hiberach, Saulgau, Ehingen, Sigmaringen, Konstanz, Radolfzell, Ueberlingen, Schaffhausen, Pfaffenlocher, Thurgau, Stodach, Bonndorf usw. usw. hier ein, und die Hütelinder erzielten Löhne von 40 M. bis 170 M. samt dem ortsüblichen „doppelten Obwand“. Diese Löhne sind sehr hohe zu nennen, namentlich in anbeacht der Kürze der Dauer (12. April bis 28. Oktober) des Dienstverhältnisses. In Württemberg sind die Hütelinder nicht schulpflichtig, wohl aber in Baden und Hohenzollern. Die Reisebegleitung der Kinder hatten übernommen die Kapläne Alois Klein und Wilhelm Kerber in Landegg, Dietel in Pians und Halbeis in Imst. Diese Herren schlossen auch mit den Dienstherren im Gasthof zum „Ad“ die Verträge ab. Durch letztere verpflichteten sich die Dienstherren, das Hütelind in ihren Dienst zu nehmen, dasselbe zu füttern, Besorgung von Pferden, zu Diensten, als Kindsmädchen zu verwenden gegen den festgesetzten Lohn, ordentliche Kleidung und Hosiery, ohne Abzug der Kosten für Krankenpflege. Der Dienstgeber verpflichtet sich außerdem, den jugendlichen Arbeiter so, wie es einem braven Hausvater zusteht, zu behandeln, denselben nach Ordnung und guten Sitten anzuhalten und insbesondere auch denselben an Sonn- und Feiertagen regelmäßig in die H. Messe und in die Kirchenlehre zu schicken, ihm auch Gelegenheit zu bieten, daß er einigemal die hl. Sakramente empfangen kann. Die Rückfahrt nach Friedrichshafen erfolgt auf Kosten des Dienst-

gebend. Das Hülfskind hat sich im Dienort bei dem betreffenden Pfarrer mittels Weidelande vorzustellen und das Pfarramt wird ersucht, das Kind in religiös-sittlicher Beziehung zu beaufsichtigen, vor schlechtem Einfluß zu bewahren, eventuell Klagen des Dienstgebers oder des Kindes zu untersuchen und zu schlichten und der Fortsetzung des Vereins für Hülfskinder und jugendliche Arbeiter in Gombegg mitzutheilen, dem Kind in jeder Beziehung zu rathen und zu helfen, auf Einhaltung der Bedingungen des Dienstvertrages zu dringen und nach Ablauf der Dienstzeit ein Sittenzugnis auszustellen. Das auch der Humor auf dem Kindermarkt nicht fehlt, das beweist folgende ergötzliche Geschichte von heute. Zwei Dienstherrinnen aus Sigmaringen und Sigmaringendorf wollten unter der Bahnhofshalle drei Knaben bingen. Einer der Knaben stellte die Frage: „Wo seid Ihr her?“ Auf die gegebene Antwort fragte der Knabe weiter: „Sind Sigmaringen und Sigmaringendorf preussisch?“ Als der Dienstherr mit „Ja“ antwortete, sprangen die Knaben davon und riefen: „Du de Preuze gang et mit.“ Der andere Dienstherr schrie argwöhnisch: „Wenn America preussisch war, ging kein einziger nei.“ Dieses Intermezzo rief fürnische Heiterkeit unter dem neugierigen Publikum hervor.

### Übermal Konkurrenzklage.

Einer der Dußend Konkurrenzklagen, die das Warenhaus Wertheim trotz des einmütigen Widerspruchs in der Öffentlichkeit durchzuführen gedachte, gelangte am Mittwoch vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichtes zur Verhandlung. Die Klage richtete sich diesmal gegen die Verkäuferin Frieda Ledig, die im Warenhaus Wertheim ein Monatsgehalt von 140 M. bezog und in das Kaufhaus des Westens mit einem Gehalt von 200 M. übertrat, trotzdem sie die bekannte Konkurrenzklause unterzeichnet hatte. Der Vorsitzende legte dem klägerischen Vertreter eindringlich nahe, dieser Angelegenheit, die nun soviel die Öffentlichkeit und erst in diesen Tagen das Parlament beschäftigt hat, durch Zurück-

nahme der Klage einen friedlichen Abbruch zu geben. Er knüpfte an die am Montag im Reichstage getragene Wahrung des Staatssekretärs Dr. Rieberding an und bemerkte, daß nach der Gesetzesänderung, wie sie aller Voraussicht nach eintreten werde, ähnlichen Klagen auf Grund von Konkurrenzkläuserverträgen ein Riegel vorgeschoben würde. Aber auch aus moralischen Gründen sollte die Firma Wertheim die Klage zurückziehen. Was schade ihr der Austritt einer Verkäuferin für die ihr stets vielfacher gleichwertiger Ersatz zur Verfügung stände. Wer könne es aber andererseits einem jungen Mädchen verdenken, wenn es die Gelegenheit einer so erheblichen materiellen Besserstellung — 60 M. monatlich — ergreife?

Trotz dieser Vorhaltung hielt der Vertreter der klägerischen Firma die Klage wie auch den Antrag auf Haftstrafe aufrecht. Er führte aus, er habe das Gesetz nicht gemacht, und solange ihm das Gesetz zur Seite stünde, verlange er auch sein gesetzliches Recht. — Das Kaufmannsgericht beschloß, erst die Entscheidung des Landgerichtes abzuwarten, welches in dem ersten Prozeß gegen die Verkäuferin Fräulein Eisenstadt das Berufungsurteil zu fällen hat. Nach Kenntnisnahme der Entscheidung und Begründung des Berufungsgerichtes wird das Kaufmannsgericht in der vorliegenden Sache sein selbständiges Urteil fällen.

Unseres Erachtens hätte aus den von uns am 10. Februar bei Gelegenheit der ersten Konkurrenzklage angeführten Gründen das Kaufmannsgericht die Klage sofort abweisen können und sollen, da auch diese Konkurrenzklause dem § 188 des Bürgerlichen Gesetzbuches widerspricht, der einen Vertrag für nichtig erklärt, der gegen die guten Sitten verstößt.

### Vermischtes.

Ein Waldbrand brach gestern bei Tifens aus, der infolge der herrschenden Trockenheit rasch um sich griff. Das Dorf Tifens

schwebt in großer Gefahr; einige Gehöfte sind, wie gleichfalls aus Innsbruck gemeldet wird, dem Feuer bereits zum Opfer gefallen.

Neue Erdbeben. Gestern früh 5 Uhr 58 Minuten wurde in Bozen ein kurzes, ziemlich heftiges Erdbeben verspürt. Auch in Verona wurde eine starke wellenförmige Erderschütterung wahrgenommen, um 7 Uhr 9 Minuten eine zweite. Obwohl kein Unfall eintrat, war die Bevölkerung doch sehr beunruhigt.

Die aus Rom berichtet wird, wurde gestern früh kurz vor 6 Uhr in Padua, Gelo, Mantua, Cremona, Piacenza und Urbino ein Erdbeben verspürt, das auch die seismographischen Apparate in Domodossola, Roncalieri, Porto Maurizio, Robena und Florenz registrierten.

Ein Alter von 150 Jahren hat nach einer Meldung aus Santiago de Chile ein dort jetzt verstorbenen Regent erreicht.

Der verlorene „Bruder“ ist eine englische Schwindler-Spezialität. Vor einem Londoner Gerichtshof wurde jüngst ein Mann wegen Betruges in drei Fällen verurteilt. In vielen anderen Fällen konnte man seine Schuld als „verlorener Bruder“ nicht genügend beweisen. Er verstand es, Personen zu finden, die in den englischen Kolonien irgendein Verwandte besaßen, von denen sie seit Jahren nichts mehr gehört hatten. Nachdem er sich um die näheren Verhältnisse solcher Leute etwas gefürchtet hatte, trat er auf als der lang verlorene Bruder oder Vetter aus Kanada, Australien, Indien oder sonstwo her. Er ließ sich gut bewirten, nahm bei der ersten Gelegenheit einen guten Pump aus und verschwand wieder. In einem Falle ließ er eine alte reiche Dame in der Nacht wecken und fiel ihr, vor Freude laut weinend, um den Hals und begrüßte sie als „seine liebe Schwester, die er nach 25 Jahren wieder sah“.

Zu solchen Kolonialschwindlern haben wir es in Deutschland noch nicht gebracht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag, den 26. April.  
Agl. Schauspielhaus. Julius Cäsar. Neues Agl. Opernhaus. Ges. Schloßen.  
Deutsches. Der Gott der Rache. Kammerstücke: Aglanahne und Schlette. (Anfang 8 Uhr.)  
Festung. Die Stützen der Gesellschaft. Vortrag. Fra Diavolo.  
Anfang 8 Uhr.  
Agl. Opernhaus. Salome. Neues Schauspielhaus. Mt. Deibelberg.  
Berliner. Die Ellenore.  
Schiller O. (Wagner-Theater.)  
Traumulus.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Meloch. Der zerbrochene Krug.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshilfliches Theater.) Am grünen Weg.  
Römische Oper. Don Juan.  
Zentral. Der lustige Krieg. Wespen. Die lustige Witwe.  
Nachmittag 3 Uhr: Dramatische Aufführungen.  
Kleines. Das Ruckfussel.  
Neues. Der Dieb.  
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?  
Lustspielhaus. Gufarenfieber.  
Zentral-Theater (Operette).  
Wende 8 Uhr:  
Der lustige Krieg.  
Operette in 3 Akten von J. Strauß.  
Schiller-Theater N.  
Friedrich-Wilhelmshilfliches Theater.  
Sonnerpreise. Anfang 8 Uhr.  
Unsere Kate.  
Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und G. Weber.  
Robert de Arden: Rich. Alexander.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schloßagentenkontrolleur.  
Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Anfang 8 Uhr.  
Lenore oder: Die Grabeshraut.  
Schauspiel mit Gesang in drei Akten von H. v. Holten.  
Sonnenabend: Eine offizielle Frau.  
Sonntag 8 Uhr: Eine offizielle Frau.  
8 Uhr: Trompeter von Sadowitz.  
Montag zum 1. Male: Freie Liebe.  
Lebensbild in 4 Akten v. Stowozky.  
Deutsch-Amerikanisches Theater.  
Gastspiel des Theater des Westens: Leben Abend 8 Uhr bis 10. April inkl.  
Mamselle Nitouche.  
Celestin. Chm. Löwe a. G.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Troubadour.

Ferdinand Bonn  
Berliner Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Sittennote.  
Sonnenabend, Sonntag: Die Sittennote. Montag: Der Richter von Solamea.

Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 26. April 1907:  
Alt-Heidelberg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnenabend:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.

Loring-Theater  
Boleslawstr. 7/8.  
Freitag, den 26. April 1907:  
Fra Diavolo.  
Anfang 8 Uhr.  
Abonnement gültig!  
Sonnenabend: Fidelio.

Kleines Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Das Ruckfussel.  
Sonnenabend zum 1. Male: Heimlich.  
Helfschick in 3 Aufzügen von Rudolf Kramel.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: D. Ruckfussel. Abends 8 Uhr: Heimlich.

Urania.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Südschweden.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Der Dieb.  
Morgen und folgende Tage:  
Der Dieb.

Lustspielhaus.  
Abends 8 Uhr:  
Gufarenfieber.

Zentral-Theater (Operette).  
Wende 8 Uhr:  
Der lustige Krieg.  
Operette in 3 Akten von J. Strauß.

Schiller-Theater N.  
Friedrich-Wilhelmshilfliches Theater.  
Sonnerpreise. Anfang 8 Uhr.  
Unsere Kate.

Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und G. Weber.

Luisen-Theater  
Reichenbergerstr. 34.  
Anfang 8 Uhr.  
Lenore oder: Die Grabeshraut.  
Schauspiel mit Gesang in drei Akten von H. v. Holten.

Deutsch-Amerikanisches Theater.  
Gastspiel des Theater des Westens: Leben Abend 8 Uhr bis 10. April inkl.  
Mamselle Nitouche.  
Celestin. Chm. Löwe a. G.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Troubadour.

Ferdinand Bonn  
Berliner Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Sittennote.  
Sonnenabend, Sonntag: Die Sittennote. Montag: Der Richter von Solamea.

Neues Schauspielhaus  
Freitag, den 26. April 1907:  
Alt-Heidelberg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnenabend:  
Herthas Hochzeit.  
Anfang 8 Uhr.

Loring-Theater  
Boleslawstr. 7/8.  
Freitag, den 26. April 1907:  
Fra Diavolo.  
Anfang 8 Uhr.  
Abonnement gültig!  
Sonnenabend: Fidelio.

Kleines Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Das Ruckfussel.  
Sonnenabend zum 1. Male: Heimlich.  
Helfschick in 3 Aufzügen von Rudolf Kramel.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: D. Ruckfussel. Abends 8 Uhr: Heimlich.

Urania.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Südschweden.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Traumulus.  
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und César Caillet.  
Sonnenabend, abends 8 Uhr:  
Heimat.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Vogel im Käfig.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Heimat.

WINTERGARTEN  
7 6 5

Letzte Vorstellungen  
Cleo de Mérode  
und das  
interessante Programm.

Gebr. Herrfeld-  
Theater Sonntag.  
8 Uhr.  
57 Kommandantenstraße 57.

Ein verrücktes  
Hotel.  
Hauptrollen: Anton u. Donat Herrfeld.  
In Vorbereitung:

Es lebe das  
Nachtleben!  
Eine Separée-Wirtin  
von Anton u. Donat Herrfeld.

Walhalla-  
Variete-Theater  
Heimbergweg 19/20, Rosenh. Tor.  
Heute abend 8 Uhr:  
Das große April-Programm.  
10 Pers. Geni Family Pers.  
Erscheinliche Spiele zu Pferde.  
Grete Gallus  
Charakter-Comedie.  
12 erstklassige Nummern 12.

Kasino-Theater  
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis 30. April:  
Nick Carter.  
Ab 1. Mai auf allgemeinem Wunsch:  
Nur einstudiert:  
Heirat auf Probe.  
Sonntag 4 Uhr: Singvögelchen.  
Der Hahn im Korbe.

Berliner Ulk-Trio.  
Felix Scheuer  
Siralanderstr. 1.

Café Meyer  
Dresdener-Str. 128/29.  
Kaffee 10 u. 15, Bier, Hell u. dunkl. 10 Pf.  
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.  
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Arbeiter-Bekleidung  
Größtes Spezialgeschäft  
Kohnen & Jöring  
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12  
zwischen Alexanderpl. u. Janowitzstr.  
2. Geschäft: Landsberger Allee 149,  
Ecke Langenbeckstraße.  
Berufskleidung  
t. alle Zweige d. Industrie u. Gewerbe.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Meloch.  
Eine unvollendete Tragödie (2 Akte)  
von Friedrich Heibel. — Hierauf:  
Der zerbrochene Krug.  
Ein Lustsp. in 1 Aufz. v. Helme Kleit.  
Sonnenabend, nachm. 3 Uhr:  
Wilhelm Tell.  
Sonnenabend, abends 8 Uhr:  
Traumulus.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Pfarrer v. Kirchfeld.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Flachsmann als Erzieher.

W. Noacks Theater.  
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.  
Zum letzten Male:  
Armut und Edelsinn.  
Vollständ. in 5 Akten von Käthe Schaefer.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnenabend: Gr. Extra-Vorstellung:  
Der Schuster als Millionär.

Reichshallen-Theater.  
Stettiner Sänger.  
am. nachmittags 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
Reichshallen-  
Restaurant.  
Militär-  
Konzert.

Sanssouci, Kottbuser  
Straßen 4.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt. Mont. Donnerst.  
Stets neues hoch-  
aktuelles Programm der  
Hofmanns  
Norddeutschen Sänger  
und Tanztruppen.  
Sonnt. 8 u. 6, nachm. 8 u. 11.  
Für die nächste Saison  
sind sämtliche Sonn-  
abende bereits besetzt. Noch  
einige Mittwochabende sind frei.

Steidl-  
Theater- und Konzerthaus,  
Brückenstr. 2 (a. d. Zamojsk-Str.)  
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.  
Bureau Piepenbrink!  
Ul. Burleske von Rich. Steidl.  
Tagestheater 11—2 Uhr.  
Im Restaurant täglich:  
Gr. Dybowski-Konzert.  
Borzügliche Küche!

Buggenhagen  
Horstplatz.  
Jeden Freitag:  
GustavGottschalks  
Gesellschaftskonzert  
(Dunst-Abend).

Berliner Ulk-Trio.  
Felix Scheuer  
Siralanderstr. 1.

Café Meyer  
Dresdener-Str. 128/29.  
Kaffee 10 u. 15, Bier, Hell u. dunkl. 10 Pf.  
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.  
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Arbeiter-Bekleidung  
Größtes Spezialgeschäft  
Kohnen & Jöring  
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12  
zwischen Alexanderpl. u. Janowitzstr.  
2. Geschäft: Landsberger Allee 149,  
Ecke Langenbeckstraße.  
Berufskleidung  
t. alle Zweige d. Industrie u. Gewerbe.

Folies Caprice  
Sünderstr. 132, an der Friedhöfte.  
Kolossal Erfolg!  
Eine Nacht  
in der Apotheke.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf an der Theaterkasse  
und bei Wertheim.

Trianon-Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Jolette — meine Frau.  
Sonntag 3 Uhr: Der Hausfreund.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.  
in Görlitz.  
Gegründet im Jahre 1856.

Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.  
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.  
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —  
Dividende seit 1898 ständig 25 %, eines Jahresbeitrages,  
für ältere Versicherungen 50 %  
Versicherungsbestand 1/4 Mill. Versich. über 80 Millionen M.  
Gesamtvermögen . . . . . 22 Millionen M.  
Solcher ausgezahlte Sterbegelder pp. . . . . 17 Millionen M.  
Solcher an die Mitglieder überwies. Dividende 6 Millionen M.  
Höchstausschlagende Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach  
Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.  
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die  
Einnahmestellen der Anstalt: Brunnenstr. 63, Dorotheen-  
straße 70, Feldsengmeisterstr. 9, Flemingstr. 3, Laekauer-  
straße 5, Madenstr. 7, Moeckernstr. 113, Muskauerstr. 30, Ratho-  
nowerstr. 58, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turnstr. 40, Wasser-  
torstr. 33, Weissenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 138.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.  
nur allein in:  
Albrechts Bäckereien: Kraustr. 10, Wenzelstr. 135,  
Lausitzerstr. 2, Falkensteinstr. 32,  
Zentrale: Boxhagenstr. 13. Pücklerhalle 222/223, Andreasstr. 16/18.

Jedes Jenensia-Rad  
ein Meisterwerk deutscher Technik.  
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —  
Sozial-Räder M. 60.—, Sozial-Luxus-  
mit Preiszahl M. 95.—  
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!  
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

H. Zimmermann  
Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 44307  
Eigene Werkstatt für Neuherstellung u. Reparatur.  
Strom roell. — Billigste Preise.

Getreidepreise steigen!  
Wer sich für die mechanischen Preisbewegungen an den Proskteurbüros  
interessiert, verlange die von Kaufmann Richard Prossler in Würzburg ver-  
fasste Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und  
der Zukunft“. — Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
(Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe,  
M. 2.— B, Teil- und Volksausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von M. 2.10,  
bzw. 65 Pf. für das Inland, M. 2.30, bzw. 70 Pf. für das Ausland, werden die  
Broschüren portofrei vom Verleger versandt, wenn in Buchhandlungen  
nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschreiben und Prospekt.

Bahnärztliche Klinik  
106 Belle-Alliancestraße 106, gegenüber Warenhaus Jandorf.  
Zahnzichen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Wunden m. d. Hand-  
lagen berechnet. — Gedruckt von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 46340

Billigste Bezugsquelle  
für  
Monats-Garderoben.  
Die schönsten Herren-Falsetts und Anzüge in getragener,  
speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavalieren ge-  
tragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Ban-  
anzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und  
Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu  
staunend billigen Preisen zu haben. 33/7  
H. Kieferbaum, Prinzenstr. 33 zwischen Moritzplatz  
und Ritterstraße.

Bitte auf die Hausnummer zu achten.



Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Sonntag, den 28. April, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal „Alte Taverne“ (Zah. Schröder), Alt-Stralau Nr. 26, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt.

Schönendorf b. Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr, im Lokale von O. Pätzsch statt.

Reinickendorf-Ost, West und Wilhelmshagen. Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr, findet für unsere Außenbezirke und benachbarten Ortsteile eine Volksversammlung im Lokale des Herrn Osten, Zehlendorf, statt.

Rüblendorf. (Bezirk Rieder-Schönhausen.) Am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet bei Baersch die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt.

Spandau. Am Sonntag, den 28. d. M., findet eine Flugblattverbreitung für Stadt und Land statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich um 7 Uhr in ihren Bezirkslokale einzufinden.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Verstädtlichung des gesamten Rettungswesens ist für Berlin seit langem ein frommer Wunsch — und bleibt ein frommer Wunsch auch dann noch, wenn die Pläne ausgeführt werden, die der Magistrat jetzt den Stadtverordneten vorgelegt hat.

Die Gewerbeinspektion im Landespolizeibezirk Berlin.

Der Polizeipräsident veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Gemäß § 120 u. ff. der Gewerbeordnung sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird, und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Gewerbeaufsichtsbeamten in den unten bezeichneten Dienstlokalen und zu den nachbenannten Zeiten zu sprechen:

A.) Für Arbeiter und Arbeitgeber: Dienstags und Freitags von 1 bis 2 Uhr mittags.

B.) Für Arbeiter allein: Donnerstags von 7 bis 8 Uhr abends und am ersten Sonntag des Monats von 9 bis 10 Uhr vormittags.

C.) Für Arbeiterinnen allein halten die Gewerbeinspektionsassistentinnen, Fräulein Reichert, Fräulein Kummert und Fräulein Conradt, zu den unter B angegebenen Zeiten Sprechstunden in den Räumen der Gewerbeinspektion Berlin C. bezw. SO. und N. ab.

Außerdem sind zur Auskunftserteilung über alle die Gewerbeaufsicht betreffenden Angelegenheiten täglich von 1 bis 3 Uhr Gewerbeaufsichtsbeamte in den Dienstlokalen der Gewerbeinspektion anwesend.

Die Bezirke der Gewerbeinspektionen im Landespolizeibezirk Berlin, umfassend die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf und Deutsch-Wilmersdorf, sind wie folgt abgegrenzt:

I. Gewerbeinspektion Berlin C. Geschäftsbereich: Polizeireviere 1, 2, 12—18, 19—22, 27, 33, 40 und 93.

Vorstand: Gewerbeinspektor Dr. Jungfer. Hilfsarbeiter: Gewerbeassessor Schürholz. Assistentin: Fräulein Reichert. Bureau: NO. 48, Georgenkirchplatz 2.

II. Gewerbeinspektion Berlin N. Geschäftsbereich: Polizeireviere 9, 10, 11, 17, 18, 46, 50, 59 bis 62, 68, 80, 81, 88—90, 97—99, 105 und 109.

Vorstand: Gewerbeinspektor Dr. Ruhnau. Hilfsarbeiter: Gewerbeassessor Grün. Assistentin: Fräulein Conradt. Bureau: N. 20, Pringens-Allee 88.

III. Gewerbeinspektion Berlin O. Geschäftsbereich: Polizeireviere 23, 24, 44, 45, 51, 52, 65, 66, 92, 94—96, 102, 103, 106 und 108.

Vorstand: Gewerbeinspektor Dr. Belzel. Bureau: O. 34, Warschauerstraße 70.

IV. Gewerbeinspektion Berlin SO. Geschäftsbereich: Polizeireviere 25, 26, 29, 43, 49, 53, 54, 55, 70, 79, 86, 87 und der Stadtkreis Nixdorf.

Vorstand: Gewerbeinspektor Dr. Fischer. Hilfsarbeiter: Gewerbeassessor Schumann, Gewerbeassessor Barten. Assistentin: Fräulein Kummert. Bureau: SO. 16, Elisabeth-Ufer 45.

V. Gewerbeinspektion Berlin S. Geschäftsbereich: Polizeireviere 28, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 85.

Vorstand: Gewerbeinspektor Knoll. Hilfsarbeiter: Gewerbeassessor Dr. Bederhoff. Bureau: S. 53, Kaiser Friedrich-Platz 3.

VI. Gewerbeinspektion Berlin SW. Geschäftsbereich: Polizeireviere 3, 31—37, 39, 56, 63, 71, 73, 77 und die Stadtkreise Schöneberg und Deutsch-Wilmersdorf.

Vorstand: Gewerbeinspektor Hesse. Hilfsarbeiter: Gewerbeassessor Edey, Gewerbeassessor Ritter. Bureau: Schöneberg W. 30, Eisenacherstraße 57/58.

VII. Gewerbeinspektion Berlin W. Geschäftsbereich: Polizeireviere 4, 64, 74—76, 83, 84, 100, 104 und der Stadtkreis Charlottenburg.

Vorstand: Gewerbeinspektor von Sighart. Hilfsarbeiter: Gewerbeassessor Dr. Ernst, Gewerbeassessor Schwarz. Bureau: Charlottenburg, Mommsenstr. 61, (Fernsprechamt Charlottenburg, Nr. 5643).

VIII. Gewerbeinspektion Berlin NW. Geschäftsbereich: Polizeireviere 5, 6, 7, 8, 57, 58, 69, 82, 91, 101 und 107.

Vorstand: Gewerbeinspektor Pelgry. Bureau: N. 39, Tegelerstraße 6.

Auf dem Berliner Zentralviehhof waren am Mittwoch über 15 000 Schweine aufgetrieben, meist leichte; schwere vollschlächtreife Schweine fehlten in genügender Zahl. Infolgedessen konnten sich die Preise bestreiten und wurde der gesamte Auftrieb verkauft.

Für die Ausstellung in Werder a. d. S. hat der Berliner Magistrat 300 R. zu Ehrenpreisen für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Obstbaues und der Obstverwertung bewilligt.

In der 7. Fortbildungsschule, Gräferstr. 85, ist in diesem Halbjahr unentgeltlich Gelegenheit geboten zur Teilnahme am Unterricht in Elektrotechnik, Kursus I Schweißstromtechnik, Kursus II Starkstromtechnik und in Chemie der Metalle mit praktischen Übungen der Teilnehmer.

Mit den Arbeiten für den „Schillerstein“ auf dem Wedding soll in diesem Sommer begonnen werden. Die aus Dünenland bestehenden Aebberge, auf denen jetzt nur hin und wieder einmal ein Grashaalm wächst, sollen durch Schicht von den Kieselsteinen und Anfuhr von fruchtbarer Erde für die Anpflanzungen vorgebereitet werden, wie dies beim Viktoriapark, der ebenfalls reinen Sand zur Anlagerung hat, der Fall gewesen ist.

Die neuen Feuerwachen in Berlin. Im Nordosten von Berlin, im Högow-Bezirk, liegt jetzt in der Schönlankestraße, nahe dem Friedrichshain, eine neue Feuerwache gebaut. Der Bau hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht und wird, falls keine Hindernisse eintreten, so weit gefördert werden, daß die Wache im nächsten Jahre mit dem noch fehlenden vierten Zuge der ersten Kompanie besetzt werden kann.

Die neuen Feuerwachen in Berlin. Im Nordosten von Berlin, im Högow-Bezirk, liegt jetzt in der Schönlankestraße, nahe dem Friedrichshain, eine neue Feuerwache gebaut. Der Bau hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht und wird, falls keine Hindernisse eintreten, so weit gefördert werden, daß die Wache im nächsten Jahre mit dem noch fehlenden vierten Zuge der ersten Kompanie besetzt werden kann.

Schmerzlose Zahnziehen. Eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes usw., die gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, hat allgemeines Interesse.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich gemeldet: Auf der Siedrichstraße zwischen den Anschlußbahnen Vsp und Vp entgleiten aus bisher unaufgeklärter Ursache gestern Abend gegen 9 Uhr von

auch ferner erscheinen. Der genannte Verein stellte daher Straf- antrag wegen fahsicher Titelführung und unlauteren Wettbewerbes und, da Altmann auch wegen Besten Pfändungen behufs Er- klärung ihm zur Last fallender Prozeßkosten unmöglich gemacht hatte, auch wegen Betruges bezw. strafbaren Eigennutzes.

Auf's Auto geschleudert hat drunter. Ein Unglücksfall, wie er sich bisher wohl noch nicht ereignet haben dürfte, hat Mittwoch- abend in der Brunnenstraße große Aufregung hervorgerufen.

Von einem Begab-Automobil totgefahren wurde der 49jährige Steinbecker Emil Groth aus der Auguststraße 48. G., der auf einem Bau in der Fernstraße beschäftigt war, wollte am Mittwoch- vormittag dort mit mehreren Arbeitskameraden einen Imbiß ein- nehmen, den sie sich auf der Straße, hart an der Vordschwelle auf einer Bretterunterlage zurecht gemacht hatten.

Zusammenstoß im Schiffsverkehr. Auf der Spree-Ober- Wasserstraße in der Nähe von Firschenwalde hat gestern ein Zu- sammenstoß zwischen einem Lastkahn und einem Schleppzug statt- gefunden, wobei der Kahn in den Grund gebohrt wurde.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern um 1 Uhr in der Hufschmiedstraße. Vor dem Hause Nummer 8 hielt ein Kranken- transportwagen und Kranenträger waren damit beschäftigt, einen Kranken aus dem Hause zu holen.

Ein Unfall des Prinzen Eitel Friedrich ereignete sich auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz. Als der Prinz während des Exerzierens sich auf den Hals seines Pferdes niederbeugte, erhielt er von dem zurückschlagenden Kopf des Tieres einen heftigen Stoß ins Gesicht, so daß er, vom Schmerz beknüpft, einen leichten Ohn- machtsanfall erlitt und vom Pferde sank.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich gemeldet: Auf der Siedrichstraße zwischen den Anschlußbahnen Vsp und Vp entgleiten aus bisher unaufgeklärter Ursache gestern Abend gegen 9 Uhr von

Dem auf der Fahrt von Tempelhof, Rangierbahnhof, nach Wilmsdorf befindlichen Durchgangsgüterzüge Nr. 8837 die Zugmaschine und 8 folgende Wagen, wodurch beide Güterzüge und das nächste Volkringersonnengleis gesperrt wurden. Personen sind nicht verletzt. Der Verkehr der Güter- und Volkringersonnengleise konnte einseitig ausreicht erhalten werden. Die Aufräumungsarbeiten werden voraussichtlich heute mittag gegen 1 Uhr beendet sein.

Ein gewerbsmäßiger Fahradmarder, der monatlang das Gemeindefiskushaus am Engelauer Heimgasse, wurde gestern endlich erwischt und unschädlich gemacht. Wiederholt wurden Personen, die im Arbeitsnachweis ihre Geschäfte abwickelten oder sonstige im Gewerkschaftsbau zu tun hatten, sehr oft die Räder gestohlen, die sie auf dem Hofe oder in den Lortwegen stehen ließen. Die Kriminalbeamten beobachteten das Haus und erwischten gestern einen Mann, der ohne Rad kam und dann mit einem Rad davon gehen wollte. Der Angehaltene nannte sich Arbeiter Wenger aus der Aderstraße und behauptete, das Rad sei sein Eigentum. Während die Beamten die bezeichnete Wohnung in der Aderstraße durchsuchten, kam plötzlich der miethäufige Wenger, der Wohnungsinhaber. Dieser erklärte, daß ihm den Streich, seinen Namen und seine Wohnung anzugeben, nur der Kleiner Karl Heinz gespielt haben könne, der seine Verhältnisse genau kenne. Als man jetzt dem Verhafteten auf den Kopf zusagte, daß er Heinz sei, gestand er, die Fahrraddiebstähle seit Monaten gewerbsmäßig ausgeführt zu haben.

**Verlassen und vergessen.** Vierzehn Tage lang hat die 76 Jahre alte Witwe Wanda Eitrich geborene Klauswisch aus der Pappel-Allee 14 tot in ihrer Wohnung gelegen. Ihr Mann, ein Pantinmacher, war vor 12 Jahren gestorben. Seitdem wohnte sie allein, zuletzt in der Pappel-Allee in einer Küche im vierten Stock des Seitensüßgels. Seit 14 Tagen wurde sie im Hause nicht mehr gesehen. Der Hausverwalter öffnete gestern mit Gewalt die von innen verschlossene Küchentür und fand die alte Frau tot auf dem Fußboden. Ein Arzt stellte fest, daß sie schon 14 Tage tot war und vermutlich einem Herzschlag erlegen ist. Unter dem Strohsack im Bett entdeckte die Polizei 3200 M. Das Geld und die Einrichtung wurden der Armenverwaltung überwiesen, die gestern die Sargkosten nach dem Asyl in der Fröbelstraße bringen ließ. Wird aus dem Einzelfall, daß eine Almosenspendung eine größere Geldsumme hinterließ, an gewissen Stellen wieder Kapital geschlagen?

**Straßen Sperren.** Die Bergmannstraße von der Barthaalstraße bis zum Kaiser Friedrichplatz, der westliche Fahrweg der Straße am Warschauerplatz zwischen Stralauer Allee und Nothofstraße, der nördliche Fahrweg der Danzigerstraße von der Greifswalder- bis zur Bismarckstraße sowie das Garten- und Tiergartenufer zwischen Berlinerstraße und Pflaumen-Allee werden besetzt. Pflasterung beim Rohrliegen bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

**Bermittelt wird der Buchbinder Paul Lorenz, der sich am 23. April 1908 aus seiner Wohnung Immanuelstraße 9 entfernt hat.** Derselbe ist später im Krankenhaus in Treuenbrietzen ermittelt worden. Von dort ist er am 8. Mai 1908 entlassen und seitdem spurlos verschwunden. Wer über den Verbleib des Lorenz irgend welche Angaben machen kann, wolle Nachricht an Frau Lorenz, O. 84, Lützowstraße 25 bei Hoffmann gelangen lassen.

**Road Amundsen aus Kristiania, dessen Gida-Expedition sich unter die erfolgreichsten und wichtigsten Polarexpeditionen neuerer Zeit einreicht, wird Freitag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, im wissenschaftlichen Theater der Urania, Taubenstraße, über: Die Nordwestpassage und seinen Aufenthalt bei den Eskimos sprechen.**

**Feuerwehrbericht.** Mittwoch nachmittag wurde der fünfte Zug nach dem Marktgrasendamm 18 in Stralau gerufen, wo ein Spänelecker in Flammen stand. Um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern, mußte kräftig Wasser gegeben werden. Als die Stralauer Ortsfeuerwehr erschien, wurde dieser die weitere Beseitigung überlassen. Ein zweiter Kellerbrand beschlagnahmte den siebenten Zug in der Cabinerstr. 15. Lumpen u. a. brannten dort. Auf einem unbebauten Grundstück in der Gottscheestr. 4 brannte ein Möbelwagen, der vermutlich in Brand gesteckt worden war. Als die Feuerwehr erschien, stand der Wagen schon total in Flammen. Gestern früh um 5 Uhr kam in der Hebbellinerstr. 52 Feuer aus. Im rechten Seitensüßgel brannte der Fußboden, das Zwischengebälk im Erdgeschoss u. a. In der Geimstr. 19 mußte ein Wohnungsbrand gelöscht werden. Ferner hatte die Wehr in der Krautstr. 1a und Forsterstr. 45 zu tun. Vor dem Hause Blücherstr. 18 war in der letzten Nacht ein Rohr der städtischen Wasserleitung gebrochen, wodurch die Straße überschwemmt wurde. Die Feuerwehr benachrichtigte die städtischen Wasserwerke, die durch Einsehen von Schiebern die Beschädigung beseitigte. Ein Teil der dortigen Häuser war heute früh ohne Wasser.

## Vorort-Nachrichten.

### Nummelsburg.

Ueber die Wertzuwachssteuer referierte in einer am Freitag in Witwe Weigels Lokal tagenden und besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Stadtverordneter Hugo Heimann. Unter großem Beifall entwickelte der Referent in instruktiver Form den Anwesenden die Notwendigkeit und das Wesen der Wertzuwachssteuer. Eingehend wies er die Argumente, welche die Gegner gegen diese Steuer ins Feld führen, zurück. Wir glauben, da wir über diese Frage und über die Ausführung des Referenten schon wiederholt berichtet haben, von einer wesentlichen Wiedergabe des Referats absehen zu können. In der Diskussion erwähnte Genosse Ritter die hohe Steuerbelastung der unteren Schichten. Genosse John zeigte, welchen Bedeutung die Frage der Wertzuwachssteuer in der Gemeindevertretung genommen hat; anfangs sei man dieser Steuer freundlich gesinnt gewesen, sogar der Bürgermeister habe Juncigung gegeben, nachdem aber die Gegner ihre Feindschaft gegenüber dieser Steuer dokumentiert hatten, sei auch das Oberhaupt wieder mitleidig zurückgetreten. Die Angelegenheit sei nun vorläufig vertagt worden. Als Sozialdemokrat, meint Redner, diesen wir aber nicht eher ruhen, bis die Steuer zur Einführung gelangt ist. Gerade in Nummelsburg befindet sich noch viel Terrain, das einen bedeutenden Gewinn für die Gemeinde durch Einführung der Wertzuwachssteuer in Aussicht stellt.

### Ober-Schöneweide.

**Ungültigkeit von Gemeindevahlen.** In der Klage des Genossen Grunow auf Ungültigkeitserklärung der am 8. März 1908 vorgenommenen Gemeindevahlen für alle drei Klassen hat jetzt der Bezirksauschuss das Urteil des Kreislandrats bestätigt, wonach nur die Wahlen für die dritte Klasse ungültig seien. In Betracht kommt das Mandat des Genossen Grunow und das des Herrn Wierzl als Hausbesitzer. Das Gericht stellte sich nicht auf den Standpunkt der Klage, daß nachdem eine Verneuerung der Vertreter-Schöffenzahl beschlossen war, vor der Neuwahl der Vertreter erst der weitere Schöffen zu wählen sei, um so das Verhältnis zwischen Angesehnen und Unangesehenen für die neue Körperschaft festzustellen. In dem Schluss auf Ungültigkeitserklärung kam das Gericht auf Grund der Tatsache, daß der Gemeindevorsteher willkürlich bestimmt hat, daß im zweiten Wahlbezirk der dritten Klasse der Angesehene zu wählen sei. Nach Ansicht des Gerichts mußte in diesem Falle — da zum ersten Male in zwei Bezirken gewählt wurde — das Los entscheiden.

Wenn jetzt von keiner Seite Einspruch erhoben wird, haben demnach Neuwahlen stattzufinden. Geht es unseren Genossen, einen Kandidaten aufzustellen, der Angesehener ist, dürfte der von den Kandidaten gewählte Herr Wierzl nicht wieder einzuziehen, der seinerzeit auch nur infolge Uneinigkeit des sogenannten Liberalen gewählt worden konnte.

### Nieder-Schöneweide.

Unsere Volksschule lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Schubert in der Generalversammlung des Wahlvereins hielt.

Unter lebhaftem Beifall leuzgeläutete der Referent die Bildungsfeindlichen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß im ersten Quartal drei Mitgliederberufungen, vier Generalversammlungen und vier Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl ist von 60 auf 74 gestiegen. Als Bezirksführer wurden gewählt für den ersten Bezirk die Genossen Elias und Schwarz, für den zweiten die Genossen Pieple und Goldmann und für den dritten die Genossen Gehr und Celsowitz. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 88,50 M. und eine Ausgabe von 19,87 M. auf; an den Zentralvorstand wurden abgeliefert 55,71 M. Betreffs Malfier wurde beschlossen, von einer Vormittagsversammlung Abstand zu nehmen, die Genossen schließen sich einem der nächsten Orte an. Die Abendfeier findet beim Genossen Fischer statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten die Genossen in ehrender Weise des verstorbenen Genossen Ignaz Auer gedacht.

### Nigdorf.

**Linienänderung bei der Straßenbahn.** Die Straßenbahn ist geneigt, wegen Asphaltierung der Walterstraße von heute an den Betrieb folgender Linien zu ändern. Linie 47 wird in den Abendstunden nicht an der Endhaltestelle in der Walterstraße, Ecke Juliusstraße endigen, sondern während dieser Betriebszeiten bis zur Endhaltestelle in der Radomerstraße durchgeföhrt. Der Betrieb der Linie 48 wird bis zur Endhaltestelle in der Bergstraße, Ecke Knefelstraße verkürzt. Die Änderungen bleiben bis zur Beendigung der Arbeiten in Kraft.

### Wilmsdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte am Mittwoch zum ersten Bürgermeister den bisherigen Amts- und Gemeindevorsteher Bürgermeister Habermann mit 43 von 45 abgegebenen Stimmen, und zum zweiten Bürgermeister den bisherigen besoldeten Schöffen Stadtrat a. D. Peters (mit 44 von 45 Stimmen). Zu besoldeten Stadtraten wurden ferner gewählt: der bisherige besoldete Schöffe Affessor a. D. Brohm, sowie die bisherigen Gemeindevorstände Ferning, Lambert und Müller.

### Groß-Lichterfelde.

**Todessturz bei der Arbeit.** Durch eine schadhast gewordene Leiterprosse hat der 30 Jahre alte Dachdecker Dopschitz aus der Kurfürststraße 39 sein Leben verloren. D. hatte auf dem Neubau Ferdinandstraße 21 die Fensterbeseitigungen einer Kadprüfung unterzogen. Er benutzte dazu eine Leiter, die er an der Außenwand des Gebäudes anbracht hatte. Plötzlich brach eine der Strohpfähle mitten durch und D. stürzte rücklings in die Tiefe. Er zog sich einen schweren Schädelbruch und innere Verletzungen zu, an deren Folgen er bald darauf starb.

### Aldershof.

Einen normalen Verlauf nahm am Montag die Fortsetzung der kürzlich aufgelösten öffentlichen Versammlung, zu der sich wiederum eine stattliche Besucherzahl eingefunden hatte. Die erregten Gemüter der überwachenden Beamten hatten sich wieder beruhigt, weshalb Genosse Heini seinen Vortrag über: „Die Rechte der Frau“ ungestört halten konnte.

### Kallberge-Nüdersdorf.

Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen beleuchtete in wirksamer Weise die Genossin Frau Martha Jeege in einer bei Grewie stattgefundenen Volksversammlung. In lauten Tönen zeichnete die Referentin die immer schroffer hervortretende Ausbeutung der niederen Volksklassen durch eine profitgierige Unternehmerrasse, deren Reichthümer ins Unermehliche steigen. In flammenden Worten mahnte sie die Anwesenden, insbesondere die Frauen, teilzunehmen am Kampfe für eine neue Gesellschaftsordnung. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine kurze Diskussion an, an der sich die Genossen Grasse und Richter beteiligten und die Versammelten aufforderten, die parteilosen Zeitungen aus ihrem Hause zu entfernen und die Parteipresse zu abonnieren. Nur diese vertreten die Interessen des arbeitenden Volkes.

### Weißensee.

Ein neuer Bericht der Sozialdemokratie ist in der Person des bekannten Professors Dr. Kemfies erschienen. Die Gründung eines nationalen Arbeiterbundes unter dem Protektorat des Kaisers ist sein Ziel. Am Dienstag hatte er eine „große“ Versammlung nach dem „Berliner Hof“ einberufen, wo denn auch einige Dutzend Personen erschienen waren, darunter vier Referenten, im übrigen nur Jungmänner und sonstige Scharfmacher. Herr Dr. Kemfies brachte die bekannten Tiraden des Reichstagsverbands vor. Das Programm des neuen Bundes soll in folgenden vier Punkten zur Verwirklichung kommen: 1. das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit, 2. die politischen Rechte des Arbeiters sollen erstreckt und erhalten werden, 3. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Arbeiters müssen gebessert werden, so daß der Arbeiterstand den Weg in den Mittelstand finden könne und nicht zu den Entertzen gehöre, 4. Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Vorbildung. Hier biete sich, meinte Redner, ein großes Feld für Arbeiter und kleine Beamte, mit uns zu arbeiten an der nationalen Weltanschauung. Dann sprach ein Herr Lange, Parteisekretär des evangelischen Arbeiterbundes. Er sprach den Wunsch aus, seinen Teil in die christlichen Organisationen zu treiben, denn sie haben durch ihre Organisation fünf Abgeordnete in den Reichstag geschickt. Ein ehemaliger „Aushengewe“, Maurer Vinde mann, rühmte sich einer langjährigen Tätigkeit in der sozialdemokratischen Partei und fand bei seinem Juhoren Dank, als er seine sogenannten Erfahrungen aus dem Parteileben bekannt gab, er empfahl die Gründung einer Organisation mit vaterländischer Tendenz. Herr Pastor Kräusel gab den Rat, sich heute noch nicht auf eine bestimmte Form der Organisation zu einigen, am Sonntagabend finde noch eine Versammlung statt, in der ein Sekretär des Reichsverbandes sprechen wird und in welcher man sich dann schlüssig werden wolle.

Die Arbeiterkassette kann dieser Neugründung zwar mit Ruhe entgegensehen, indes muß sie durch eine doppelte Agitation für die Organisation der Herren begreift machen, daß alle Mühen, die Organisation der Arbeiterklasse zu schwächen oder sie durch neue zu erliegen, vergeblich sind.

### Zegel.

In der Gemeindevertreterversammlung wurden anfangs eine ganze Anzahl Mitteilungen gemacht. Die Grube Reeden bedauert sich für die überforderten 390,20 M. Die Aufsichtsbehörde hat den Steuerstatutnachtrag genehmigt, wonach bis 300 M. Einkommen steuerfrei ist. Eine Zusage des Kreislandrats besagt, daß der Polizeipräsident von Berlin es abgelehnt hat, den Droßkennartik bis Zegel auszubekunden. Da der Polizeipräsident bezüglich der Kriminal-, Sitten- und politischen Polizei Zegel als zu Groß-Berlin gehörig hält, so beschließt die Versammlung gemeinsam mit gleichgetroffenen Gemeinden weiter vorzugehen. Es folgten eine Anzahl von Einladungen. Beschlossen wird, auf der Jubiläumsfeier für Wohnungsreform und Hygiene in Leipzig die Zeichnungen und Grundrisse der neuen Bedürfnisanstalten Zegels auszustellen. Der Gemeinderat nimmt die zum Pfarrhausbau angebotenen 25 000 M. vorbehaltlich aller Rechte an. Im Prozeß Zegel-Germaniawerk (Friedr. Krupp) wird beschlossen, die Lage des Sachverständigen anzugehen. Die Lage des vom Zwickelverband projektierten Krankenhauses wird für zweckdienlich erklärt. Dagegen stimmt nur Gemeindevorsteher Vorkis. Die Auflösung von Straßenland in der Kolonie „Freie Scholle“ seitens der Baugenossenschaft wurde genehmigt. Das Ortsstatut zur Regelung der Bedürfnisfrage für Gast- und Schankwirtschaften, sobald Zegel mehr als 15 000 Einwohner hat, wurde einstimmig genehmigt. Dagegen waren unsere Genossen Lichtenberg und Nobelle. Zum Erlaß einer Polizeiverordnung betr. den Maulkorbzwang für Hunde wurde auf Antrag Gutfleins der Amtsvorsteher gebeten, vom allgemeinen Maulkorbzwang jetzt noch abzusehen und die Verordnung von 1881, nach der bittige Hunde einen Maulkorb tragen müssen, bestehen zu lassen. Zum

Armendeputierten und Waisenrat wurde Lehrer Krtop einstimmig gewählt. Die Denkschrift des Verbandes der Baugenossenschaft Berlin und der Vororte in Sachen der Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter erregte eine lebhafteste Debatte. Genosse Lichtenberg wünschte, daß die Gemeinde keine Rücksicht auf Streik und Aussperrung nehmen solle. Gemeindevorsteher Vorkis meinte, die Gemeinde müsse neutral bleiben, seine prinzipielle Stellung nehmen und von Fall zu Fall entscheiden. Genosse Lichtenberg begründete kurz die Berechtigung der Forderungen, die nur gewerkschaftlicher, nicht politischer Natur seien. Er beantragte eine Verlängerung der Lieferzeit abzulehnen. Der Antrag Vorkis wurde gegen die Stimmen der Genossen Lichtenberg und Nobelle angenommen. Das Gesetz des Brandenburgischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose wegen Beihilfe zur Heilstätte Burg-Daber wurde abgelehnt, weil der Verein schon einmal 2000 M. erhalten hat und die Gemeinde 100 M. jährlichen Beitrag zahlt. Die Erweiterung der Fortbildungsschule durch eine wissenschaftliche und eine Zeichenklasse zum 1. April und weiterer gleicher Klassen und einer Vorklasse für zurückgebliebene Volksschüler zum 1. Oktober wurde gebilligt. Der Antrag der Waisenrat, die durch starken Andrang zu klein waren, wurde zugestimmt. Der Vertrag mit der Spandauer Dampfschiffahrtsgesellschaft einschließlich 400 M. Gewinnbeteiligung wurde auf drei Jahre genehmigt. Die Gesellschaft wird sich künftig „Zegel-Spandauer Dampfschiffahrtsgesellschaft“ nennen. Eine Anfrage des Genossen Lichtenberg, ob die Seesperre nun aufgehoben werden würde, wurde kurz abgewiesen. Zur Beschaffung der Anleihe von 100 000 M. wurde dem Gemeindevorsteher Vollmacht erteilt. Der Abrechnungssumme von 16 168,55 M. für den Krumpohler- und Breiten Weg, die die Stadt Berlin anbot, wurde beigegeben. Endlich erlauchte die Versammlung das Kuratorium der Realschule, baldigst Vorschläge für ein passendes Realschulgelände zu machen.

### Nordend.

Auf dem Friedhofe erschossen hat sich vorgestern früh der 69jährige Musikdirigent G. Zimmer aus der Selowerstraße. Er fuhr vom Schönhauser Tor nach Nordend und begab sich auf den Friedhof der Himmelfahrtsgemeinde, wo sich das Grab seiner Frau befindet. Hier schoß er sich eine Kugel in den Kopf und blieb auf der Stelle tot. Bei dem Lebensmüden fand man 85 Mark in barem Gelde, sechs Lose der preussischen Klassenlotterie und eine an seinen Bruder gerichtete Postkarte, auf welcher er diesem mitteilt, daß er zu Unrecht schwer beschuldigt werde und deshalb aus dem Leben gehen müsse. Seine Angehörigen erklären, daß keinerlei Beschuldigungen gegen G. vorliegen, der in letzter Zeit an Wahnvorstellungen litt und sich verfolgt glaubte. Die Angst vor den vermeintlichen Verfolgungen hat ihm die Waffe in die Hand gedrückt.

### Vernau.

Ueber ihre Tätigkeit als Stadtverordnete berichteten in einer Volksversammlung die Genossen Helbig und Wänke. Die Genossen sind in der Armen-, Etat- und Rechnungs-, Einschätzungs-, Gesundheits- und Wasserleitungskommission vertreten. Anträge unserer Genossen wurden von den Gegnern stets abgelehnt, so auch eine Resolution, welche gegen das Schulunterhaltungs-gesetz eingebracht wurde. Vernau hatte im vergangenen Jahre 10 Zuphußfälle zu verzeichnen, weshalb die Stadt angewiesen wurde, in Wälde sich eine Wasserleitung und Kanalisation zu beschaffen. Zu diesem Zweck sind bereits drei Ingenieure gehört worden, welche sich über Einrichtung von Wasserleitung geäußert haben. In Aussicht genommene Neubauten für dieses Jahr sind: Der Bau eines Schulhauses, eines Krankenhauses zu 40 Betten sowie eines Restaurationsgebäudes am Bismarcksee, woselbst das Terrain Eigentum der Stadt ist. Die Verschulassung über Gehaltserhöhung der Beamten wird nach einem ähnlichen Geschäftsordnungsbrauch in nichtöffentlicher Sitzung vollzogen. Unsere Genossen beabsichtigen in diesem Jahre einen Antrag auf Veränderung der Geschäftsordnung einzubringen, wie auch die bisher stets abgelehnten Anträge zu wiederholen. Der Etat für 1908 war in Einnahme und Ausgabe auf 300 000 M. festgesetzt, der für 1907 auf 284 000 M. Die Redner forderten die Versammlung auf, bei der im November dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahl ihre Schuldigkeit zu tun und weitere zwei Genossen in die Stadtvertretung zu wählen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen einverstanden, nur wurde moniert, daß die Genossen Helbig und Wänke für die Aufhebung der freien Arztwahl im hiesigen Krankenhaus gestimmt hatten. Wähler gestimmte der Brouch, daß alle vier ansässigen Ärzte das Recht hätten, ihre Krankenpatienten, sofern deren Aufnahme im Krankenhaus nötig war, dort weiter behandeln zu dürfen. Dieses führte zu Unklarheiten und beantragte der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung des Rechts der freien Arztwahl im hiesigen Krankenhaus, wofür unsere Genossen Helbig und Wänke stimmten.

## Gerichts-Zeitung.

### „Christus unter den Menschen“.

Vor der dritten Strafkammer hatte sich gestern der Schriftsteller Robert Wendt wegen Urkundenfälschung, Betruges usw. zu verantworten. Der Angeklagte hat sich viel mit theologischen Studien befaßt. Durch Ueberarbeitung will er sehr nervös geworden sein und wiederholt Sanatorien, u. a. in Liebenstein, aufgesucht haben. Kurze Zeit wurde er für das Bibliographische Institut in Leipzig engagiert. In Leipzig hat er sich als „Dr. phil.“ ausgegeben und erzählt, daß er „Lektor Sr. Maj. des Kaisers“ sei und besondere Beziehungen zum preussischen Kultusministerium habe. Mit dem Minister Dr. v. Studt sei er persönlich befreundet und auf dessen besondere Empfehlung habe er vom Kaiser eine Beihilfe von 5000 M. erhalten, um die Herausgabe eines von ihm geplanten Werkes „Christus unter den Menschen“ zu bezorgen. Durch diese Erzählungen hat er versucht, auf eine Anzahl von hervorragenden Theologen Leipzigs einzuwirken, um sie zur Mitarbeit an dem Werke zu bewegen. Er benutzte auch mitunter Visitenkarten des Kultusministers Dr. Studt, die er sich ohne dessen Wissen hatte drucken lassen. Er zeigte den Professoren auch mehrere Schriftstücke, die genau so aussehden, als ob sie aus dem preussischen Kultusministerium stammten und vom Kultusminister unterschrieben seien. Tatsächlich sind sie aber in Berlin nach seinem Diktat hergestellt. Darin wird dem Angeklagten die Anerkennung über sein Buch „Deutsche Synopen“ und sein Drama „Der dritte Salter“ ausgesprochen und ihm volle Unterstützung des Kultusministeriums für sein Werk „Christus unter den Menschen“ zugesagt. — Der Angeklagte erklärte auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, wenn die Anklage ihre Angaben positiv behaupte, so gebe er sie auch zu. Er sei in hohem Grade nervös und habe in keiner Weise mit seinem Vorhaben irgendwelche persönliche Vermögensvortheile erstrebt. Mit den Vorarbeiten für das Werk „Christus unter den Menschen“ sei er fünf Jahre lang beschäftigt, er habe das ganze Skelet schon so weit fertig gehabt, daß nur noch das Fleisch herumgetan zu werden brauchte. Am nun das Werk recht würdig ausarbeiten zu lassen, habe er sich mit den hervorragenden Theologen Leipzigs in Verbindung gesetzt. — Bei dem eigenartigen Sachverhalt hatte der Gerichtshof ex officio zum geistigen Termin den Medizinalrat Dr. Hoffmann als medizinischen Sachverständigen geladen, da die Professoren bei ihrer Vernehmung sich u. a. auch dahin geäußert hatten, daß der Angeklagte einen verirrten Eindruck gemacht habe. Medizinalrat Dr. Hoffmann erklärte, ohne genauere Untersuchung sich auf Grund des vorliegenden Materials, das ja einige Bedenken hervorrufen müsse, aber den Geisteszustand des Angeklagten nicht äußern zu können. Der Verteidiger verwies darauf, daß der Angeklagte, der u. a. auch einen von Grote verlegten Roman verfaßt habe, in den letzten 3 Jahren 3 Gehirn-erleutungen durch Hallen auf den Hinterkopf erlitten habe. Das Gericht beschloß, Auskunft der Ärzte, die den Angeklagten behandelt haben, ebenso aus Bad Liebenstein, einzuholen und das gesamte Material dem Medizinalrat Dr. Hoffmann zur weiteren Vorbereitung eines Gutachtens zuzustellen.

Ein Krawallprozess.

Seit Dienstag verhandelte die zweite Strafkammer des Landgerichts I gegen 14 Angeklagte, die sich bei einem Krawall...

Brutale Rohheit.

Infolge eines brutalen Rohheitsaktes hatte der Bankbeamte Georg Jäger aus Charlottenburg...

Verammlungen.

Arbeiterfängerbund Berlin und Umgegend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte in der letzten Ausschussung der Vorsitzende des verstorbenen Genossen Ignaz Kuer...

regeln, wobei es sich meist um Lohnstreitigkeiten und andere Verträge gegen den Tarif handelte...

Wie sich die Krise im Verufe allmählich geltend machte, zeigt sich in der Arbeitsnachweisstatistik...

Die Abrechnung vom 1. Quartal 1907 ergab für die Zentralfasse in Einnahme und Ausgabe 14 109,81 M...

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Kaiserfeier. Ohne Debatte wurde einstimmig beschlossen...

Die Angelegenheit des Mitgliedes Huhn soll in der in der ersten Ratwoche stattfindenden Mitgliederversammlung erledigt werden.

Die Sektion der Pauer vom Zentralverband der Maurer hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung im „Luisenstädtischen Konzertsaal“ ab...

Der Zentralverband der Raschmischer und Geiger (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Montag seine statutenmäßige Generalversammlung ab...

Briefkasten der Redaktion.

Es juristische Ehrenrunde hat Friedrich R. 16. Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstraße)...

P. R. 125. Invalidentrente wird für den Fall der Invalidität, Altersrente nach zurückgelegtem 70. Lebensjahr...

G. S. 100 Gernsdorf. Sie müssen sich beschwerdeführend an die Leitung der dortigen Parteiorganisation wenden...

Table with 4 columns: Stationen, Bilanz, Bilanz, Bilanz. Lists various stations and their financial data.

Witterungsbericht vom 25. April 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Bilanz, Bilanz, Bilanz. Lists weather reports for various stations.

Weiter-Prognose für Freitag, den 26. April 1907. Besseres Wetter, bei klarem, später abnehmenden nordwestlichen Winden...

Large advertisement for 'INSERATE' with decorative borders and text: 'für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags...'.

# Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>Osten:</b><br/>Böhne, Landsbergerstr. 79.<br/>Luciau, Landsbergerstr. 56.</p> <p><b>Süden:</b><br/>Edders u. Dykhoff, Draniensstr. 48.<br/>Karl Stier, Draniensstr. 166.<br/>Konfektionshaus Böhm, Stalitzerstr. 39.<br/>Schulmeister, Dresdenerstr. 4.</p> <p><b>Zentrum:</b><br/>Weltmann Nachf. Stephan Edders, Kaiser Wilhelmstr. 41.</p> | <p><b>Norden:</b><br/>Schendel, Rosenthalerstr. 8.</p> <p><b>Westen:</b><br/>Kaplan, Friedrichstr. 1.<br/>S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.<br/>Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.<br/>Landsberger, Friedrichstr. 108.<br/>Zhiery u. Sigrand, Friedrichstr. 179.<br/>Wandsburger, Friedrichstr. 7.<br/>Wandsburger, Lurmerstr. 30.<br/>Edders u. Dykhoff, am Dönhofsplatz.</p> |
|---|---|

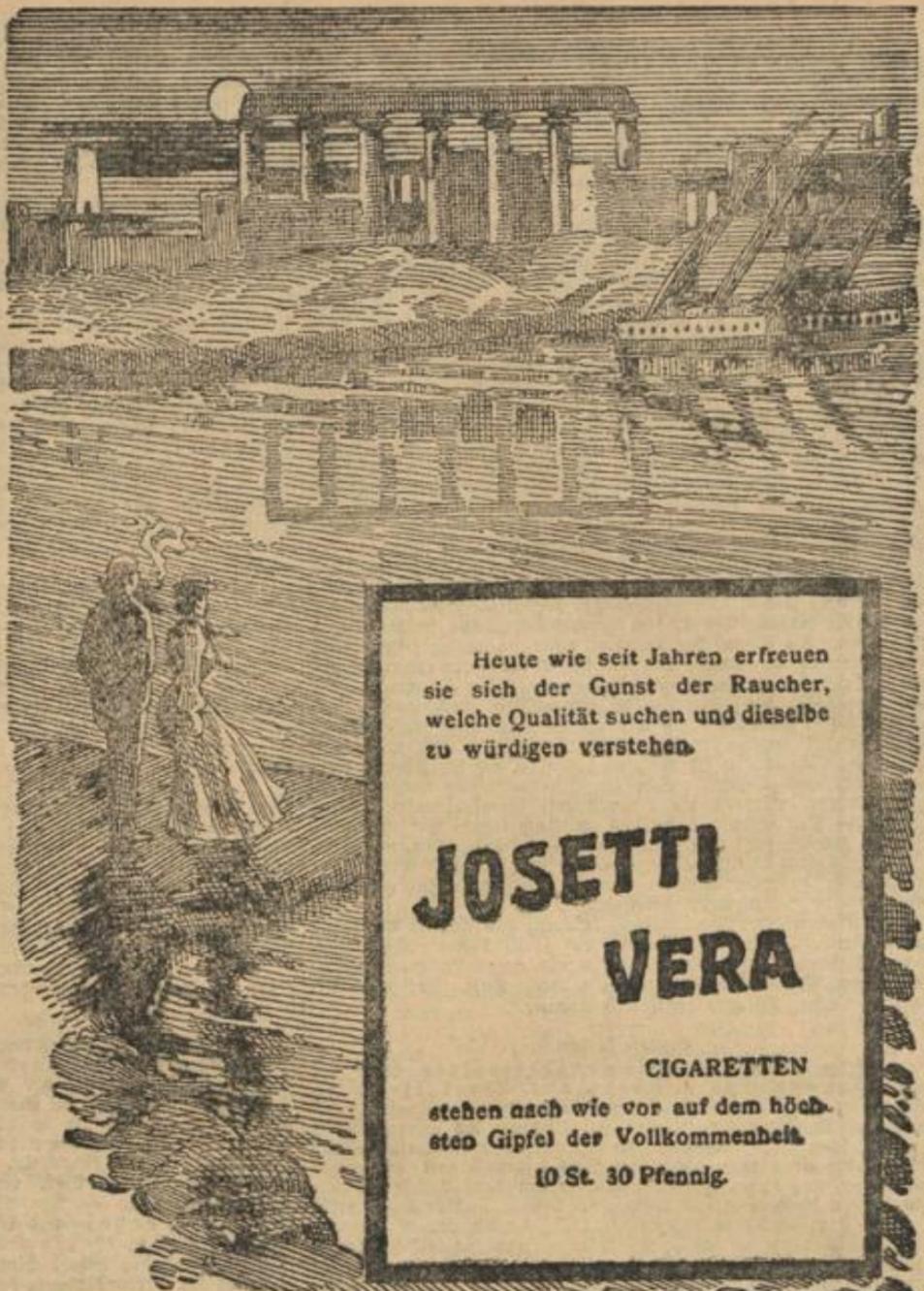
Die Firma **Leineweber**, Köllnischer Fischmarkt und Draniensstraße, lehnt es ab, die von ihr ausgesparten Kollegen wieder einzustellen. Die Werkstätte ist mit Streifbrechern besetzt. Die Firma **Peel u. Cloppenburg** lehnt die Entlassung der Streifbrecher ab. Wir bitten dies in gebührender Weise zur Kenntnis zu nehmen.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Unsere Forderungen anerkannt bzw. Verträge mit uns abgeschlossen haben folgende Firmen:

- |  |   |
|--|---|
| <p>„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.<br/>Baer Sohn, Chausseestr. 24, Brüdenstr. 12 und Große Frankfurterstraße.<br/>Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141 und Franzosistr. 15.<br/>Gaake, Landsbergerstr. 91.<br/>Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.<br/>„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137, Chausseestr. 80, Rosenthalerstr. 9 und Kommandantenstr. 43.<br/>Max Mannheim, Frankfurter Allee 112.<br/>Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.<br/>Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.<br/>Veruh. Baer, Rosenthalerstr. 5.<br/>Rieschmüller, Roffenmarkt.<br/>Th. Juras, Chausseestr. 79.</p> | <p>Amerikan. Verkaufshallen, Weinmeisterstr. 1.<br/>J. Wand, Chausseestr. 80a.<br/>Vesle u. Scherer, Kottbuser Damm 78.<br/>Ad. Worman, Kottbuser Damm 77.<br/>Gebr. Schweriner, Chausseestr. 113.<br/>Verkaufshalle Vulkan, Große Frankfurterstraße 5 und Frankfurter Allee 134.<br/>Behrendt, Grüner Weg 84.<br/>Küngel, Chausseestr. 31 und Brunnenstr. 47.<br/>Lewy u. Co., Brunnenstr. 50 und Wilmersdorferstr. 47.<br/>Bendit, Brunnenstr. 68.<br/>Dornstein, Brunnenstr. 181.<br/>Littmann, Draniensstr. 2.<br/>Kommandithaus Schendel, Draniensstr. 38.</p> |
|--|---|

**Verband der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands**  
Filiale Berlin, Michaelkirchplatz 1, parterre.



Heute wie seit Jahren erfreuen sie sich der Gunst der Raucher, welche Qualität suchen und dieselbe zu würdigen verstehen.

## JOSETTI VERA

CIGARETTEN  
stehen auch wie vor auf dem höchsten Gipfel der Vollkommenheit.  
10 St. 30 Pfennig.

**Spezial-Hut-Engroslager. Neueste Moden der Saison**  
In Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeaux claque und Strohhüten.  
Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

**Neue Königstraße 48, I Treppe**, drittes Haus vom Alexanderplatz.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlaftstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Teppiche** mit Kardeleshlern Fabrik-Neubereitete Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff, 71

**Stehdecken** billig. Hebril Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

**Wardrobehaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff, 17

**Teppiche!** (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Erlann, Haderich Markt 4, Bahnhofs Böde. 255/2

**Wiederbetten**, Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Bestäubige, Weißwische, Steppdecken (spottbillig) Weißwische, Nähtreppel 7. 234/5

**Gardinen**, Vorhänge, Tischdecken, Bandmatten, Schirmdecken (spottbillig), Wandbildhaus, Nähtreppel 7. 234/5

**Stehdecken** (spottbillig), Habrit Große Frankfurterstraße 60. 216/7

**Gasströmer**, Petroleumströmer ohne Anzahlung, Woche 1,00, Louis Böttcher (selbst): Vorgängerstraße 32 (Wohnverbindung Vorgängerstraße), Weinendendstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Nipdorf, Koller Friedrichstraße 247.

**Herrenfahrpad**, Damenfahrpad, wie neu, 45,00, Holz, Blumentstr. 35 D. 283/5

**Fahrräder**, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Stalitzerstraße 40.

**Bronzeadornen!**! Aufzuglampen! 9,00, Salongastrolen! 16,00, Gaslampen! 14, Schauspielerlicht! 8,00, Hängelicht! 1,00, Glastisch! 3,00, Wollauer, Wollauertheaterstraße 32. 241/2

**Pfänderverkauf**, Sommerpaletois, Adellanzüge, Saunenvergoldend, Bettencover, Gardinenverkauf, Aussteuerwische, Teppichverkauf, Wandbildhaus Weidenweg neunzehn.

**Kollegen!** Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte (spottbillig), Stephanstraße 43.

**Wandseife!** Hermannplatz (schd. stammend) billige Verkaufspreise. Verkaufener Wandseife, Bettwäsche, Küchentischwäsche, Teppichverkauf, Steppdecken, Uhrenverkauf, Schmuckladen, Gardinenverkauf, Sommerpaletois, Jagdtanzüge, Gebrodenanzüge. 711/5

**Monatanzüge** und Sommerpaletois von 5,00, Ofen von 1,50, Gebrodenanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu stammend billigen Preisen, aus Wandseifen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rab. Nipdorfstraße 14. 202/3

**Schlafzimmer**, Wohnzimmer, Salon, Küche, Büfett, Säulenentrans, Tischmöbel, Teppiche (spottbillig), Kutschkutsch, Grünerweg 3. 241/2

**Teppichhaus** Emil Vefiore, Draniensstraße 158, jetzt Inventur-Nämmungspreise. Extrakt gratis. 221/2

**Wisch-Lambrequins**, reichgeleitet 2,25, Wert 5 Mark. Inventarpreis. Teppichhaus Emil Vefiore, Draniensstraße 158. Inventarliste gratis.

**Damenhemden**, Dergalson, mit gestickter Baste 1,25, Herrenhemden 1,30, Ausstattungen sowie eleganteste Herrenmüher (spottbillig). Wägeladert Salomonstraße, Dirschstraße 21, Alexanderplatz. 223/5

**Neu!** Neu! 300 Hochmal-Aderparzellen, Eggersdorf bei Strandsberg, fünf Minuten vom Bahnhofs, jeder Größe, fulant, besonders billig, ohne alle Konkurrenz, mitten im Wald, große Seen, Rennbahn, Telefon, elektrisch Licht, rege Partizipation, herrliche gesunde Umgebung, nie wiederkehrend, täglich Terrain, auch Sonntag, der Bahnhof Strausberg, nur der bekannte Otto Soers, Schönhauser Allee 129. 227/8

**Handwerkzeug** für Zimmermann billig verkäuflich Gollersstraße 37, II rechts. 226/5

**Vittauer Nähmaschinen** ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Reparaturen billig. Wienerstraße 1-6, Warschauerstraße 67, Adlerstraße 111.

**Rekulturation**, Vorgarten, Vereinszimmer, Bohnung, 2000 M., Brauerstraße 68. 477

**Zeichengeschäft**, Arbeitergegend, gibt 5 Jahre im Besitz, wegen Grundstücks-Übernahme sofort verlässl. Ertragen Neulichstraße 6, Restaurant Helmmann. 477

**Gebrauchte** Steppdecken, Betten, Teppiche, Gardinen, Silber, Spiegel, Remonteur, Regulatoren, Vorhänge, Stores (spottbillig), Lude, Grünerweg 113. 221/2

**Entzückende** Kiste, Modellblusen, Kostüme, selbstgefertigt, auffallend billig. Vittauer, Brunnenstraße 4, I.

**Wiederbetten**, schöne breite, Stand 20 Mark, auch sämtliche Möbel einer großen Wohnung verkauft Dresdenerstraße 38, vorn II links. 33/6

**Singerringel**, tabellos, 20,00, Alexanderstraße 12, Vogelhandlung.

**Guterhaltene**, mit Herdhaun gepolstertes Sofa, 14,00, verkauft Schwarg, Gartenstr. 61, Hof I 217b

**Wegen** Verlegung Dalbreiner, Koslowstraße, Kommandantenstraße 33.

**Verschiedenes.**

**Lebendwölfs-Sänger** jetzt Odenburgerstraße 23. 477

**Hirsdorf**, Brunes Festale, Anledefstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partizipation (600 Personen). Sonntags Ball. 233/2

**Kunsthändler** von Frau Kosloff, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.

**Paracantawall** Bessel, Gollersstraße 94a. 227/8

**Wer** Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00, Wagner, Schneidermeister, Nipdorfstraße 9, parterre. 234/4

**Verst** die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht löslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Kindern wie Erwachsenen ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gebilligte Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten. 77b

**Landesland** billig zu vergeben Pantom, Nipdorfstraße 25 II. Bureau.

**Bücher** lauft, beliebt Antiquariat Kollstraße 56, I. 187/2

**Zahle** hohe Preise für Metalle aller Art. Engel, Holzmarktstraße 30a.

**Gastwirte** usw., welche Forderungen an den Agenten Alfred Stemon haben, belieben ihre Adresse an Robert Schubert, Dunderstraße 84, abzugeben. Kostenlos. 453

**Markt** 10. - zahle Verkonabonment, keine Anzahlung, keine Remontaten, Adlids, Grenaderstraße 19.

**Vermietungen.**

**Schlafstellen.**

**Möblierte** Schlafstelle (schd), Oranienstraße 1, vorn I. 4127

**Schlafstelle** für zwei Herren, Wichmann, Friedrichstraße 9/10. 4127

**Möblierte** Schlafstelle für zwei Herren, Haerstraße 15, hinter Zeilenhäger, drei Treppen, Gradentstein.

**Schlafstelle**, schönes Zimmer, drei Herren, Reichsbergerstraße 84, III links. 2165\*

**Möblierte** Schlafstelle Dragonerstraße 21, vorn parterre. 2126

**Möblierte** Schlafstelle, zwei Herren Bohr, Pringensstraße 108, vorn IV.

**Mietsgesuche.**

**Herr** sucht möbliertes Zimmer, einfach, klein, am Wedding, vom 1. Mai eventuell früher. Offerten N. L. Postamt 39. 478

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Jünger** Stahlblecher bietet um Arbeit. Stähle werden abgeholt und zurückgeschickt. G. Gläzer, Pulverstraße 27. 1468/9

**Stellenangebote.**

**Kadefahrer** mit eigenem Zweirad, 16-17 Jahre alt, finden dauernde Stellung Schützenstraße 24/25. Arbeitszeit: 4-11<sup>1/2</sup> Uhr morgens, 4-7 Uhr nachmittags. Kautions: 50 Mark. \*  
**Beruflicher** Reichsrichter 3.

**Zigaretten-Arbeiterinnen** verlangt Benschira, Greifenhagenstraße 14.

**Tüchtige** Bettungsfrauen verlangt Bier, Chausseestraße 106. 223b

**Bettungsfrauen** verlangt Kronenstraße 65. 1955\*

**Mädchen** zu zwei Kindern (für und sechs Jahre alt) für einen kleinen Haushalt gesucht. Frau Ewents, Sedanstraße 57, III, Schönberg.

**Zum** Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pfg. die Zeile.

**Tüchtige** Ziviltrockenschneider finden sofort und dauernde Beschäftigung nach 1. Tarif. Reisegeld nach Liebertshausen. 4651\*

**George Bartling & Söhne**, Kiel, Holtenauerstr. 23.

**Einige** Versetzer für Kunst-Steinstufen (gelernte Maurer) können sofort eintreten.

**Baugesellschaft** für Lohr-Eisenbeton G. m. b. H. Berlin-Tempelhof, Berlinerstr. 41.

**Stempelfabrik**

Sucht zwei tüchtige Setzer. Nur Herren, denen an wirklich dauernder Stellung gelegen ist, wollen sich melden. Off. sub „J. 890“ bei Wilmersdorfer-Kommunen-Bureau, Rosenthalerstr. 42.

**Perfekte** Tailleur-Gelehrteninnen per sofort bei hohem Gehalt gesucht. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H. Eingang Bahnerstr. 40/41, III. Etage.

**Erstklassige** Hocharbeiterinnen per sofort bei hohem Gehalt gesucht! Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Eingang Bahnerstraße, III. Etage.

**Lehrmädchen** bei monatlicher Vergütung gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. 4596\*

**A. Jandorf & Co.**, BelleAlliancestr. 1-2.

**Achtung! Töpfer! Achtung!**

Sämtliche Bauten der Firma Kaufmann Wilhelm Reinde, Nipdorf, Koller Friedrichstraße 206, sind bis auf weiteres als gelperrt zu betrachten. Augenblicklich kommt der Bau Polsterstraße, Gde. Bettendorferstraße, anstehender Töpfermeister Straße, in Betracht. 196/1

Die Verbandsleitung.